

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., November 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

11/75

Wie sich schon seit längerer Zeit ankündigte, wird die begonnene neue Lohnrunde für die Gewerkschaften außerordentlich kompliziert. Es bedarf größerer Anstrengungen als jemals zuvor, um den Angriff der Unternehmer auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter und Angestellten erfolgreich zurückweisen zu können.

Als außerordentlich negativ für den gewerkschaftlichen Lohnkampf wirkte sich bisher aus, daß mehrere Bundesminister massiv die Lohnauseinandersetzungen im Sinne der Unternehmer beeinflussten und gewerkschaftliche Lohnforderungen offen angriffen. Durch die geplante Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes sollen die Arbeiter und Angestellten gezwungen werden, minderqualifizierte und minderbezahlte Tätigkeiten anzunehmen. Dadurch wird der von den Unternehmen geplante Lohnabbau begünstigt.

Für den DGB und seine Gewerkschaften wird es darauf ankommen, die Aufklärung unter den Arbeitern und Angestellten zu verstärken und vor allem die Vertrauenskörper und Betriebsräte zu befähigen, die Wirkung der Unternehmerargumente, die auf die vielfältigste Weise in die Belegschaften getragen werden, auszuschalten.

Lohnpolitik vor der Bewährung

Die Gewerkschaften weisen nach, daß Unternehmerargumente, die behaupten, daß höhere Preise notwendig seien, um Investitionen vornehmen zu können, die die Arbeitsplätze von morgen sicherten, nicht zutreffend sind.

Es wird sicherlich auch notwendig sein, die Willkür der Unternehmer anzuprangern, wie die verstärkte Antreiberei in den Betrieben, den Abbau bereits tarifvertraglich vereinbarter Leistungen bzw. das Nichterfüllen eingegangener Verpflichtungen, beispielsweise die Erhöhung der Taktzeiten an den Fließbändern. Aus der Kritik der Gewerkschaften sollte unter keinen Umständen die Bundesregierung ausgeklammert werden, die gegenwärtig alles unternimmt, um die gewerkschaftliche Ausgangsposition in der Tarifrunde zu schwächen und damit objektiv das Geschäft der Unternehmer betreibt. Obendrein werden durch das Sparprogramm der Regierung vor allem die kleinen Leute belastet.

Um die notwendige Kampfbereitschaft aller Gewerkschaftsmitglieder zu erreichen, ist es sicherlich notwendig, sich der Erfahrungen früherer Erfolge zu erinnern. Diese wurden erreicht, indem rechtzeitig vor Beginn der Tarifverhandlungen Versammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den jeweiligen Tarifbereichen stattfanden. Wenn die gewerkschaftlichen Vertrauensleute die tarifpolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften zum Ausdruck bringen und diese an die Tarifkommissionen herantragen, werden realistische Forderungen aufgestellt werden, die dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprechen.

Aktivitäten, wie sie gegenwärtig vor allem gegen Versuche zu beobachten sind, das Weihnachtsgeld zu senken oder gar ganz abzubauen, können einer aktiven Lohnpolitik den notwendigen Schwung verleihen.

Aus dem Inhalt:

Bundestag sanktioniert offenen Verfassungsbruch	2
Lohnrunde 1975/76 eine harte Konfrontation	4
Urabstimmung über Tarifvertragsentwürfe gefordert	8
Krise des Steinkohlenbergbaus erfordert neue Energiepolitik	10
Investitionslenkung und -kontrolle im Widerstreit der Meinungen	11
Dortmund ist kein Schlußpunkt Aktionen werden weitergehen Interview mit Klaus Engel, ÖTV-Bundesjugendsekretär	14
Beschlüsse des BSE-Gewerkschaftstages Aus der Diskussion des BSE-Gewerkschaftstages Dokumente des 11. IBFG-Kongresses Erklärung des Weltkongresses der Frau Presseschau	15—22
Das Ziel: 100 000 Unterschriften für fortschrittliche Berufsbildung Interview mit Franz Tremel, DPG-Bundesjugendsekretär	25
BSE-Führung steuert einen Kurs abseits vom DGB	26
Widersprüche beim IBFG-Kongreß — Solidarisch mit Chile und Spanien	28
Hamburger Personalräte gegen Abbau von Mitbestimmungsrechten	31
Bundesregierung kürzt zum zweiten Mal Wohngeld	32

Bundestag sanktioniert offenen Verfassungsbruch

Trotz vielfacher Proteste aus dem In- und Ausland, von Menschen aller Bevölkerungsschichten, von Gewerkschaften und Kirchen, hat der Bundestag am 24. Oktober 1975 mit den Stimmen der SPD- und FDP-Abgeordneten das Sondergesetz zur Beamtengesetzgebung durchgesetzt. Es kleidet die bisherige verfassungswidrige Berufsverbotspraxis in Gesetzesform und öffnet der obrigkeitstaatlichen Willkür Tür und Tor. Die CDU/CSU stimmte gegen den Regierungsentwurf. Sie fordert eine weitere Verschärfung der Berufsverbotspraxis.

Erneut verletzt das vom Parlament verabschiedete Gesetz eine Reihe entscheidender Grundrechte, so das Recht auf Meinungs- und Bekenntnisfreiheit, auf Berufsfreiheit und das Parteienprivileg. Letzteres sieht vor, daß kein Bürger wegen seiner Zugehörigkeit zu einer legalen politischen Partei benachteiligt werden darf. Künftig soll nun jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst, gleich welche Position er einnehmen will, ob Lehrer oder Hausmeister, auf seine „Verfassungstreue“ überprüft werden. Das bedeutet nichts anderes als eine großangelegte Gesinnungsschnüffelei gegen jeden Andersdenkenden. Zugleich steht das vom Bundestag verabschiedete Gesetz im Widerspruch zu den Prinzipien von Helsinki, die auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt unterschrieben worden sind.

Gleich nach Bekanntwerden der Berufsverbote gab es zahlreiche Proteste. Die Delegierten der am 25. Oktober 1975 in Frankfurt stattgefundenen DGB-Kreisfrauenkonferenz brachten in einem mit großer Mehrheit angenommenen Initiativantrag zum Ausdruck, „daß sie die Einführung von Sondergesetzen ablehnen“, weil gerade in unserem Lande Sondergesetze stets zur Aushöhlung bereits erkämpfter Rechte benutzt worden seien. In diesem Zusammenhang erinnern sie an das Bismarcksche Sozialistengesetz und an die Nürnberger Rassengesetze aus der Faschistenzeit. „Die Praxis der totalen Überwachung, der Gesinnungsschnüffelei und Denunziationen“, so betonen die Delegierten abschließend, „muß ein Ende finden. Nur so wird verhindert, daß auf kaltem Wege jeder kritische Standort in unserer Gesellschaft beseitigt wird.“

Im Namen von 62 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten verurteilte die am 26. Oktober 1975 stattgefundenen Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Augsburg Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei. Von den Delegierten wurden die Einzelgewerkschaften aufgefordert, Aktionen zur Sicherung der grundgesetzlich

garantierten Rechte und Freiheiten einzuleiten.

Auch die Tage vor der abschließenden Lesung der Sondergesetze im Bundestag waren von Aktionen und Demonstrationen gekennzeichnet. Am 23. Oktober demonstrierten antifaschistische Widerstandskämpfer zusammen mit von Berufsverbot Betroffenen durch die Bonner Innenstadt unter den Losungen: „1933 Nazidiktatur! Berufsverbote Anfang vom Ende der Demokratie.“

Mehrere hundert Teilnehmer einer von den Nürnberger Jungsozialisten und dem Bürgerkomitee „Verteidigung der Grundrechte – Aufhebung der Berufsverbote“ einberufenen Veranstaltung forderten die Ablehnung jeglicher sondergesetzlicher Regelungen und die Einstellung aller bisher von den Berufs-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

verboten Betroffenen. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Niedersachsen verurteilte das Sondergesetz.

Aber nicht nur in der Bundesrepublik ist die Berufsverbotspraxis, die jetzt durch das verabschiedete Gesetz sanktioniert und ausgeweitet werden soll, auf Kritik und Ablehnung gestoßen. Fast ausnahmslos werden die in der Bundesrepublik praktizierten Berufsverbote in den französischen Zeitungen scharf kritisiert. Die größte Gewerkschaft Frankreichs, CGT, forderte von der Bundesregierung die Aufhebung der Berufsverbote. In einem Kommuniké wird betont, daß die CGT „alle Maßnahmen ergreifen und alle Initiativen wahrnehmen“ will, um ihre Solidarität mit den von Berufsverboten Betrof-

fenen zu bezeugen. Erinnert sei an die Rede von Prof. Alfred Grosser anläßlich der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche: „Was mich etwas beunruhigt, ist, daß in der letzten Zeit in der Bundesrepublik soviel vom Rechtsstaat und von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gesprochen wird. Vielleicht höre ich schlecht. Aber mir scheint, die Betonung liegt etwas zu sehr und immer mehr auf ‚Staat‘ und auf ‚Ordnung‘ und nicht mehr genug auf der Idee der freien politischen Tätigkeit des Einzelnen, den gerade die Begriffe Staat und Ordnung nicht zum politischen autonomen Denken auffordern.“

Eindeutig wandte sich der Friedenspreisträger gegen die Gesinnungsschnüffelei. Sie scheine in doppelter Hinsicht etwas absonderlich. „Zunächst wegen der Vergangenheit. Wenn ich recht verstehe, sollen junge Leute vorsorglich ausgeschlossen bleiben, weil sie ihre Weltanschauung nicht mehr ändern und voraussichtlich ihre Pflichten dem Rechtsstaat gegenüber verletzen werden, wohingegen es sich die Bundesrepublik leisten konnte, Männern wichtige staatliche Positionen anzuvertrauen, die als Verteidiger des Rechtsstaates völlig versagt hatten. Wenn man die Nürnberger Judengesetze als normales Recht trocken ausgelegt hatte, durfte man Staatssekretär im neuen Rechtsstaat werden. Wenn man die Gestapo polizeirechtlich gerechtfertigt hatte, durfte man in der freiheitlichen Grundordnung Rektor und Kultusminister werden. Die Kriterien, die nun verbieten sollen, Zollbeamter oder Dorfschullehrer zu werden, scheinen mir wahrlich strenger zu sein.“

Vor den demokratischen Kräften, wo immer sie auch organisiert sind, steht, dafür zu sorgen, daß das Gesetz nicht angewendet und schließlich beseitigt wird. Schon jetzt versuchen reaktionäre Kreise die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung und Investitionslenkung als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. Von Berufsverboten für Mitglieder der DKP und der Jusos bis zur Entfernung von Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Dienst ist es nur ein kleiner Schritt. Schon jetzt sind allein in den drei fränkischen Regierungsbezirken des CSU-regierten Bayern sechs SPD-Mitglieder von Berufsverboten betroffen. Auf die Gefahr machte auch der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Walkhoff aufmerksam. „Die Erfahrungen aus der Zeit des Niederganges der Weimarer Republik und des beginnenden Nationalsozialismus sollten vor allem Sozialdemokraten beunruhigen. Auch sie könnten eines Tages wieder zu den Betroffenen zählen. Das sind keine Hirngespinnste! Ich erinnere daran, daß Ministerpräsident Filbinger vor dem Deutschen Bundestag die sozialdemokratischen Vorstellungen zur Bodenrechtsreform als verfassungswidrig charakterisiert hat.“ G. M.

IG Metall zu Dürrbeck

Unmittelbar nach der Freilassung ihres geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Heinz Dürrbeck, aus der Untersuchungshaft hat die Industriegewerkschaft Metall die Bundesanwaltschaft aufgefordert, endlich die konkreten Tatsachen und Beweise für die gegen Heinz Dürrbeck erhobene Beschuldigung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu nennen.

Die IG Metall hält es für unerträglich, daß die Öffentlichkeit, insbesondere aber die 2,5 Millionen Mitglieder der IG Metall wochenlang darüber im unklaren gelassen werden, was man Heinz Dürrbeck nun eigentlich vorwirft. Nach Bekundungen von Heinz Dürrbeck, der selbst nachdrücklich die Beschuldigung nachrichtendienstlicher Tätigkeit zurückweist, und seinem Anwalt stellt die IG Metall fest, daß nicht ersichtlich sei, wieso private Kontakte (Besuche u. a.) mit Bürgern der DDR den Verdacht rechtfertigen, der betroffene Bürger der Bundesrepublik Deutschland habe damit nachrichtendienstliche Kontakte unterhalten. Den fraglichen DDR-Bürger habe Heinz Dürrbeck im Zusammenhang mit seiner Betriebsrats Tätigkeit bei der Firma AEG, die damals noch viele Beschäftigte aus dem Ostsektor Berlins hatte, Anfang der fünfziger Jahre kennengelernt und mit ihm selbstverständlich auch politische Diskussionen geführt. Dabei gäbe es keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß dieser Bekannte Heinz Dürrbecks, der entgegen anderslautenden Pressemitteilungen keine hohen gewerkschaftlichen Funktionen bekleidete und bekleidet, nachrichtendienstliche Verbindungen besaß oder besitze.

Selbst wenn sich der Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit gegen den ehemaligen Fahrer Heinz Dürrbecks erhärten würde, sei es unverständlich, wieso dies geeignet sein könne, Heinz Dürrbeck zu belasten.

Die IG Metall hält es für untragbar, über dem Fall ihres Vorstandsmitgliedes Heinz Dürrbeck für einen weiteren, nicht absehbaren Zeitraum den Schleier von Mißtrauen und nicht konkretisierten Vorwürfen zu belassen.

An der Basis der IG Metall hat der Fall Dürrbeck erhebliche Beunruhigung ausgelöst, besonders im Raum Hannover, aus dem Heinz Dürrbeck kommt und in dem man ihn gut kennt. Vertrauensleutestand, Jugendvertretung und Betriebsrat der VAW Leichtmetall GmbH begrüßten die Erklärung Eugen Loderers, daß der Vorstand dem Kolle-

gen Dürrbeck, solange seine Schuld nicht bewiesen ist, wie bisher beistehen werde. Heinz Dürrbeck sei ein Kollege, der nicht nur im Vorstand der IG Metall, sondern in der gesamten Organisation geschätzt werde. Die Hetzkampagnen richteten sich daher nicht nur gegen die Person Heinz Dürrbeck, sondern sollten der IG Metall Schaden zufügen. Die Vertrauenskörperteilung des Volkswagen-Werkes Hannover hat in einem Brief, der von den beiden Schichtversammlungen des Vertrauenskörpers angenommen wurde, festgestellt, daß in bekannter Manier die Rechtskräfte den Kollegen Dürrbeck als Knüppel gegen die Gewerkschaften benutzen wollten. Sie stünden zu Dürrbeck, solange eine schwerwiegende Schuld nicht erwiesen ist. H. Sch.

GLOSSE

Bock zum Gärtner

Bundesfinanzminister Apel (SPD) hat diesmal keinen Bock geschossen, sondern – was noch weitaus schlimmer ist – den Bock zum Gärtner gemacht. Ausgerechnet von der CDU/CSU, die den Unternehmern Steuererleichterungen von rund 7 Milliarden Mark zuschanzen will, verlangte er anläßlich der bevorstehenden Debatte über den Entwurf des Bundeshaushalts 1976 zusätzliche Kürzungsvorschläge von „mindestens 5,2 Milliarden Mark“.

Dieser Bock würde, um im Bild zu bleiben, beileibe nicht den Wildwuchs in Form der Unternehmerprofite fressen, sondern das zarte Pflänzchen von erkämpften sozialen Verbesserungen, das ohnehin durch den Sparmaßnahmenkatalog der Bundesregierung genügend Blätter lassen mußte, bis auf den Stengel kahlfressen.

Dabei ist die Lösung der Haushaltsprobleme gar nicht so schwer. Selbst Apel müßte darauf kommen. Wenn nicht, so sollte er Nachhilfeunterricht beim DGB und den 41 Wissenschaftlern nehmen, die eine Erhöhung der Massenkaufkraft durch Erweiterung der sozialen Leistungen und einen umfangreichen Sonderhaushalt von 20 Milliarden Mark für Stadtplanung, Verbesserung des Schulwesens, Krankenhausbau und den sozialen Wohnungsbau verlangen. Finanziert werden sollte das Ganze durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt und durch höhere Besteuerung der Großinkommen. okulus

Spanien

„Wenn er erst nach sieben Wochen aus seinem Palast, dem Pardo, zum Teufel fährt, ist es nichts gegen das, was uns die lebendige Leiche hunderttausendfach angetan hat“, Aitor X., ein Arbeiter der Nähmaschinenfabrik Sinder in Eibar, einer Industriestadt in den Pyrenäen zwischen San Sebastian und Bilbao, sagte es. Er denkt dabei an die Hunderttausenden von Toten im Bürgerkrieg und daran, daß der Caudillo allein zwischen 1939 und 1942 fast 20 000 Antifaschisten mit seiner Unterschrift dem Tode überantwortete.

Ich hatte ihm Springers „Bild am Sonntag“ zitiert, in der Michael Jeannée, der Chefreporter, von einer „Tragödie im Pardo“, die „seit sieben Tagen das Gesicht der Hauptstadt fasziniert“, geschrieben hatte. Das von Pyrenäen, Wind und Sonne durch hundert Falten geprägte Gesicht Aitors hat dafür nur ein mokantes Lächeln. „Das lesen wir doch in den Hofberichten unserer Zeitungen jeden Tag.“ – „Im Befinden der Exzellenz ist keine gravierende Änderung eingetreten“, heißt es dort stereotyp.

Der Arbeiter aus der Baskenprovinz meldet aber auch seine berechtigten Zweifel an, daß mit der über den Kopf des längst medizinisch toten Francos von „Gottes Gnaden“ erfolgten Übergabe der Regierung an den Prinzen Juan Carlos eine „Änderung“ eingetreten sei. Er verweist darauf, daß eine der ersten Regierungsäußerungen des Prinzen, den westliche Regierungen gern als Partner sehen möchten, die Ankündigung war, er würde gegen den Einmarsch von Zehntausenden friedlichen Marokkanern in die von Spanien besetzte Sahara Waffengewalt einsetzen. Aitor und seine Kollegen sind darüber nicht verwundert.

In den wenigen Tagen, da der Prinz statt des mit Spritzen am Leben gehaltenen Francos die Regierung führt, hat die Zahl der verhafteten und mißhandelten Spanier eher zu- als abgenommen.

Die Guardia Civil, Gestapo, sagen die Spanier, unter ihrem neuen Chef, dem Generalleutnant Angel Campano, von Hitler als Offizier der Blauen Division mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, wütet, als gebe der künstlich am Leben gehaltene Caudillo weiter Mordbefehle. Darum haben Parolen „Nieder mit dem Francoismus“, gemalt auf dem Asphalt großer Einfahrtsstraßen in Frankreich nach Spanien und an versteckten Wänden – weil ein Pinselstrich den Todeschuß bedeuten kann – in spanischen Städten und Dörfern noch die gleiche Bedeutung wie 1936, als der damals jüngste General in Spanien, Franco, das Land mit Hilfe Hitlers und Mussolinis in den Bürgerkrieg stürzte. cy

Lohnrunde 1975/76 eine harte Konfrontation

Der Bezirksleiter der IG Metall von Stuttgart, Franz Steinkühler, erklärte in der Vertreterversammlung seiner Gewerkschaft in Mannheim, daß die nächste Tarifrunde eine „harte gesellschaftspolitische Konfrontation“ sein werde. Auf vielen Tagungen haben sich die Unternehmerverbände gründlich auf die Lohnrunde 1975/76 vorbereitet, so führten der Vorstand und der tarifpolitische Ausschuß der metallindustriellen Arbeitgeberverbände Anfang Oktober in Bad Nauheim eine Klausurtagung durch.

Um in der Öffentlichkeit ein für sie günstiges Klima zu schaffen, setzen die Unternehmer alle Mittel ein. Im Vordergrund ihrer Bemühungen steht gegenwärtig, das Bewußtsein der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Sinne ihrer Profitinteressen zu beeinflussen und die Lohn- und Gehaltsabhängigen zu verunsichern. Dabei werden die Unternehmer nicht nur von den ihnen verbundenen Publikationen und Medien, sondern auch von Mitgliedern des Bundeskabinetts, angefangen von Bundeskanzler Schmidt bis hin zu den Ministern Apel, Friderichs und Genscher, unterstützt. Diese scheuen nicht davor zurück, sich in die Tarifaufeinanderstellungen einzumischen, gewerkschaftliche Lohnforderungen offen und versteckt zu attackieren und damit die Tarifautonomie mit Füßen zu treten. Selbst die Tribünen von Gewerkschaftstagen benutzen sie, um ihre im Grunde antigewerkschaftliche Polemik zu verbreiten. Die stets die Unternehmerinteressen vertretenden wissenschaftlichen Forschungsinstitute werden eingesetzt, um der gegen die Arbeiter und Angestellten und deren Gewerkschaften gerichteten Strategie die Zahlen zu liefern.

Argument Schmidts, Gewinne sicherten Arbeitsplätze, ist unhaltbar

Bundeskanzler Schmidt verbreitet überall, daß die Unternehmer nur dann wieder verstärkt investieren würden, wenn sie heute die dazu notwendigen Erträge erzielen würden. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Seine-Erden sagte er, daß erst die Investitionen von morgen die Sicherung der Arbeitsplätze und der Masseneinkommen für übermorgen bedeuten würden (siehe „Das Argument“, S. 13).

Schmidts Argument ist wissenschaftlich unhaltbar und widerspricht allen praktischen Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten Abgesehen davon, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von Jahr zu Jahr noch gestiegen sind, von 92,9 Milliarden DM im Jahre 1960 auf 217,6 Milliarden DM

im Jahre 1974 (siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 9/1975, S. 62) sind für die Investitionsentscheidungen der Unternehmer noch niemals die jeweiligen Profite interessant gewesen, sondern stets die Gewinnerwartungen von morgen. Wenn die Unternehmer hohe Profite dadurch erreichen können, indem sie die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten drücken, so besteht für sie kein Drang, große Investitionen – und schon gar nicht zur Erweiterung der Produktion – vorzunehmen.

Wenn aber die Arbeiter und Angestellten, gestützt auf ihre Gewerkschaften, den Unternehmern diesen Weg verbauen und auch in Krisenzeiten konsequent eine aktive Lohnpolitik verfolgen, dann bleibt den Unternehmern bei Strafe ihres Untergangs gar nichts anderes übrig, als über Investitionen zu versuchen, ihre Kosten zu senken. Marx bezeichnete diese Methode als die des relativen Mehrwerts. Historisch ist nachweisbar, daß mit jedem ökonomischen Erfolg der Arbeiterklasse, seien es Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen u.ä., die Unternehmer dazu übergingen neue Produktionsmittel, z. B. neue Maschinen und modernere Technologien, einzusetzen und anzuwenden.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik wehren sich daher zu Recht gegen die oberflächlichen Argumente. Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, verweist darauf, daß die Gewerkschaften mit den Lohnabschlüssen zu Beginn des Jahres 1975 beträchtliche Vorleistungen erbrachten. Dies habe aber an der Investitionslaute nicht das geringste geändert. Loderer meint, daß nur dann, wenn sich die Absatzchancen verbessern und die Betriebsbevollmächtigten voll ausgelastet sind, die konjunkturelle Wende kommen wird. Auch das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Alois Pfeiffer, vermerkt, daß sich die Investitionstätigkeit erst dann wieder beleben wird, wenn eine entsprechend starke Nachfrage vorhanden ist. „Eine Steigerung der Massenkauflkraft ist dafür eine der Voraussetzungen.“

Nettolohnquote in Jahrzehnten fast unverändert

Immer wieder wird den Gewerkschaften entgegengehalten, daß die Lohnquote zu hoch sei und den Arbeitern, Angestellten und Beamten deshalb eine Reallohnsenkung zuzumuten sei. Nun ist in Gewerkschaftskreisen bekannt, daß die Bruttolohnquote (Verhältnis der Bruttolohn- und -gehaltssumme zum Brutto sozialprodukt, auch die um die Beschäftigungsentwicklung korrigierte) kein verlässliches Barometer für die Lage der arbeitenden Bevölkerung ist. Selbst bei sinkenden Löhnen kann die Lohnquote steigen, wie auch umgekehrt sie bei steigenden Löhnen sinken kann. Sie ist auch deshalb für die Lohnpolitik unbrauchbar, weil letztlich die Arbeiter, Angestellten und Beamten keineswegs über Bruttolöhne verfügen können, sondern über Nettolöhne.

Wenn wir jedoch die Nettolohnquote (Nettolohn- und -gehaltssumme zum Netto sozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen) betrachten, so ergibt sich ein völlig anderes Bild. Hier zeigt sich, daß trotz wachsenden Anteils der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung, diese über viele Jahrzehnte relativ unverändert blieb. Sie betrug in Deutschland 1938 44,6 Prozent, erreichte 1950 45,4 Prozent, 1960 44,5 Prozent, 1970 44,8 Prozent und 1974 ebenfalls 44,8 Prozent. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen aus dem Jahre 1975 wird sie in diesem Jahr 44,2 Prozent betragen und, wenn es nach den Plänen der Unternehmer und der Bundesregierung geht, 1976 auf 42 Prozent absinken. Wenn wir den Anteil des einzelnen Arbeiters, Angestellten und Beamten betrachten, so ist dieser rückläufig. So erweist sich das Lohnquotenargument als wenig stichhaltig.

Milchmädchenrechnung der Unternehmer

Wie wir in NACHRICHTEN 10/75 berichteten, hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Hanns Martin Schleyer, erkannt, daß die von einigen Politikern und Publikationen vorgeschlagene Lohnpause nicht realisierbar ist. Vor dem Arbeitgeberverband Nordwestdeutscher Zement- und Kalkwerke hat er jetzt dargelegt, daß eine Tarifpolitik notwendig sei, „die den Anstieg der Arbeitnehmerverdienste noch weit mehr abbremst als in diesem Jahr“, indem die durchschnittliche Tariflohnerhöhung 6,8 Prozent betrug. Schleyer meint, daß selbst die Reallohnsicherung schon viel zu weit gehe. Fritz Dietz, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Einzelhandels, erdreistet sich sogar zu behaupten,

daß „Lohnstarke unterhalb der Inflationsrate nicht unsozial“ seien.

Die Unternehmer wollen in dieser Lohnrunde erreichen, was ihnen bisher seit der Existenz der Bundesrepublik nicht gelungen ist, nicht einmal im Krisenjahr 1966/67, die Reallohne zu senken. Darüber hinaus werden auch staatlicherseits die sozialen Leistungen abgebaut (siehe NACHRICHTEN Nr. 10/75, S. 9). Sie wollen in dieser Lohnrunde lediglich über den reinen Lohn verhandeln. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, will „die Tarifschraube der Zusatzleistungen festziehen“. Er lehnt jedes „Mischpaket“, wie Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit oder Urlaubsgeld ab. Um ihre Politik einer Reallohnsenkung zu begründen, legen die Unternehmer nun Berechnungen vor, die man eher als Milchmädchenrechnungen qualifizieren kann.

Allen diesen Rechentricks ist gemeinsam, daß sie von einer viel zu niedrigen Preissteigerung ausgehen. BDA-Präsident Schleyer ist der Auffassung, daß es „prinzipiell“ falsch sei, die gegenwärtige Inflationsrate zum Maßstab von Lohnerhöhungen zu nehmen. So gehen die Metallunternehmer von einer zu erwartenden Preissteigerung von 5 Prozent aus, während das Institut der Deutschen Wirtschaft nur einen Preisanstieg von 3,5 Prozent unterstellt. Auf solch einen Hokusfokus können sich die Gewerkschaften nicht einlassen. Vielmehr müssen sie bei der Formulierung künftiger Lohnforderungen stets von den Preissteigerungen ausgehen, wie sie sie vorfinden. Versprechungen in der Vergangenheit nach zu erwartenden Preissenkungen lösten sich nach den Tarifabschlüssen schnell in Schall und Rauch auf. Die gegenwärtigen Preissteigerungen bewegen sich aber knapp unter 6,5 Prozent. Die Unternehmer gehen selbst von einer Steigerung der Arbeitsproduktivität von 4 Prozent aus. Aus dieser Unternehmerrechnung läßt sich schon ein Lohnabschluß von 9 Prozent ableiten und beim Zugrundelegen der gegenwärtigen Preissteigerung sogar von über 10 Prozent.

Statt stichhaltiger Argumente – Unternehmertricks

Nun wollen die Unternehmer den Gewerkschaften 2,5 Prozent anrechnen, die angeblich durch Belastungen aus alten Tarifverträgen anfallen würden. Was aber haben Verträge von gestern mit Forderungen von heute zu tun? Es ist doch völlig unmöglich, willkürlich Dinge mehrmals anzurechnen. Aber da trotz all dieser Tricks das Ergebnis immer noch zu hoch ist, wollen sie jetzt noch zwei Prozent abziehen.

Dabei sind die Unternehmer selbstverständlich nicht in der Lage, auch nur ein stichhaltiges Argument für diesen

zweiprozentigen Abzug vorzubringen, weder über seine Berechtigung noch über seine Höhe. Sie haben ihn einfach aus dem Kaffeesatz gelesen. Man findet dann für ihn die schönsten Begriffe, wie „Korrekturfaktor“, Arbeitsplatzsicherungszuschlag“ und gar „Solidaritätsbeitrag“. Unter dem Strich bleibt dann bei ihnen allenfalls eine Lohnerhöhung von nominell 4 Prozent. Mit dieser Lohnformel haben die Unternehmer die ihnen lange gut dienende sogenannte kostenniveauneutrale Lohnpolitik des Sachverständigenrates fallengelassen.

Wovon die Unternehmer aber überhaupt nichts sagen, sind die im weiteren Steigen begriffenen Profite durch enorme Entlastungen auf der Kosten Seite, die sie einfach nicht abstreiten können. Selbst die Bundesbank muß zugeben, daß die sinkenden Materialkosten, besonders die aus den zu ermäßigten Preisen aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe und Halbfertigprodukte, ins Gewicht fallen sowie die billigeren Finanzierungsbedingungen.

Wenn die Unternehmer heute in ihren Kostenrechnungen diese Kostensenkungen nicht ausweisen, so vor allem deshalb, weil sie einfach in weitaus höherem Maße als zuvor überhöhte Abschreibungen vorgenommen haben. In dem Frankfurter Börsenbrief prognostiziert die vorwiegend der Deutschen Bank gehörende Degab für 1976 um 15 Prozent höhere Gewinnerwartungen.

Öffentlicher Dienst unter besonderem Beschuß

Wenn die Unternehmer die gewerkschaftliche Lohnpolitik in ihrer Gesamtheit attackieren, so ist offensichtlich geworden, daß sie den öffentlichen Dienst unter besonderen Beschuß setzen und hier Lohn- und Gehaltserhöhungen durchdrücken wollen, die weit unter denen liegen, die in der gewerblichen Wirtschaft durchgesetzt werden. So empfiehlt die Frankfurter Allgemeine vom 7. Oktober 1975, auch im öffentlichen Dienst allenfalls Besoldungserhöhungen von 4 Prozent zuzulassen. Um die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter Druck zu setzen, solle der Gesetzgeber mit der vorzeitigen Verabschiedung des Gesetzes über die Beamtenbesoldung Signale für die Lohnverhandlungen setzen.

Die Gewerkschaften haben erste Schritte unternommen, um ihre Reihen gegenüber den Unternehmerangriffen zu schließen, sowie den sozialen Besitzstand zu verteidigen und zu verbessern. Im kürzlich beschlossenen Zehn-Punkte-Programm der IG Metall wird gefordert, daß über die Erhöhung von Löhnen und Gehältern zumindest der erreichte Lebensstandard zu sichern ist. Der zweite Vorsitzende der IG Me-

tall, Hans Mayr, meinte in der Vertreterversammlung in Hannover, daß die Gewerkschaften über den Inflationsausgleich hinaus einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses reklamierten. Die Forderung wurde von Vertreterversammlungen, z. B. in Reutlingen, aufgegriffen. Es werden eine Lohn- und Gehaltserhöhung gefordert, „die mindestens die Inflationsrate abdeckt und darüber hinaus einen angemessenen Teil der Produktivitätssteigerung beinhaltet“.

Wenn wir von den Daten ausgehen, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen zugrunde gelegt werden könnten, so ergibt sich, ohne die gegenwärtigen Verteilungsrelationen zu ändern, ein Betrag von über 12 Prozent. Er setzt sich zusammen aus einer Preissteigerung zwischen 6 und 6,5 Prozent, einer Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträge von mindestens 1 Prozent, einer Steigerung der Produktivität von 4 Prozent und erhöhten Lohnsteuern (infolge der Progression) von 1 Prozent. Aus diesen Zahlen ist ableitbar, daß jeder Lohnabschluß unter 8,5 Prozent die realen Löhne und Gehälter senken müßte.

Mobilisierung der Belegschaften notwendig

Nun sind Zahlen eine Sache, eine andere ist es, die Arbeiter und Angestellten für die Durchsetzung einer Forderung zu gewinnen. Die Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten für die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter erfolgt am besten durch verständliche, am Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten orientierte Forderungen, die dem tatsächlichen Kräfteverhältnis weitgehend entsprechen und daher von den Arbeitern und Angestellten als realisierbar angesehen werden. Das Kräfteverhältnis ist nicht ein von vornherein feststehendes, sondern alle Erfahrungen besagen, daß bei einer richtig vorbereiteten Lohnbewegung sich Bewußtsein und Kampfkraft entwickeln.

Die in den letzten Wochen stattgefundenen betrieblichen Aktionen gegen die Senkung von Weihnachtsgeld beweisen, daß der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, recht hat, wenn er in einem „Spiegel“-Gespräch (6. Oktober 1975) erklärte, daß es eine Fehleinschätzung wäre anzunehmen, daß die Arbeitnehmer nicht bereit seien, für ihren Besitzstand zu kämpfen. Franz Steinkühler stellte auf der Jahrestagung 1975 des Arbeitskreises für Arbeitsstudien des DGB fest, daß die Gewerkschaften, „durch die angeblich unruhestiftenden Tarifverhandlungen, verbunden mit Arbeitskämpfen, mehr erzwingen, als alle Arbeitgeber bislang freiwillig gegeben haben“.

Heinz Schäfer

Auch im öffentlichen Dienst aktive Lohnpolitik gefordert

Am 31. Januar 1976 laufen die Tarife für die rund 2,2 Millionen im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten aus. Über Höhe und Struktur der zu stellenden Forderungen wollen die Tarifkommissionen der drei Gewerkschaften Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr (ÖTV), Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) erst dann beraten und beschließen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung für 1976 einigermaßen überschaubar ist. Eine Reallohnsenkung allerdings, wie sie Unternehmer und Bundesregierung anpeilen, lehnen die drei Gewerkschaften übereinstimmend ab.

In einem „Spiegel“-Interview (Nr. 44 vom 27. Oktober 1975) erklärte ÖTV-Vorsitzender Kluncker, daß seine Gewerkschaft mindestens für einen Ausgleich der Preissteigerungen eintreten werde. Die Gewerkschaft wolle ein Absinken des öffentlichen Dienstes in der Verteilungsrelation nicht zulassen. Dafür gebe es weder eine sachliche noch eine soziale Begründung. Kluncker verwies auf die letzte Lohnrunde zu Beginn des Jahres 1975, deren Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6 Prozent gerade ausgereicht hätten, um die Preissteigerungen aufzufangen. Es ist allerdings fraglich, ob Klunckers Konzeption das Ziel erreichen kann, die Verteilungsrelation der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht zu ändern. Es ist nicht einsichtig, warum Kluncker den tarifpolitischen Spielraum des Jahres 1976 so eng zieht, daß er nicht mehr hergeben sollte als den Ausgleich der Inflationsrate.

Der Tarifexperte der GdED, Hubert Vomberg, erklärte unlängst, daß die für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Verantwortlichen offensichtlich aus früheren Rezessionen so gut wie nichts dazu gelernt hätten. „Sonst müßten sie nämlich wenigstens wissen, daß durch übertriebene Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten, die auch noch zu Lasten der kleinen Einkommensbezieher gehen sollen, die Mehrausgaben zur Konjunkturbelastung durch Nachfrageausfall an anderer Stelle wieder unwirksam gemacht werden können.“ Für die GdED sei es enttäuschend, daß man zu einem völlig falschen Zeitpunkt versuche, die anstehenden Tarifverhandlungen vorwegzunehmen.

Neben der Reallohnsenkung sollen die Beschäftigten im öffentlichen Bereich durch Sparbeschlüsse (siehe NACHRICHTEN Nr. 10/75) gleich mehrmals in den sauren Apfel beißen. Um sie ihnen schmackhaft zu machen, erklärte der zuständige Minister Maihofer, daß die Sparvorschläge, die in Verhandlungen inzwischen von der ÖTV erneut ab-

gelehnt wurden, sozial ausgewogen seien. Heinz Esders, stellvertretender Vorsitzender der DPG, bezeichnete das „entweder als Ausdruck mangelnder Sachkenntnis auf Seiten des Bundesinnenministers“ oder aber als „Ausdruck einer Verhöhnung der Beamten des einfachen und mittleren Dienstes.“

Wörtlich sagte Esders vor Journalisten: „Wem will Herr Professor Maihofer eigentlich seine schizophrene Interpretation des Begriffs von der sozialen Ausgewogenheit andrehen, wenn ein Ministerialrat seines Hauses mit einem Einkommen von rund 5500 DM überhaupt nicht von den Sparbeschlüssen des Bundes betroffen wird“, während ein Posthauptschaffner mit einem Gehalt von 1624,46 DM, dessen Ehefrau ebenfalls im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, eine Kürzung des letzten Gehalts um 242,96 DM auf 1381,50 DM hinnehmen soll. Dies entspricht einer Einkommensminderung um 14,9 Prozent.“

Die Politik der herrschenden Kreise ist darauf ausgerichtet, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Arbeiter und Angestellten der übrigen Wirtschaftsbereiche gegeneinander auszuspielen. Nicht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind schuld an der Misere, sondern das auf Profit ausgerichtete kapitalistische System. Für den gesamten DGB gilt es, solidarisch die Angriffe auf die Beschäftigten im öffentlichen Bereich abzuwehren.

Soviel ist heute schon sicher: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post werden sich gegen die Sparbeschlüsse und ihre Folgen wehren. So verlangen die ÖTV-Vertrauensleute der Frankfurter Flughafen-AG einen Ausgleich für den erlittenen Kaufkraftschwund, für die erhöhten Belastungen in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie einen Anteil am Produktivitätszuwachs. Sie weisen darauf hin, daß es jetzt notwendiger denn je sei, „die Kraft der ÖTV zu stärken, gemeinsam zu handeln und solidarisch füreinander einzustehen.“ G. M.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

31. Dezember

Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).

31. Januar 1976

Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000), Land- und Forstwirtschaft (ca. 120 000), Groß- und Einzelhandel in Hessen (85 000), Ziegelindustrie Bayern.

28. Februar 1976

Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000), feinkeramische Industrie Bayern (30 000).

31. März 1976

Einzel-, Groß- und Außenhandel - Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen - Angestellte (25 000), Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportbetonindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen.

30. April 1976

Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel - Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (180 000).

31. Mai 1976

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen im Bezirk Baden-Württemberg (30 000).

30. Juni 1976

Kautschukindustrie in den Bezirken Hamburg, Hessen und Niedersachsen (60 000), Großhandel Rheinland-Pfalz (57 000), Großhandel Saar (15 000).

Löhne und Gewinne

59,5 Milliarden DM entnahmen die Unternehmer im ersten Halbjahr 1975 den Betrieben für ihren privaten Verbrauch und für die Anlage in Wertpapieren. Das waren 10 Milliarden DM mehr als im ersten Halbjahr 1974. Gleichzeitig reduzierten die Betriebe die Investitionen um mehr als 3 Milliarden DM auf rund 60 Milliarden, d. h., nur die Hälfte der verfügbaren Finanzierungsmittel der Unternehmen wurde für die Produktion eingesetzt, die andere Hälfte wurde den Betrieben von ihren Eigentümern entzogen. Diese Zahlen veröffentlichte die Deutsche Bundesbank in ihrem Oktoberbericht. Sie basieren auf den Angaben der Unternehmen, dürften also die Situation für diese eher noch zu günstig darstellen.

Wichtig sind diese Angaben deshalb, weil gegenwärtig die angeblich fehlenden Gewinne für die rückläufige Investitionstätigkeit verantwortlich gemacht werden. Die Unternehmen müßten Gewinne machen, damit sie investieren können, heißt es. Die Zahlen der Bundesbank widerlegen diese Behauptung eindringlich. Die Bruttoinvestitionen hätten um rund ein Sechstel höher sein können, ohne daß die Unternehmer die Privateinnahmen hätten einschränken müssen. Die Mittel für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit fehlen also keineswegs.

Die Unternehmer investieren nicht, weil sie ohnehin Überkapazitäten haben, weil der Absatz stockt und neue Anlagen das Problem der Unterauslastung nur noch verschärfen würden. Die rasch wachsenden Privatentnahmen der Unternehmer sind ein Hinweis auf die durchaus immer noch günstige Gewinnsituation der meisten Konzerne.

Während die gesamte „öffentliche“ Meinung die Behauptungen der Unternehmer über angeblich sinkende Gewinne und zu rasch steigende Löhne kolportiert, sprechen selbst die im Sinne der Konzerne manipulierten Zahlen der bürgerlichen Statistik eine andere Sprache. Soweit von den Massenmedien überhaupt Zahlen genannt werden, werden einfach die Bruttoeinkommen von Selbständigen und abhängig Beschäftigten miteinander verglichen. Damit wird die Umverteilungswirkung des Steuersystems ignoriert. Tatsächlich aber sinkt gegenwärtig die Steuerlast der Konzerne absolut und relativ, während die Belastung durch Lohnsteuern und Sozialabgaben nach wie vor wächst.

Wird die Umverteilung über die Steuern in Rechnung gestellt, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Löhne und Gehälter sind auch im ersten Halbjahr 1975 etwas langsamer angestiegen als die Gewinne der Unternehmer. J. G.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Industrie

	(1970 = 100)	August 1975	Veränderung in v. H. geg.
		Juli 1975	August 1974
Index der industriellen Nettoproduktion	91,0	+ 1,6	- 5,3
Index der industriellen Auftragseingänge	112,2	- 15,0	- 14,1

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 63* f.)

	2. Vierteljahr 1975	In 1000	Veränderung in v. H. geg.
	2. Vierteljahr 1974		
Beschäftigte insgesamt	7 641	-	6,7
davon:			
Arbeiter	5 450	-	8,2
Angestellte	2 146	-	2,7
Geleistete Arbeiterstunden (Mill. Stunden)	2 350	-	10,9
Bruttolohnsumme (Mill. DM)	27 869	-	3,5
Bruttogehaltssumme (Mill. DM)	17 245	+	6,8
Durchschnittslohn (DM)	5 112	+	4,6
Durchschnittsgehalt (DM)	8 036	+	9,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/75, S. 617; eigene Berechnungen)

2. Preise

	(1970 = 100)	September 1975	Veränderung in v. H. geg.
		August 75	September 74
Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte	135,9	+ 0,5	+ 6,1
Arbeitnehmerhaushalte	135,2	+ 0,4	+ 6,3
Rentnerhaushalte	136,1	+ 0,4	+ 7,2

(Statistisches Bundesamt, zit. nach FAZ v. 10. 10. 1975)

3. Gewinne

	1. Halbjahr 1975	In Mrd. DM	In v. H. geg. 1. Hj. 1974
Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	104,6	÷	2,1
Steuern	24,7	-	7,1
Netto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	79,9	÷	5,4
Bruttolohn- und Gehaltssumme	230,6	÷	4,0
Sozialabgaben und Lohnsteuern	58,6	÷	2,8
Nettolohn- und Gehaltssumme	172,0	÷	4,5

(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 17; Wirtschaft und Statistik, 9/75, S. 602)

4. Arbeitsmarkt

	September 1975	Veränderung in 1000 geg.	August 1975	September 1974
Arbeitslose	1 005	- 26	+ 448	
Arbeitslose saisonbereinigt	1 345	+ 15	+ 570	
Kurzarbeiter	639	+ 98	+ 374	
Offene Stellen	235	- 18	- 63	

(Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/75, S. 5 u. 63*)

Urabstimmung über Tarifvertragsentwürfe gefordert

Als am 27. Oktober 1975 weit über 1000 Drucker, Setzer, graphische Hilfskräfte, Angestellte und Journalisten durch das Essener Zeitungsviertel an der Sachsenstraße demonstrierten und gegen die soeben verkündete Fusion von „WAZ“ und „NRZ“ protestierten, die wiederum rund 1000 Arbeitsplätze bedroht, da hatte die Auseinandersetzung um die Folgen der Pressekonzentration einen neuen Höhepunkt erreicht. Die IG Druck und Papier, die zu der Aktion aufgerufen hatte, sieht bei der Konzentration der Pressekonzerne vom Schlage der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht nur sorgenvoll die Vernichtung von Arbeitsplätzen, sondern auch die ganz offene Gefährdung der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit. Die Gewerkschaft fordert deshalb von den Verlegern den Abschluß von Tarifverträgen zur wirtschaftlichen Mitwirkung, personellen und publizistischen Mitbestimmung. Der jüngste Verleger-Coup an der Ruhr beweist, wie dringlich die Forderung der Gewerkschaft ist.

Januar 1975: „NRZ“-Verleger Dietrich Oppenberg dementiert entschieden Meldungen, daß er die Lokalausgabe Aachen seiner Zeitung einstellen wolle. Im Gegenteil: es werde ausgebaut...

August 1975: Oppenberg stellt die Lokalausgabe Aachen ein.

18. Juni 1975: Verleger Oppenberg dementiert „alle Kombinationen“ über einen Zusammenschluß seiner Zeitung mit der „WAZ“.

27. Oktober 1975: Oppenberg fusioniert die „NRZ“ mit der „WAZ“. Termin: 1. Januar 1976.

Gegenüber Verleger-Dementis nehmen sich die Lügengeschichten des Freiherrn von Münchhausen geradezu harmlos aus. Soviel steht fest: Mit dem neuen Vertrag hat der „WAZ“-Pressegigant an der Ruhr seinen bisher größten Coup gelandet. Der „Wolf im Blätterwald“ (so der „Stern“) wird Anfang kommenden Jahres über eine Druckauflage von 1,3 Millionen Zeitungsexemplaren im Revier verfügen. Seit der Rechtsanwalt Günther Grotkamp die Geschäftsführung der „WAZ“ übernahm, begann das große Zeitungssterben an der Ruhr. Die „WAZ“ fraß das „Westdeutsche Tageblatt“, die „Herner Zeitung“, den „Duisburger General-Anzeiger“, den „General-Anzeiger Oberhausen“, die „Wanne-Eickeler Zeitung“, die „Ruhrwacht“, die Recklinghäuser Bezirksausgabe der „Westfälischen Rundschau“, die „Velberter Zeitung“ und die „Hammer Zeitung“. All diese Blätter wurden durch ruinöse Kampfpreise für die Abonnements und kostenlose Anzeigenblätter in die Knie gezwungen.

Nachdem die „WAZ“ durch einen Kooperationsvertrag mit der „Westfäli-

schen Rundschau“ den Zeitungsverlag Westfalen (ZVW) gründete, dazu die Anzeigen- und Vertragsgemeinschaft Südwestfalen (AVS) ins Leben rief (darin eingeschlossen die Hagener „Westfalenpost“ des ehemaligen CDU-Ministers Sträter), bedroht sie nun ernsthaft die Existenz der wenigen noch selbständig gebliebenen Zeitungen. Die „Recklinghäuser Zeitung“ und die „Ruhrnachrichten“ schlossen sich ihrerseits unter dem wirtschaftlichen Druck der gigantischen Konkurrenz zusammen, womit ebenfalls Arbeitsplätze verloren gingen. Bedroht sehen sich aber auch die Heimatzeitungen im Sauerland wie „Süderländer Tageblatt“, „Iserlohner Kreisanzeiger“ und „Siegener Zeitung“.

Beherrscht vom „WAZ“-Konzern, weil abhängig von seinen Druckaufträgen, sind die Druckereien „Westfalendruck“ Dortmund, Laupenmühlen & Dierichs Bochum und „Westdruck“ in Hagen.

Gefahr für 1000 Arbeitsplätze besteht beim Axel-Springer-Verlag in Essen, der bisher zu 70 Prozent mit dem Druck der „NRZ“ ausgelastet wird. Der bereits gekündigte Druckauftrag läuft bis zum 31. Dezember 1977. Bis dahin wird das neue Druckzentrum der „WAZ“ in Hagen-Bathey fertiggestellt sein. Seine Kapazität, die unter anderem eine 192seitige Rotation und eine vollautomatisierte Verpackungsstraße umfassen wird, hat weitreichende Konsequenzen für die Arbeitsplätze von Tausenden Arbeitern an der Ruhr.

Auf einer Protestkundgebung, die der Landesbezirk der IG Druck und Papier am 27. Oktober gleich nach dem offiziellen Bekanntwerden des Fusionsplanes zwischen „WAZ“ und „NRZ“ in Essen durchführte, fragte IG-Druck-Landesbezirksvorsitzender Fritz Gent die „WAZ“-Manager:

● Was bleibt von den Tausenden Arbeitsplätzen übrig, wenn das Druckzentrum Hagen-Bathey fertiggestellt ist?

● Wieviel Arbeitsplätze bleiben durch den Zusammenschluß zwischen „WAZ“ und „NRZ“ auf der Strecke, insbesondere bei der Springer-Druckerei, die bisher den technischen Teil der „NRZ“ herstellt?

● Warum hat es Günther Grotkamp abgelehnt, die Tarifverträge der IG Druck für wirtschaftliche Mitwirkung personelle und publizistische Mitbestimmung bei der Kooperation mit der „Westfälischen Rundschau“ zu übernehmen?

● Wie halten es die „WAZ“-Manager mit der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen, in der es in Artikel 2 heißt: „Der Schutz der Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes“?

● Wie verhält man sich zur Absicherung der Meinungsvielfalt und zum Recht der Reaktionen auf publizistische Mitbestimmung?

● Was bezweckt Günther Grotkamp mit seinen anhaltenden Einschüchterungsmaßnahmen gegen Betriebsräte und Belegschaften, die von dem Konzentrationsprozeß betroffen sind?

Die Betriebsratsvorsitzende der „NRZ“, Christa Becker, bezeichnete es als „glatten Zynismus“, wenn von Arbeitgeberseite einerseits von Arbeitsplatzsicherung bei dieser Fusion gesprochen werde, andererseits im gleichen Atemzuge Rationalisierungsmaßnahmen zum 1. Januar in Aussicht gestellt würden. Christa Becker nannte als Konsequenzen der Fusion:

● Die 340 Angestellten im Verlagsbereich werden die Zeche als erste zu bezahlen haben.

● Es ist zu befürchten, daß sich Meldungen bestätigen, wo nach Arrangements des Verbreitungsgebietes schon bald durchgeführt werden. Im Kollegenkreis tippt man auf die Ausgaben Velbert und Mülheim.

● Die Fusion zielt darauf ab, den Betriebsrat der „NRZ“ „automatisch außer Kraft zu setzen“. (Ein Beispiel dazu wurde bei der Fusion der „Aachener Volkszeitung“ mit den „Aachener Nachrichten“ bereits geliefert.)

● Unter Mißachtung des Betriebsverfassungsgesetzes erklärte Oppenberg einen Sozialplan für nicht notwendig, da ja „alle Kollegen übernommen“ würden.

● Schließlich werden auch die Lesebetrefften sein. Dazu wagte Christa Becker die Prophezeiung, daß der Niedrigstbezugspreis von 7,30 DM sicher nicht mehr allzulange stabil bleiben werde, nachdem die „NRZ“ als das größte Objekt der „WAZ“ wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen ist.

Der Betriebsratsvorsitzende der „Velberter Zeitung“, Udo Weinert, berich-

tete, wie nach dem Aufgehen der Zeitung in den „WAZ“-Konzern von 100 Beschäftigten nur noch 50 übrigblieben. Ganze drei Journalisten konnten ihre Stellung halten.

Rainer Grosser, Betriebsratsvorsitzender von Laupenmühlen & Dierichs, erinnerte an die Arbeitsleistung, die von seinen Kollegen jahrelang für die „WAZ“ erbracht wurde und verlangte Klarheit über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze.

Gerhard Rutz, der Betriebsratsvorsitzende des Westfalendrucks, schilderte, wie das „WAZ“-Management mit trügerischen Hoffnungen auf den Bau des Druckzentrums in Dortmund die Zustimmung zum Abbau sozialer Leistungen erzwang und die Belegschaften in Dortmund und Hagen gegeneinander ausspielte.

Über die Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ berichtete auch der Betriebsratsvorsitzende von „Westdruck“ in Hagen, Horst Wisotzki, der gegenwärtig mit drei weiteren Betriebsratskollegen gegen die vom CDU-Verleger Sträter ausgesprochenen Entlassungen vor dem Arbeitsgericht kämpft. Den Bau des neuen Druckzentrums auf Sträter-Gelände in Hagen verband „WAZ“-Manager Grotkamp mit 26 Forderungen zum sozialen Abbau (darunter die Abschaffung der Fünf-Tage-Woche).

Der Betriebsrat der „WAZ“ stellt in einer Entschließung zum jüngsten Konzentrationsfall fest, daß er zu keinem Zeitpunkt über die neue Gesellschaftsgründung informiert wurde geschweige denn an irgendwelchen Verhandlungen beteiligt worden sei. Die vorgesehene neue Gesellschaftskonstruktion sehe eine Dreiteilung der Belegschaft im „WAZ“-Konzern vor und laufe auf eine Spaltung der Belegschaft hinaus, während das Management in einer Hand konzentriert bleibe. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der „WAZ“, Edmund Weidenbach, rief die Belegschaften des Konzerns auf, jetzt fest zusammenzustehen, um die unabdingbaren Rechte der Arbeiter und Angestellten gemeinsam verteidigen zu können.

Alfred Lindeken, Betriebsratsvorsitzender der Axel-Springer-Verlags-AG, fand stürmische Zustimmung mit der Erklärung: „Die Entscheidung darüber, ob wir uns morgen in die Reihe der jetzt schon arbeitslosen Kollegen einschließen müssen, darf nicht über unsere Köpfe hinweg von den Grotkamps, Oppenbergs oder Springers getroffen werden.“ Lindeken forderte die Durchsetzung der von der IG Druck und Papier vorgelegten Tarifvertragsentwürfe zur wirtschaftlichen Mitwirkung, personellen und publizistischen Mitbestimmung. An den Gesetzgeber gewandt verlangte er die Änderung des Tendenzschutzparagrafen im Betriebsverfassungsgesetz und eine vorbeugende Fusions-

Weitere Steuergeschenke an Unternehmer geplant

Seit Jahresbeginn trommeln die Unternehmerverbände, die Sprecher der CDU/CSU und die Ministerriege um Friderichs im Bundeskabinett die Losung: Steuerhilfe für die Wirtschaft. Zuletzt hat der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, vor der Vollversammlung dieser Unternehmerinstitution am 16. Oktober 1975 in Dortmund eine „Verbesserung“ und Erweiterung der Abschreibungen und die „Einführung einer unversicherten Investitionsrücklage“ kategorisch verlangt.

Wie weit die Pläne dieser gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Steuerpolitik bereits auf Regierungsebene gediehen sind, beweist ein sogenannter Prüfungsbericht, der im Auftrag des Kabinetts von den Staatssekretären Offergeld (Finanzministerium) und Schlecht (Wirtschaftsministerium) am 10. Oktober ausgefertigt wurde. Darin sind zahlreiche steuerliche Anreize für die Unternehmen angeführt. Der Bericht enthält auch Schätzungen über die gewaltigen Summen, die mit Steuergeschenken aus der Steuerkasse zugunsten der Unternehmerschaft aufzubringen wären. Einige seien daraus angeführt: Die sogenannte degressive Abschreibung, nach der die Unternehmen ihre Ausgaben für Maschinen usw. schneller absetzen können, verursachte Kosten von 1,5 Milliarden DM. Der sogenannte Verlustrücktrag, wonach Verluste steuerlich mit den Gewinnen früherer Jahre verrechnet werden sollen, würde Kosten von etwa 830 Millionen DM bringen. Der zum 1. Januar 1975 erhöhte Satz für die Vermögensteuer von Kapitalgesellschaften auf 1 Prozent soll wieder auf 0,7 Prozent zurückgenommen werden.

Bei der Gewerbesteuer sehen die Staatssekretäre u. a. durch Hinzurechnung von sogenannten Dauerschulden und Dauerschuldzinsen einen Steuerausfall von 2,6 Milliarden DM, hauptsächlich zu Lasten der Gemeindefinanzen. Durch eine Ausdehnung der 7 b-Abschreibung, z. B. für Häuser, von derzeit 150 000 auf 200 000 DM usw., würden Kosten von 500 Millionen DM anfallen. Eine Sofortabschreibung für sogenannte geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu 1600 DM (bisher 800 DM)

kontrolliere. „Wir werden in geschlossener Solidarität nicht eher Ruhe geben, bis diese Ziele erreicht sind.“

Höhepunkt der Protestkundgebung von über 1000 Druckern, Setzern, graphischen Hilfskräften, Angestellten und Journalisten war die Forderung, jetzt in den Betrieben eine Urabstimmung über die Tarifvertragsentwürfe der IG Druck und Papier durchzuführen. p. b.

schlüge sogar mit Kosten von 3,5 Milliarden DM durch. Bei einer steuerfreien Investitionsrücklage müßte man ebenfalls mit Milliardenbeträgen rechnen.

Selbst wenn nur einige dieser Möglichkeiten aus dem „Prüfungsbericht“ der Staatssekretäre zum Zuge kommen, sind Steuergeschenke von vielen Milliarden DM an die Unternehmerschaft zu erwarten. Dies ist zweifellos eine Herausforderung der Arbeiter und Angestellten, die außerdem ausschließlich die Sparmaßnahmen der Regierung und die 2prozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer oder rund 12 Milliarden DM im Jahr zu tragen haben.

Die Steuerforderungen der Unternehmer sind aber auch darum provokativ, weil z. B. von 1965 bis 1974 der Anteil der Steuern vom Vermögensbesitz am Gesamtsteueraufkommen von 5,3 auf 3,5 Prozent zurückgegangen ist.

Im Interesse seiner Mitglieder hat der DGB-Bundesvorstand am 18. Oktober die von der Bundesregierung geplanten Milliardensteuergeschenke scharf zurückgewiesen.

Es ist bezeichnend, daß bereits viele Unternehmen in Erwartung irgend einer Abschreibungs- und Steuererleichterung ihre Investitionsentscheidungen zurückstellen, um eine der in Aussicht stehenden Steuergeschenke nicht zu verlieren. Ein nochmaliges Milliarden-Steuergeschenk nach der Investitionsprämie von 7,5 Prozent, die den Unternehmern bereits rund 8 Milliarden DM brachte, hat konjunkturpolitisch keine Wirkung. Die großen Unternehmen verfügen über genügend Rücklagen, und der Kapitalmarkt ist flüssig wie nie. Die Konjunktursituation braucht vielmehr Massennachfrage.

Steuergeschenke an das Großkapital werden die desolaten öffentliche Finanzlage nur weiter verschlechtern und am Ende neue Massenbelastungen für die Arbeiter und Angestellten bringen. Notwendig sind daher Steuererhöhungen bei den Reichen und bei den Großunternehmen, damit diese mehr als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und zur Beseitigung von Defiziten herangezogen werden. F. R.

Krise des Steinkohlenbergbaus erfordert neue Energiepolitik

Die Lage auf den Energiemärkten der kapitalistischen Welt spitzt sich dramatisch zu. Die wichtigsten Primär-Energien, Erdöl und Steinkohle, sind wieder in eine Überproduktionskrise geraten. Dagegen geht der Verbrauch von Energie zurück. Diese Situation wird sich auch auf die Beschäftigungslage im Steinkohlenbergbau auswirken. Hier wird die Überproduktion auf Halde gekippt und dadurch die Fragwürdigkeit der Beschäftigungslage noch verdeckt. Der Sachverhalt läßt sich aber nicht mehr länger vertuschen. Der Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie (IGBE) am 12. September 1975 hat sich daher fast ausschließlich mit dieser Situation in drei grundlegenden Referaten befaßt.

Der Hauptvorstand der IGBE sucht aus dieser für die im Bergbau Beschäftigten prekären Lage herauszukommen und sieht den Ausweg in einer größeren Verwendung von Steinkohle. Der Vorsitzende der IGBE, Adolf Schmidt, stellte fest, daß der einzige Energieträger, der in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehe, zu dem wir zu jeder Zeit Zugang hätten, bei dessen Nutzung uns niemand hineinreden könne und dessen Preisentwicklung einigermaßen überschaubar bleibe, die einheimische Kohle sei. Entgegen dieser Erkenntnis werde jedoch der Steinkohlenbergbau 1975 mit nur 77 Millionen Tonnen 30 Prozent weniger absetzen als 1974.

In den 18 Jahren der Krise der Steinkohlenwirtschaft habe es noch niemals einen solchen abrupten Verfall des Absatzes gegeben. Die Hauptursache sei in der krisenhaften Lage und besonders im Rückgang des Absatzes in der Stahlindustrie und der Kraftwerke zu sehen. Erstere hat im ersten Halbjahr 1975 drei Millionen Tonnen weniger Kohle abgenommen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei der Kraftwirtschaft ging der Absatz in der gleichen Zeit von 19,5 auf 11,4 Millionen Tonnen zurück.

Im Jahre 1974 konnte hingegen nicht nur die laufende Förderung abgesetzt werden, sondern auch die Halden wurden um 12,4 Millionen Tonnen vermindert. Aber trotzdem ging die Förderung gegenüber 1973 um 2,46 Millionen Tonnen zurück. Auch der Inlandsverbrauch von Steinkohle sank gegenüber 1973 um rund 1,5 Millionen Tonnen. Eine der Hauptursachen dürfte wohl die Preispolitik der Kohlenkonzerne sein.

Die Absatzgruppe Hausbrand und die Kleinverbraucher, die 1956 noch rund 21 Millionen Tonnen konsumierten, verbrauchten 1974 nur noch 5,78 Millionen Tonnen. Die Verbraucherpreise für Kohle wurden seit dem 23. Juli 1973 — also vor dem Oktober 1973 — bis heute um 40 bis 41,3 Prozent heraufgetrie-

ben, die Preise für Industriefeinkohle um 38,7 Prozent. Besonders stark wurden sie für die Saarkohle erhöht, Fettkohle Nuß 3 um 66,7 Prozent und Edelflammkohle um 48,5 Prozent. Zu den Preisen von 174 bis 207 DM je Tonne kommen noch die Handelsspannen und die Transportkosten hinzu. Es überzeugt daher nicht, wenn behauptet wird, daß die Steinkohle billiger als das Heizöl sein soll. Mit dem Hinweis auf die im Schnitt um 7 Prozent erhöhten Erdölpreise liebäugelt man bereits mit neuen Preiserhöhungen für die

10 Feierschichten

Nach dem „bewährten“ Rezept, Gewinne einzustreichen und Verluste zu „sozialisieren“, hat die Ruhrkohle AG für die über 150 000 Bergleute an der Ruhr 10 Feierschichten angeordnet. Die ersten sollen bereits im Dezember verfahren werden. Während die Bergarbeiter im Weihnachtsmonat Lohneinbußen erleiden, will die Ruhrkohle AG einen Teil der Lohnkosten über die Zahlung von Kurzarbeitergeld auf die Steuerzahler abwälzen.

Unternerdiktat

Die Stahlindustriellen wollen der IG Metall nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen ein Lohndiktat aufzwingen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens, Weisweiler, erklärte, daß es sich bei den bekanntgewordenen 5 Prozent nicht um ein Angebot handele, sondern um einen „Ergebnisvorschlag“, der die Obergrenze der Konzessionsbereitschaft der Unternehmer markiere. Nach den Vorstellungen der IG Metall soll auf dieses Diktat nicht eingegangen werden. Die Unternehmer wurden aufgefordert, ein besseres Angebot als 5 Prozent zu machen.

Kohle, was den Absatz noch weiter schrumpfen lassen würde. Die Bundesregierung hat vom Bundestag drei Verstromungsgesetze annehmen lassen. Das Resultat ist völlig anders, als versprochen wurde, keine Steigerung, sondern ein Rückgang des Steinkohlenverbrauchs bei den Kraftwerken.

Die beiden Professoren Peters von der Kohleforschung und Schulten von der Atomforschung Jülich konnten für die nächsten Jahre keine Hilfe in Aussicht stellen. Beide legten mögliche und wahrscheinliche technische Zukunftsaussichten dar. Professor Peters verstand unter „Zukunft“ die Zeit nach 1990. Er und auch Professor Schulten trugen technische Grundfragen der Umwandlung der Stein- und Braunkohle durch Hochtemperaturreaktoren in Gas und Öl vor. Die Kohle solle ein „Rohstoff der Kernenergie“ werden, meinte Professor Schulten. Und: „Die erste Aufgabe wird sein, langfristig den gro-

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

Ben Block des Öls als Primärenergie zu substituieren“ (d. h. zu ersetzen). Also nach 1990!

Wenn Professor Peters auf die Erschließung neuer Kohlelagerstätten in Übersee orientiert, so ist dies für die Bergarbeiter an Ruhr und Saar keine akzeptable Alternative. Aber so wichtig es ist, einen Blick in die fernere Zukunft zu richten und sich planmäßig auf die wissenschaftlich-technischen Veränderungen einzustellen, so ist es jedoch mindestens ebenso wichtig, die heutigen Probleme der Beschäftigten des Bergbaus zu lösen.

Die Ruhrkohle AG hat bereits eine Kohlenengesellschaft in den USA gekauft, die pro Jahr 1,5 Millionen Tonnen Kohle fördert. Mit einer solchen Energiepolitik wird die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Auslande noch vergrößert und die Arbeitsplätze, die in den ersten fünf Monaten 1975 um weitere 640 vermindert wurden, werden hier noch unsicherer.

Wenn der Haldenbestand Ende 1975 an die 20 Millionen Tonnen betragen wird und im nächsten Jahr werden 10 bis 15 Millionen Tonnen hinzukommen, dann kann die Schlußfolgerung keineswegs die Stilllegung von fünf bis zehn Zechen sowie Feierschichten sein. Hier ist eine neue Energiepolitik vonnöten, die der Kohle den ihr gebührenden Rang einräumt. Albert Stasch

Investitionslenkung und -kontrolle im Widerstreit der Meinungen

Seitdem die Redaktion NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik am 7. und 8. Juni 1975 das Arbeiterseminar '75 zu dem Thema der Investitionslenkung und Investitionskontrolle durchführte, hat die folgende Zeit die Aktualität dieses Themas bewiesen. Auf SPD-Bezirkskonferenzen, auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden, in Verlautbarungen der Unternehmerverbände, von Parteien und nicht zuletzt in zahlreichen Publikationen ist dieses Thema heftig umstritten.

Angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Gegensätze wird in zunehmendem Maße nach dem Charakter der Investitionstätigkeit gefragt. Dabei ist es keineswegs so, daß bisher sowohl durch die privaten Konzerne und Unternehmer als auch durch den Staat keine Lenkung der Investitionen erfolgt ist. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Preiss, bezeichnete es deshalb als schizophren, daß sich dieselben Kräfte gegen die Investitionslenkung wenden, die zugleich milliardenschwere Staatssubventionen fordern. Die Unternehmer hätten noch nie gegen eine Art der Investitionslenkung durch den Staat Einwendungen gehabt, wenn der Staat die Investitionen getragen und das Privatkapital den Gewinn gemacht habe.

Auf den Bezirksparteitagen der SPD, die im September und Oktober 1975 stattfanden, haben sowohl die Bezirke Hessen-Süd, Westliches Westfalen, Ostwestfalen-Lippe und Schleswig-Holstein Abänderungsanträge zu den entsprechenden Formulierungen des SPD-Orientierungsrahmens '85 verabschiedet. Auf der Bezirkskonferenz der SPD Hessen-Süd erklärte der Bezirksvorsitzende Rudi Arndt, daß die „einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz nur im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen demokratischen Planung zufriedenstellend die Bedürfnisbefriedigung“ gewährleiste. Im Bezirk Westliches Westfalen wird die direkte staatliche Einflußnahme auf die Investitionen auf der Basis einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung gefordert.

Unternehmerverbände, CDU und auch FDP fielen wütend über die dort zum Ausdruck gebrachten politischen Meinungen her, und Arndt und seine Freunde rückten vorsichtig von ihren ursprünglichen Erklärungen weg. Bundeskanzler Schmidt und andere führende Sozialdemokraten reisen durch die Lande und versuchen alles, um auf weiteren Bezirkskonferenzen ähnliche Beschlüsse zu unterbinden, wobei sie zur Substanz dieser Anträge wenig aussagen,

sondern sich, ähnlich den Unternehmerverbänden und der CDU, in Unterstellungen flüchten. Sie bauen Pappkameraden auf, die sie dann eifrig beschießen.

Der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, lehnte auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Gewerkschaft die Vorstellungen zur Investitionslenkung global ab, ohne dabei auch nur den Versuch zu unternehmen, die entsprechenden Anträge des letzten DGB-Kongresses zu verteidigen. Aus der Tatsache der Langatmigkeit der Baugenehmigungsverfahren und der dort sichtbar werdenden Bürokratie glaube er, die Forderung nach einer demokratischen Investitionslenkung mit der linken Hand abtun zu können.

Angesichts Hunderttausender Bauarbeiter, die in den letzten Jahren aus der Bauindustrie hinausgerationalisiert wurden, Hunderttausender arbeitsloser Bauarbeiter, der Angriffe auf den sozialen Besitzstand der noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten klingt es aus dem Munde eines Gewerkschaftsvorsitzenden doch etwas eigenartig, wenn er meint, daß die Behandlung des Thomas Investitionslenkung „für das Investitionsklima schädlich und unverantwortlich“ sei. Der Rückgang der Investitionstätigkeit und die Zunahme der Arbeitslosigkeit, auch in der Bauindustrie, erfolgte, ohne daß die Arbeiter und Angestellten sowie ihre Gewerkschaften Einfluß auf die Investitionsentscheidungen der privaten Unternehmer hatten.

Die Ergebnisse des Arbeiterseminars '75 besagen, daß es sich bei der demokratischen Investitionslenkung keineswegs um irgendeine bürokratische Angelegenheit handelt, bei der die Bevölkung von den Entscheidungen ausgeschaltet ist und der Amtsschimmel wiehert. Es wurde festgestellt, daß eine wirksame Einflußnahme der Arbeiter und Angestellten sowie der Gewerkschaften auf die Investitionslenkung eng mit dem Kampf um die Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen verbunden ist. Es ist völlig unverständ-

lich, wie Rudolf Sperner das Streben nach einer so gearteten Lenkung von Investitionen durch demokratisch legitimierte Gremien als unverantwortlich bezeichnen kann.

Es klingt auch wie ein Hintertreppenvitz, wenn die Unternehmerverbände und die CDU, übrigens auch wie in der Frage der Mitbestimmung, sich zum Hüter der Verfassung aufschwingen und eine demokratische Investitionslenkung als verfassungsfeindlich abqualifizieren wollen.

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, behauptet, daß mit der Investitionslenkung Wachstum und Beschäftigung auf der Strecke bleiben würden. Er übergeht dabei nicht zufällig die Frage, wieso es denn kommt, daß seit 1970, und nicht etwa seit dem Oktober 1973, der sogenannten Ölkrise, wie es so gern versucht wird hinzustellen, die Investitionen rückläufig sind und zugleich auch die Zahl der Arbeitslosen von Jahr zu Jahr steigt. Es ist doch keineswegs zutreffend, wenn Schlecht behauptet, daß Investitionen durch den Markt gesteuert werden. Wenn heute in den entscheidenden volkswirtschaftlichen Bereichen Investitionen vorgenommen werden, so handelt es sich in der Regel um Investitionen im Milliardenumfang.

Wenn diese Kapazitäten errichtet sind, dann kann über den Markt im nachhinein keine Korrektur dieser Entscheidung mehr vorgenommen werden. Es ist deshalb notwendig, daß durch eine demokratische Investitionslenkung, gestützt auf einen starken gemeinwirtschaftlichen Sektor der in Gemeingut überführten Großkonzerne, nicht erst im nachhinein Fehlentscheidungen korrigiert werden, sondern schon im Vorfeld der Investitionsentscheidungen alles unternommen wird, um die Lebenslage der arbeitenden Menschen positiv zu beeinflussen.

Die Diskussion über die Investitionslenkung und -kontrolle wird fortgesetzt werden und keinesfalls, wie es Herr Schlecht sich wünscht, „in Diskutierklubs über Utopien“, sondern innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ganz einfach deshalb, weil die Lebensbedürfnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten es nicht erlauben werden, dieses Thema von der Tagesordnung abzusetzen.

NACHRICHTEN werden diese Diskussion verfolgen und versuchen, weitere Anregungen zu vermitteln. Dabei wird sicherlich immer mehr der Inhalt der Investitionslenkung diskutiert werden, denn es geht, wie Hans Preiss meint, nicht um diese oder jene Form der Lenkung..., sondern um die Grundfrage, wer hier in wessen Interesse lenkt.

H. Sch.

Handel mit sozialistischen Staaten kann keine Einbahnstraße sein

In der gegenwärtigen Krisensituation fällt auf, daß trotz erheblicher Exportrückschläge der Bundesrepublik die Ausfuhr in die sozialistischen Staaten um 23,3 Prozent im ersten Quartal 1975 gegenüber dem ersten Quartal 1974 gestiegen ist. Der Anteil am Gesamtexport hat sich in diesem Zeitraum auf 7,7 Prozent erhöht. So spektakulär die Zuwachsraten sind, der geringe Anteil am Gesamtexport der Bundesrepublik unterstreicht, welche Möglichkeiten in einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen uns und den sozialistischen Staaten noch stecken. Es ist bekannt, daß von Handel und Kooperation mit den sozialistischen Staaten, die eine keinen zyklischen Krisen unterworfenen Planwirtschaft haben, starke Impulse u. a. für eine Sicherung der Arbeitsplätze ausgehen.

Die bundesdeutschen Ausfuhren in die Volksrepublik Polen sind seit 1970 sprunghaft auf das Sechsfache gestiegen. Wie der „Spiegel“ berichtet, gibt es bis jetzt 150 Kooperationsobjekte, von denen die Firma Grundig, die in Warschau Tonbandgeräte fertigen oder Siemens, die in Polen Heimbügelautomaten montieren läßt, herausragen. Vor dem Abschluß steht auch ein 300-Millionen-Mark-Projekt der Firma Krupp, die in Polen ein Methanotwerk baut.

Problematisch ist dabei, daß der Import aus den sozialistischen Ländern, insbesondere aus der Volksrepublik Polen, hinter dem Export zurückbleibt. Ein Grund dafür ist, daß die Krise in unserem Lande die Absatzmöglichkeiten in der BRD einschränkt. Eine andere Ursache ist die Sorge bundesdeutscher Unternehmer, vorgefertigte Produkte aus Polen könnten westliche Märkte überfluten. Lieber möchten sie, wie die Frankfurter Metallgesellschaft, polnisches Kupfer unverarbeitet als verarbeitet, etwa als Kupferdraht, abkaufen. Die Lobby der deutschen Kupferschmelze hat deshalb im Bonner Wirtschaftsministerium auch schon vorsorglich Protest angemeldet. Ein anderes Beispiel ist der Bau eines PVC-Werkes in Polen, der jetzt von einem englischen Chemie-Giganten vorgenommen wird, statt von bundesdeutschen Betrieben, wie den Chemischen Werken Hüls. Der „Spiegel“ berichtet, als die Manager von Hüls hörten, daß die Polen dann auch ihren Kunststoff in der Bundesrepublik absetzen möchten, paßten sie. Dabei vergaßen sie, daß England Mitglied der EWG ist und das PVC nun über England auf den bundesdeutschen Markt gelangt. So kann kleinliches Konkurrenzdenken lukrative Geschäfte kaputt machen und doch zu nichts führen.

Allerdings ist es nicht nur Sache der bundesdeutschen Unternehmen, wenn solche lukrativen Geschäfte von Frankreich, England, den USA und anderen und nicht von der Bundesrepublik

Deutschland gemacht werden. Diese Staaten sind selbstverständlich bereit, Ausfallbürgschaften zu leisten, d. h. zinsgünstige Kredite für solche langfristigen Vorhaben, Kooperationen etc. zur Verfügung zu stellen; denn die Finanzierung solcher Vorhaben ist eine äußerst wichtige Frage. Insofern ist auch das in Helsinki vereinbarte und in Warschau jetzt u. a. unterzeichnete Kreditabkommen eine international übliche und damit normale Sache.

Es ist klar, daß wir die sozialistischen Staaten und auch die Volksrepublik Polen nicht lediglich als Lieferanten von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen und zugleich als offenen Markt für unsere Fertigprodukte betrachten können. Die zweiseitigen Handelsbilanzen werden dann notwendigerweise zu Lasten der Polen defizitär werden müssen. Und wenn die Polen diese Differenz nicht mit Devisen bezahlen können und wollen, muß es dazu kommen, daß die Bundesdeutschen in Polen nicht mehr so munter wie bisher verkaufen können.

In nüchternen Zahlen ausgedrückt heißt das, das Gesamtvolumen des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern ist im ersten Halbjahr 1975 um 10,8 Prozent und die westdeutschen Ausfuhren sogar um 14 Prozent zurückgegangen. Die bilateralen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten können keine Einbahnstraße sein. In jeder Hinsicht! Und Polen, das hat sich zumindest seit der Ausstellung „Polen '74“ in der Essener Gruga herumgesprochen, ist mittlerweile vom Agrarstaat zu einem Agrar- und Industriestaat geworden, dessen Nationaleinkommen in den letzten fünf Jahren um 62 Prozent, die Industrieproduktion um 73 Prozent gestiegen sind.

Die Volksrepublik Polen plant, in den nächsten fünf Jahren den Export noch schneller zu entwickeln. Dabei liegen die Schwerpunkte auf dem Export von Stein- und Braunkohle, aber vor allem

auch auf dem Export von Hochseeschiffen, Schiffreparaturen, Baumaschinen, Zucker- und Schwefelsäurefabriken und anderen kompletten Industrieanlagen und technologischen Einrichtungen sowie auf den Gebieten der Elektronik und nicht zuletzt auf den Gebieten der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie.

Diese Perspektiven müssen auch im Außenhandel zwischen unseren Staaten berücksichtigt werden. Wir können die Volksrepublik Polen nicht nur als einen Markt für unsere Produkte betrachten, sondern müssen auch bereit sein — mehr als bisher —, industrielle Produkte aus Volkspolen zu importieren. Das geschieht ganz selbstverständlich im Außenhandel mit den westlichen Industrieländern, die den höchsten Anteil am Gesamtexport der Bundesrepublik Deutschland haben, nämlich 76,4 Prozent. Wenn wir von solchen Selbstverständlichkeiten auch im Handel mit Polen ausgehen, dürften die Außenhandelsquoten wieder steigen, vielleicht so spektakulär wie vorher — zum beiderseitigen Vorteil der Volkswirtschaften und damit der Menschen in unseren beiden Staaten.

Voraussetzung ist aber vor allem die Bereitschaft der Bundesregierung, diese langfristige Kooperation mit der Volksrepublik Polen und anderen sozialistischen Staaten finanziell abzusichern. Daß man aus solchen Geschäften nicht einseitig politisches Kapital schlagen kann, mußte schon Herr Adenauer seinerzeit feststellen.

Manfred Feustel

Enka-Arbeiter demonstrieren

Nahezu die gesamte Belegschaft der zum ENKA-Glanzstoffkonzern gehörenden KUAG-Textil-AG in Waldniel demonstrierte am 23. Oktober 1975 in Wuppertal gegen die im Rahmen umfassender Rationalisierungsmaßnahmen vom multinationalen AKZO-Konzern angekündigte Schließung ihres Werkes. Der AKZO-Konzern will in den nächsten drei Jahren insgesamt 6500 Arbeitsplätze in der BRD, Belgien und Holland vernichten.

In einem während der Demonstration verteilten Flugblatt wiesen die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf die „eiskalte Konzernstrategie“ von ENKA-Glanzstoff und AKZO bei der Vernichtung der 800 Arbeitsplätze im Werk Waldniel hin. „Die Beschäftigung im Werk Waldniel ist überdurchschnittlich gut. Trotzdem sollen wir unsere Arbeitsplätze verlieren, weil die Konzernbosse es so wollen.“

Sichere Arbeitsplätze durch mehr Unternehmerprofit?

Wenn Unternehmer sagen, ihre Gewinne müßten Vorrang vor Löhnen und Gehältern haben, damit es wieder aufwärts geht in der Wirtschaft, dann erkennen Gewerkschafter das unschwer als eine von vielen Varianten der Jagd nach immer höherem Profit. Wenn aber auch die führenden Politiker bis hin zum Bundeskanzler in diese Kerbe hauen, dann sind selbst Gewerkschafter geneigt anzunehmen, daß etwas Wahres daran sei. In Wirklichkeit jedoch besteht im Einsatz von Regie-

DAS ARGUMENT

rungsautorität für Unternehmer die besondere Raffinesse, Kapitalinteressen gegen Arbeiterinteressen durchzupauken.

Kaum ein Tag vergeht in diesen Wochen, an dem nicht irgendein Arbeitgeber-Verbandspräsident, der Kanzler, der Wirtschafts- oder Finanzminister oder CDU-Sprecher (man beachte deren Gemeinsamkeiten!) Zurückhaltung in der gewerkschaftlichen Tarifpolitik fordern — denn:

„Man muß wissen, daß die Erträge unserer Unternehmen heute notwendig sind, um den Unternehmen die Investitionen morgen ermöglichen zu helfen, finanzieren zu helfen. Erst die Investitionen von morgen bedeuten die Sicherung der Arbeitsplätze und der Mas-seneinkommen für übermorgen... Die

Konsolidierung der Lohnquoten wird zweifellos Zurückhaltung verlangen, nicht nur im öffentlichen Dienst.“ (Helmut Schmidt auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden im Oktober in Hamburg.)

„Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Wir müssen den Unternehmen wieder mehr Spielraum zum Investieren verschaffen.“ (Hans Friderichs auf dem BSE-Gewerkschaftstag und auf dem DAG-Kongreß im Oktober in Wiesbaden.)

Solche Sprüche in unterschiedlichsten Variationen, mit denen „begründet“ wird, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen ganz mäßig ausfallen müssen, hört oder liest man zur Zeit bis zum Überdruß. Wie ein Rosenkranz wird die Formel gebetet: „Die Unternehmergewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die sicheren Arbeitsplätze von übermorgen.“

Wenn das stimmt, dann hätten die Gewinne von vorgestern und die Investitionen von gestern die sicheren Arbeitsplätze von heute sein müssen. Und auch der Krise von 1966/67 sind Unternehmergewinne und Investitionen vorausgegangen. Der nächsten Krise, die bestimmt kommt, weil das kapitalistische System nichts taugt, werden auch wieder Gewinne und Investitionen vorausgehen — Investitionen, die mindestens ebenso für die Beseitigung wie für die Schaffung von Arbeitsplätzen getätigt werden. gs

Sanierungsplan S1 muß vom Tisch

Im Volkswagenwerk gibt es den Sanierungsplan S1. Dieser sieht vor, daß bis Ende 1976 etwa 50 000 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Rund 9500 Arbeiter und Angestellte verloren bereits in diesem Jahr in den VW-Werken Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter ihren Arbeitsplatz. Das sind 14 Prozent der am Jahresanfang in diesen Werken Beschäftigten.

Diese Massenentlassungen haben in den Arbeitsamtsbezirken Helmstedt und Braunschweig dazu geführt, daß die Arbeitslosenzahlen von August 1974 bis September 1975 von 10 200 auf 21 000 stiegen. Noch heute suchen ehemalige VW-Arbeiter Arbeit. Nach Schätzungen

der beiden Arbeitsämter sind rund 5000 als Arbeitslose registriert. Das Helmstedter Arbeitsamt schätzt, daß 70 Prozent der im Jahre 1975 bei VW Entlassenen bisher keine Arbeit gefunden haben. Diese organisierten Massenentlassungen, eingebunden in sogenannte Aufhebungsverträge, sollen weitergeführt werden.

Gegenwärtig aber befindet sich VW „im Aufwind“. Zur gleichen Zeit, in der Zeittöchter und Angestellte entlassen werden sollen, sollen nun bis Mitte 1976 über 5000 Arbeiter für den Fertigungsbereich eingestellt werden. Bis Ende dieses Jahres sind 500 Neueinstellungen geplant. Insgesamt soll je-

doch die Belegschaft weiter schrumpfen; vor allem 59jährige sollen frühzeitig in Rente geschickt werden. Die VW-Manager nutzen die gegenwärtige Situation dazu aus, um eine „Runderneuerung“ der Belegschaft durchzusetzen. Das Durchschnittsalter wird dadurch gesenkt. Junge Arbeiter sind eher in der Lage, die neuen Bandgeschwindigkeiten einzuhalten und bringen einen größeren Profit.

Der VW-Vorstand will unter allen Umständen in den USA die Produktion aufnehmen. Wenn sich dafür kein amerikanischer Partner finden sollte, will es VW allein tun. Eine Produktionsverlagerung in die USA würde den schrittweisen Tod des Werkes Emden herbeiführen. Die IG Metall führte eine Großkundgebung durch, weil diese Region weitgehend von der Existenz des VW-Werkes abhängig ist. Schon jetzt ist die Belegschaft von 8300 Arbeitern und Angestellten im Jahre 1972 auf 6100 geschrumpft. Nach dem Sanierungsplan S1 sind für das Emdener Werk 5500 Beschäftigte vorgesehen. In Ostfriesland sind binnen drei Jahren 3000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Allein 2200 wurden im VW-Werk in Emden vernichtet. Die Arbeitslosenquote ist mit neun Prozent fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Vernichtung von Arbeitsplätzen Einhalt geboten wird und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. H. P.

Streik gegen Sozialabbau

Aus Protest gegen einen geplanten Sozialabbau legten 500 Arbeiter und Angestellte der Montan-Werke Kaeble in Tübingen am 27. Oktober für eine Stunde die Arbeit nieder. Der Streik richtete sich gegen den Plan der Geschäftsleitung, die Betriebsküche zu schließen, den Fahrgeldzuschuß zu streichen sowie die Paketsendungen an Rentner einzustellen.

SEL-Arbeiter protestieren mit Warnstreik

Mit einem dreiviertelstündigen Streik protestierten am 22. Oktober etwa 1000 Beschäftigte der zu ITT gehörenden Standard Elektronik Lorenz AG (SEL) in Stuttgart-Zuffenhausen gegen die von der Unternehmensleitung beabsichtigte zehnprozentige Kürzung des Weihnachtsgeldes. Die IG Metall Stuttgart schließt weitere Protestaktionen nicht aus, falls andere Unternehmensleitungen ebenfalls Sonderzahlungen zu kürzen versuchen.

Dortmund ist kein Schlußpunkt Aktionen werden weitergehen

Interview mit Klaus Engel, ÖTV-Bundesjugendsekretär

Nach Redaktionsschluß fand am 8. November in Dortmund eine zentrale DGB-Kundgebung und Demonstration statt. Sie stand unter den Losungen: „Für eine wirksame Verbesserung der wirtschaftlichen Situation – gegen Arbeitslosigkeit – für die qualifizierte Mitbestimmung – gegen reformfeindliche Kräfte – für eine schnelle und grundlegende Reform der Berufsbildung.“ Zu diesen Forderungen stellte NACHRICHTEN-Mitarbeiterin Gisela Mayer dem ÖTV-Bundesjugendsekretär Klaus Engel vor der Aktion in Dortmund einige Fragen:

NACHRICHTEN: In den letzten Monaten fand eine Reihe machtvoller Aktionen – vor allem der Gewerkschaftsjugend – für ein besseres Berufsbildungsgesetz statt. Welches sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Forderungen?

Klaus Engel: Alle Arbeitnehmer sind darauf angewiesen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um existieren zu können. Schulische und berufliche Bildung müssen die Voraussetzung für die Existenzsicherung während des ganzen Arbeitslebens schaffen; davon ausgehend muß berufliche Bildung inhaltlich und organisatorisch so gestaltet sein, daß es den Arbeitnehmern möglich ist, – nach Beendigung der beruflichen Bildung den gewählten Beruf auszuüben;

– die für den Berufswechsel erforderliche Qualifikation zu erwerben;

– die durch gesellschaftliche und technologische Entwicklungen bedingten Veränderungen des Arbeitsprozesses zu bewältigen.

Folglich muß berufliche Bildung neben der Vermittlung von Fertigkeiten und Fachwissen auf breiter Grundlage die Förderung von Erkenntnis-, Entscheidungs- und Kritikfähigkeit einschließen. Daraus ergeben sich folgende Forderungen: Die berufliche Bildung ist in das Gesamtbildungssystem einzuordnen. Langfristig heißt das: Schulische und berufliche Bildung müssen in einer Gesamtschule integriert werden. Die Lernorte sind also Schule, Betrieb, Verwaltung und überbetriebliche Ausbildungsstätten. Darüber hinaus erhebt die ÖTV die Forderung, daß Staat und Wirtschaft für ein ausreichendes Angebot geeigneter Ausbildungsplätze zu sorgen haben.

Weitere gewerkschaftliche Forderungen sind: Zur Finanzierung der Ausbildungsplätze soll ein Fonds geschaffen

werden, der durch eine Berufsbildungsabgabe von allen Arbeitgebern gespeist wird. Es versteht sich von selbst, daß die Verwaltung dieser Fonds der Mitbestimmung der Gewerkschaften unterliegen muß. Desweiteren fordern wir vom Staat die Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten u. a. auch zur Lösung der Probleme der Jugendarbeitslosigkeit. Was wir an dem Gesetzentwurf zur Berufsbildung besonders kritisieren, ist die mangelnde Mitbestimmung der Gewerkschaften.

Wir fordern, daß die gesamte Ausbildung der Beamten, die bisher im Gesetz nicht enthalten war und auch nicht im Novellierungsvorschlag berücksichtigt ist, in das Berufsbildungsgesetz einbezogen wird. Zwar haben die Bundesregierung und die Arbeitgebervertreter wegen der Bund-Länder-Kompetenzen rechtliche Bedenken geäußert, die jedoch in einem im Auftrag der ÖTV erstellten Gutachten ausgeräumt werden konnten. Dabei wurde festgestellt, daß die Berufsausbildung der Beamten und Angestellten im Berufsbildungsgesetz verankert werden könnte. Eine weitere Forderung ist eine Ausbildungsordnung für die Angestelltenausbildung im öffentlichen Dienst (Verwaltungsfachangestellte). Ferner verlangt die ÖTV die Einbeziehung der Berufsausbildung der Krankenpfleger in das Berufsbildungsgesetz.

NACHRICHTEN: Welche Chancen sehen Sie, daß die gewerkschaftlichen Forderungen bei der Beratung des Berufsbildungsgesetzesentwurfs im Bundestag berücksichtigt werden?

Klaus Engel: Wir betrachten die Chancen zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen eigentlich recht positiv. Es hängt im wesentlichen davon ab, wie stark der Druck der Gewerkschaften auf die Bundesregierung und auf die Bundestagsparteien ist. Ich meine, die Bundesregierung darf die Jugendlichen, die damals die Regie-

rungsparteien wählten, nicht enttäuschen. Auch der DGB müßte hier seinen ganzen Einfluß geltend machen. Auf der anderen Seite – auch das darf man nicht übersehen – werden die Arbeitgeberverbände sowie die Unternehmerkammern mit all ihren Kräften versuchen, die Parteien sowie die Bundesregierung unter Druck zu setzen.

NACHRICHTEN: Weitere Proteste der Gewerkschaftsjugend richteten sich gegen die zunehmende Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit.

Hat sich die Situation der jungen Menschen in dieser Beziehung geändert?

Klaus Engel: Nach den einschlägigen Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit gehe ich davon aus, daß selbst bei einem wirtschaftlichen Aufschwung die Frage der Jugendarbeitslosigkeit auf der Tagesordnung bleibt, weil selbst durch diesen Aufschwung zu vermuten ist, daß es weiterhin ein zu geringes Angebot an Lehrstellen geben wird, da durch geburtenstarke Jahrgänge ein großer Bedarf an Lehrstellen bestehen wird. Insofern hat sich die Situation der jungen Menschen nicht geändert. Im Gegenteil: Wenn nicht einschneidende Maßnahmen der Länderregierung, der Bundesregierung und auch der Unternehmer, und zwar in Kombination mit Vorschlägen der Arbeitsverwaltungen, ergriffen werden, sehe ich für die Zukunft eine Gefahr, die gesamtwirtschaftlich sehr kritisch werden kann, d. h. ein Heer von ungelerten und arbeitslosen Jugendlichen.

NACHRICHTEN: Auf dem 10. DGB-Bundeskongreß kündigte Karl Schwab, das für die Gewerkschaftsjugend zuständige Mitglied beim DGB-Bundesvorstand, weitere große Aktionen an. Nun steht die Dortmunder zentrale Kundgebung des DGB am 8. November kurz bevor.

Soll Dortmund der Schlußpunkt sein oder gibt es bereits Vorstellungen, wie es nach Dortmund weitergehen soll?

Klaus Engel: Für die Gewerkschaften kann es für Forderungen, die sie stellen nie einen Schlußpunkt geben. Insofern ist die Kundgebung in Dortmund auch kein Schlußpunkt, sondern ein Höhepunkt, um der Öffentlichkeit und den Regierenden zu zeigen, wie wichtig wir gerade die Frage der Berufsausbildung nehmen. Andererseits sind ja nicht nur Forderungen zur Berufsausbildung Anlaß zu demonstrieren, sondern insbesondere die Frage der Mitbestimmung, deren Lösung ja nach wie vor aufgrund des Widerstandes der FDP gegen eine paritätische Mitbestimmung aussteht.

Die Mitbestimmung wird, selbst wenn sie in unserem Sinne durchgesetzt wird, noch sehr viele Fragen offen lassen. Insofern kann also diese Veranstaltung nicht ein Schlußakkord gewerkschaftlicher Aktivität sein.

Sperner kündigt Investivlohn an

Auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom 6. bis 10. Oktober 1975 in Hamburg entwickelte der Vorsitzende Rudolf Sperner die Grundzüge einer „Vermögensbildungspolitik“ für die Beschäftigten des Baugewerbes, wie er sie versteht. Kernstück ist der vom DGB bislang abgelehnte Investivlohn, das heißt, die Einbehaltung von Lohn- und Gehaltsbestandteilen durch das Unternehmen zwecks Stärkung seiner Investitionsmittel. Das will der Bundesvorstand der IG Bau-Steine-Erden demnächst mit den Unternehmern tarifvertraglich regeln. Wie zu erfahren war, hat diese Konzeption die Zustimmung der SPD-Führungsspitze und des Kanzlers gefunden und wurde in Absprache mit ihnen von Sperner als bevorstehende Aufgabe der IG BSE an die Öffentlichkeit gebracht. Dieser Gewerkschaft ist es – wie in der Vergangenheit schon des öfteren – zugedacht, im DGB Fakten zu schaffen, um bislang zurückgewiesene Konzeptionen, die das Unternehmerinteresse in den Mittelpunkt stellen, zum Tragen zu bringen. – Nachstehend für interessierte Leser die entsprechende Passage aus Sporners Rede.

Es lassen sich Kombinationen zwischen einer betrieblichen Ertragsbeteiligung und überbetrieblichen gemeinsamen Einrichtungen denken. In dem Tarifvertrag müßte festgelegt werden, in welcher Form die Vermögensbeteiligung im Betrieb durchgeführt werden soll. Eine Automatik, wie wir sie sonst aus Tarifverträgen kennen, läßt sich auf diesem Gebiet nicht verwirklichen. Es sind jedoch Rahmenbedingungen zu setzen, die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite einzuhalten sind.

Wenn eine betriebliche Vermögensbeteiligung in dieser Form tariflich festgelegt wird, so setzt das eine Alternativlösung voraus für alle Arbeitgeber, die an der betrieblichen Vermögensbeteiligung nicht teilnehmen können wegen der Eigenart ihrer Unternehmen. Ich denke dabei zum Beispiel an Größe, an die Rechtsform des einzelnen Betriebes.

Für diese ergänzende Form der Vermögensbeteiligung wäre dann eine überbetriebliche gemeinsame Einrichtung vorzusehen, an die alle Unternehmer ohne betriebliche Beteiligung eine im Tarifvertrag festzulegende Quote der erzielten Erträge abführen. Natürlich könnte man sagen, daß wir mit einer Barabführung an eine gemeinsame Einrichtung von der ursprünglichen Absicht, die von einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ausgeht, abweichen würden. Das ist aber nicht so, wir bleiben dem Grundsatz treu.

Wenn wir keine Beteiligungsrechte auf die gemeinsame Einrichtung übertragen, so deshalb, weil dies durch Tarifvertrag nicht regelbar ist. Dagegen werden wir den Arbeitnehmern aus dem betroffenen Betrieb Beteiligungsrechte an dem anzusammelnden Vermögen einräumen. Diese Alternativlösung ist notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den einzelnen Betrieben zu vermeiden.

Zur Aufgabe der gemeinsamen Einrichtung der Tarifvertragsparteien kann es auch gehören, den angeschlossenen Baubetrieben zur Finanzierung ihrer Investitionen Kredite einzuräumen. Wenn ich wiederholt gesagt habe, daß wir das Problem der Vermögensbeteiligung als Tarifvertragsparteien regeln wollen, so kann das nicht bedeuten, daß wir hiermit auf staatliche Unterstützung und Hilfeleistung ganz verzichten können.

Bei den unterschiedlichen betrieblichen Beteiligungsformen, die die Rahmenbedingungen enthalten müssen, muß erreicht werden, daß heute noch bestehende steuerliche Benachteil-

igungen für Aktiengesellschaften abgebaut werden. Gerade im Zusammenhang mit der Vermögensbeteiligung sollte auch aus der aktuellen Diskussion um eine unterschiedliche Besteuerung der aus einem Unternehmen entnommenen Gewinne und der nicht entnommenen Gewinne Konsequenzen gezogen werden.

Die von uns bejahte Notwendigkeit, die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken, wird nicht dadurch erreicht, daß generell die Unternehmenssteuern gesenkt werden. Eine Steuersenkung allein gibt noch keine Gewähr dafür, daß mehr investiert wird. Mit unserem Vorhaben müssen zwei Ziele erreicht werden:

1. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am zuwachsenden Produktivvermögen, das ja auch gemeinsam erarbeitet wird. Damit wird gleichzeitig eine größere Gerechtigkeit in der Vermögensverteilung erzielt.
2. Die Eigenkapitalbildung der Betriebe wird gestärkt und gleichzeitig damit werden die Investitionsmöglichkeiten verbessert.

Diese in Grundzügen vorgetragenen Vorstellungen, die noch im einzelnen konkretisiert werden müssen, hoffen wir, mit den Arbeitgebern in Kürze konkret besprechen zu können.

Beschlüsse des Gewerkschaftstages

Nachstehende Anträge wurden – neben einer Vielzahl anderer – vom BSE-Gewerkschaftstag in Hamburg verabschiedet:

Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa (E 20)

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden begrüßt die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa, die auch von der Bundesregierung durch ihre Mitwirkung an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) gefördert wurde. Die Ergebnisse der Konferenz in Helsinki schaffen günstige Voraussetzungen, nunmehr weltweit mit der Senkung der Verteidigungskosten zu beginnen. Dadurch könnte vermieden werden, daß Sparprogramme zu Lasten der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer beschlossen werden.

Geplante Streichung des Zuschlags zum SWG (E 19)

Mit großer Sorge betrachten die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau-Steine-Erden die Pläne der Bundesregierung, den Zuschlag von 30 Pfennig zum Schlechtwettergeld pro Ausfallstunde ersatzlos zu streichen. Diese Streichung bringt einen Einkommensverlust in einer Zeit, wo aufgrund wirtschaftlicher und jahreszeitlicher Verhältnisse ohnehin das Einkommen der Bauarbeiter geschmälert ist...

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden appelliert an die Bundesregierung, die geplante Änderung des § 86 AFG Abs. 3 fallenzulassen. Die Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages erwarten von den Organen unserer Gewerkschaft, daß sie sich mit allen legalen Mitteln für die Erhaltung der jetzt bestehenden Schlechtwettergeldregelung ohne jeden Abzug einsetzen. (Auszug)

Arbeitsplatzsicherung nach Wehr- und Ersatzdienst (I 6)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei der Bundesregierung, dem Bundestag und seinen Parteien darauf hinzuwirken, das bestehende Arbeitsplatzsicherungsgesetz zu erweitern. Dadurch sollen die Arbeitsplätze der Wehr- und Zivildienstpflichtigen ein Jahr lang nach Ende der Dienstzeit erhalten bleiben.

Gegen Terror in Chile (E 3)

Der Gewerkschaftstag beobachtet mit Empörung die Fortsetzung polizeistatlicher und faschistischer Verfolgung von Demokraten, insbesondere von partei- und gewerkschaftspolitisch aktiven Bürgern in Chile... Die Delegierten des Gewerkschaftstages fordern die Bundesregierung auf, in Anbetracht der besonderen Notsituation alles zu unternehmen, um auf

- die Wiederherstellung der Menschenrechte,
- die freie Betätigung freier Gewerkschaften,
- die Wiederzulassung politischer Parteien,
- den Verzicht auf verlogene politische Prozesse in Chile hinzuwirken.

Die Delegierten fordern die Bundesregierung auf, in Zukunft keine Zahlungen an die Junta zu leisten, um auf diese Weise die Forderungen zu unterstützen. (Auszug)

Aus der Diskussion

Die Diskussion auf dem Hamburger Gewerkschaftstag der IG BSE zum Geschäftsbericht und während der Antragsberatung verlief in manchen Fragen kritisch, obgleich Resignation und Opportunismus überwogen. Nachstehend einige Beispiele eigenständiger Meinungen zu solchen Fragen wie Tarifpolitik, Satzungsänderung, Ostkontakte und Mitbestimmung bzw. Investitionspolitik.

Gerhard Schramm: Wieder fette Unternehmerjahre?

Wer trägt die Hauptlast dieses Konjunkturtiefs? Doch nur die Arbeitnehmer! Angesichts dessen, daß die von den Unternehmern ergriffenen Maßnahmen, die in den tarifpolitischen Bereich hineinwirken, in manchen Bereichen – zumindest bei uns – zu Lohnseinbußen bis zu 30 Prozent bei den Beschäftigten in der Bauwirtschaft geführt haben, frage ich mich: Wie soll der Konsum angekurbelt werden, wenn diese Arbeitnehmer heute gerade noch in der Lage sind, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten?

Werner Böwing: Was ist „verfassungsfeindlich“?

Die BSE-Führung hat in den von ihr vorgelegten Entwurf der neuen Satzung den aus der Berufsverbotspraxis stammenden Begriff „verfassungsfeindlich“ als einen der Gründe für Eintrittsverweigerung bzw. Ausschluß aufnehmen lassen. Dazu Böwing:

1. Warum wurde die Formulierung „verfassungsfeindlich“ gewählt und nicht die Formulierung „verfassungswidrig“? Warum wurde diese Anregung verworfen?

2. Wer bestimmt, was im Zweifelsfalle eine verfassungsfeindliche Organisation ist? Bestimmt das der Hauptvorstand, der

Beirat, der Bezirksvorstand, bestimmen das die jeweiligen Verwaltungsvorstände? Denn alle die sind ja berechtigt, Ausschlußanträge zu stellen bzw. Aufnahmeanträge zu verweigern...

Es könnte ja sein – ich will jetzt ein bißchen polemisch werden –, daß wir einmal einen Innenminister namens Dregger haben, und dann würde wahrscheinlich auch der Kollege Sperner unter den Radikalerlaß fallen.

Philipp Beck: Nicht im Abseits bleiben!

Ende Juli haben sich die Regierungschefs von 35 Staaten... in Helsinki zusammengefunden und sich zur Zusammenarbeit bekannt, und sie haben entsprechende Dokumente unterzeichnet. Dem ging die neue Ostpolitik der Bundesregierung voraus, mit der es möglich war, Verträge mit den Staaten Osteuropas und der DDR abzuschließen. All das hat zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens beigetragen.

Der DGB und fast alle seine Einzelgewerkschaften haben durch verstärkte internationale Kontakte mit den Gewerkschaften im Westen und Osten nicht unwesentlich dazu beigetragen, dieser Entspannungspolitik den Weg zu ebnen. Ich habe schon immer bedauert, daß unsere Gewerkschaft in dieser Frage im Abseits war; sie hat die Rolle eines Nein-Sagers gespielt.

Sagen wir heute wieder nein, dann, so meine ich, um bei dem Beispiel aus dem Fußball zu bleiben, würden wir ein Selbsttor schießen. Wenn unser Bundeskanzler mit den Regierungen der osteuropäischen Länder Verhandlungen führt, und wenn die Herren der Wirtschaft dorthin reisen bzw. Delegationen in unser Land einladen, dann sollten wir, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, schon längst Kontakte aufgenommen haben. Kontakte und Beziehungen zu den Arbeitnehmerorganisationen in Ost und West – unbeschadet der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnung – helfen mit, den Frieden sicherer zu machen, was gerade uns besonders interessiert, und dem Wettrüsten ein Ende zu bereiten.

Lothar Mergard: Sicherheit – warum nicht heute?

An dem Sinken der Krankenziffern kann man das Ansteigen der Angstkurve vor Reglementierungen im Betrieb und drohender Arbeitslosigkeit unserer Kolleginnen und Kollegen ablesen; Arbeitslosigkeit, die letztlich eine Vergeudung von Fähigkeiten bedeutet. Alle strategischen Maßnahmen des Kapitals dienen heute verstärkt der Wiedererlangung hoher Profitraten vergangener Jahre und der Festigung seiner Herrschaftsposition...

Wenn heute gesagt wird, daß die Gewerkschaften sich darauf hinweisen lassen müssen, daß die Erträge der Unternehmen heute für die Investitionen von morgen notwendig seien und daß nur diese Investitionen die Arbeitsplätze von übermorgen sichern – Kolleginnen und Kollegen, wenn dies so stimmen würde, dann hätten wohl auch die Profite von vorgestern die Investitionen von gestern ergeben, die zu einer Sicherung unserer Arbeitsplätze von heute hätten führen müssen.

Haben wir aber heute ausreichende und gesicherte Arbeitsplätze? – Dieses Beispiel mag genügen, um aufzuzeigen, daß die Unternehmer demnach unter anderen Gesichtspunkten als denen der Arbeitsplatzsicherung ihre Entscheidungen treffen. In der Verwirklichung von Mitbestimmung auf den obersten Ebenen und damit in der Wahrnehmung von Beeinflussung und Lenkung von Investitionen geht es uns als Gewerkschaftern demnach doch wohl nicht mehr um das Ob-überhaupt, sondern nur noch um das Wann, d. h. also um den Zeitpunkt, um das Wie, d. h. um die Strukturen und den Inhalt von Investitionen.

Vetter: Die Verfassung in der Situation nach 1945 begreifen

Auf der wissenschaftlichen DGB-Konferenz „Mitbestimmung – Wirtschaftsordnung – Grundgesetz“ Anfang Oktober in Frankfurt (siehe auch Seite 30) setzte sich der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter insbesondere mit der Behauptung der Gegner paritätischer Mitbestimmung auseinander, diese sei verfassungswidrig bzw. das Grundgesetz sehe Mitbestimmung nicht vor. Zu dem letzteren „Argument“ führte Vetter u. a. aus:

Zunächst: Begreift man Verfassungen und damit auch das Grundgesetz als politische Entscheidungen über den Rahmen künftiger staatlich-gesellschaftlicher Entwicklungen, so müssen ihre Bestimmungen auf dem Hintergrund der politischen Ideen, Programme und Kräfte verstanden werden, die zur Zeit der Verfassungsentstehung maßgeblich waren. Das aber bedeutet:

1. Die Arbeiten des Parlamentarischen Rates vollzogen sich zu einer Zeit, als die grundlegende wirtschaftliche und politische Neuordnung gemeinsam bekundetes Anliegen aller demokratischen Kräfte war.

2. Neuordnung bedeutete im wirtschaftlichen Bereich wesentlich: Kontrolle wirtschaftlicher, sprich: unternehmerischer Macht durch Entflechtung, Vergesellschaftung und Ausbau von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer.

3. Die Bestimmungen der Weimarer Verfassung wurden für diese Zwecke durchweg als nicht ausreichend erachtet. Das belegen die Länderverfassungen jener Zeit ebenso wie eine Vielzahl parteipolitischer und gewerkschaftlicher Dokumente. Die sozialen Grundrechte der Weimarer Verfassung sind deshalb nicht das Maximum, sondern eher das Minimum denkbaren sozialstaatlicher Entwicklungen.

4. Die seinerzeit durchgängig geäußerte Auffassung, die menschliche Arbeit sei das höchste wirtschaftliche Gut und rangiere eindeutig vor dem Eigentum, muß heute für die Abwägung zwischen den Grundrechten der Persönlichkeit und dem Grundrecht des Eigentums maßgeblich sein. Das allgemeine Bekenntnis jener Zeit, Arbeit dürfe nicht als Ware gewertet werden, verdeutlicht: Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Menschenwürde und damit zum Selbstbestimmungsrecht des Menschen ist auch für den Bereich des Arbeits- und Wirtschaftslebens ernst zu nehmen.

5. Nach den Neuordnungsvorstellungen aller Parteien sollten die Gewerkschaften nicht auf das letzte Mittel des Streiks und auf die Mitwirkung an nachgeordneten Entscheidungen beschränkt bleiben. Sie sollten vielmehr als Einheitsgewerkschaft zur tragenden Säule des neuen sozialen Staates werden...

6. Das Grundgesetz hat als provisorische Regelung die Frage der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich offengelassen. Diese Offenheit bedeutet nicht, daß allein eine Alternative gestattet wäre: einerseits der liberalistische Kapitalismus alter Art, andererseits ein sich auf der Grundlage von Maßnahmen der Vergesellschaftung entwickelnder demokratischer Sozialismus...

Nimmt man alle diese politischen Grundlagen der Entstehung unseres Grundgesetzes zusammen, so kann es keinen Zweifel geben: Für die Väter der Verfassung war die Verfassungsmäßigkeit der paritätischen Mitbestimmung kein Problem...

DAG strebt nach der 36-Stunden-Woche

Der 11. Bundeskongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft Mitte Oktober in Wiesbaden (siehe Bericht auf Seite 29) hat die stufenweise Einführung der 36-Stunden-Woche gefordert. Wir unseren Lesern den wesentlichen Auszug aus der längeren „Entschließung zur Tarifpolitik“ zur Kenntnis:

I.

Durch den Abschluß von Tarifverträgen sind die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Mitglieder zu wahren und ständig zu verbessern.

Die Tarifpolitik der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft orientiert sich an der Entwicklung des Sozialprodukts und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige.

Aufgabe der Tarifpolitik ist es, eine angemessene Beteiligung der Angestellten am Wirtschaftswachstum sicherzustellen und sie vor nachteiligen Auswirkungen des technischen Fortschritts zu schützen.

Durch Tarifverträge sollen alle Mitglieder einschließlich derjenigen, die als leitende Angestellte tätig sind und die in der Berufsausbildung zu einem Angestelltenberuf Befindlichen erfaßt werden. Tarifverträge für Angestellte sollen gesondert abgeschlossen werden. Die Rechtsverhältnisse der Auszubildenden sind in gesonderten Tarifverträgen zu regeln.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bekennt sich zur Tarifautonomie und damit zum frei vereinbarten wirksamen Schlichtungsverfahren.

II.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft fordert unabhängig von angemessenen Gehaltserhöhungen:

1. Förderung der Vermögensbildung der Angestellten durch vermögenswirksame zusätzliche Leistungen;

2. stufenweise Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf wöchentlich 36 Stunden im Rahmen des Wachstums des Sozialprodukts. Die Verteilung der Arbeitszeit soll Raum lassen für die Einführung der gleitenden Arbeitszeit und anderer fortschrittlicher Arbeitszeitregelungen;

3. Erholungsurlaub, der sich ausschließlich nach dem Lebensalter richten soll: bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres mindestens 25 Arbeitstage (5 Wochen), nach Vollendung des 35. Lebensjahres mindestens 30 Arbeitstage (6 Wochen), nach dem 45. Lebensjahr mindestens 35 Arbeitstage (7 Wochen);

4. Zahlung eines zusätzlichen Monatsgehalts als Urlaubsgeld;

5. Anpassungsmaßnahmen zum Schutz der Angestellten bei technischen oder organisatorischen Änderungen im Betrieb – insbesondere bei Rationalisierung, Automatisierung und Fusionierung – durch

a) Sicherung des bisherigen Gehalts bei betrieblichen Umsetzungen oder Veränderungen am Arbeitsplatz,

b) Gehaltsausgleich bei Umschulungen,

c) Zahlung von Abfindungen und Erhaltung der Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung bei unvermeidbaren Entlassungen;

6. Unkündbarkeit für alle Angestellten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb oder Unternehmen mindestens 15 Jahre angehören;

7. Beseitigung der Ortsklassenabschläge in den Gehaltstabellen...

Für bessere Arbeitsbedingungen

Am 14. und 15. Oktober 1975 fand in Sindelfingen die Jahrestagung 1975 des Arbeitskreises für Arbeitsstudien des DGB statt. Sie stand unter dem Rahmenthema: „Tarifvertrag und industrielle Wirklichkeit“. Aus dem Einführungsreferat und dem Referat „Die Werkzeuge sollen besser werden“ des Bezirksleiters der IG Metall, Franz Steinkühler, bringen wir wesentliche Auszüge.

Einführungsreferat:

Es kann doch nicht so schwerfallen, Einsicht in die simple Wahrheit zu gewinnen, daß es für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreicht, überhaupt arbeiten zu können, sondern daß die Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte geradezu die Kriterien für die Beurteilung der Qualität eines menschenwürdigen Lebens darstellen. ... Wo steht denn geschrieben, so muß man doch fragen, daß Arbeitsplätze schlecht sein müssen, damit neue, wiederum nicht menschengerechte, geschaffen und die alten erhalten werden können? ...

Wenn die Humanisierung der Arbeit aber dort aufhört, wo die Grenzkostenrechnung keine Rendite mehr ausweist, dann zeigt das nur auch in diesem Falle die auch an anderen Stellen offensichtliche Unlogik dieses Wirtschaftssystems. ... Unsere Feststellung lautet also, daß Wirtschaftlichkeit auf Dauer und Humanisierung der Arbeit keineswegs Gegensätze sind, daß im Gegenteil die Wirtschaftlichkeit auf Dauer nur gesichert werden kann durch humane und menschengerechte Arbeitsbedingungen.

Wir haben jedoch nicht die Absicht zuzuwarten und zuzusehen, wie bis dahin weiterhin jährlich Hunderttausende von Arbeitnehmern — ich betone das bewußt so hart — zu industriell nicht mehr verwertbarem menschlichen Ballast werden, zuzusehen, wie jährlich Hunderttausende von Arbeitnehmern in die Frühinvalidität getrieben werden. Wir stellen das heute gültige betriebswirtschaftliche Denken überall dort in Frage, wo die Umbuchung — besser gesagt, die Abwälzung — betriebswirtschaftlich verursachter Lasten auf die Volkswirtschaft, auf die Gesellschaft vorgenommen wird und letztlich auch noch von uns beglichen werden muß.

Alle 13 Sekunden ereignet sich ein Arbeitsunfall und alle sieben Minuten ein Unfall mit Rentenfolgen. Alle zwei Stunden wird ein Mensch an seinem Arbeitsplatz getötet, und die Dunkelziffer der jährlichen Unfälle wird auf 400 000 bis 500 000 geschätzt. Bei Vorsorgeuntersuchungen in Baden-Württemberg wurde festgestellt, daß über die Hälfte der männlichen Arbeiter behandlungsbedürftige Störungen aufwiesen. Wenn im Augenblick die Krankenziffern gesunken sind, dann kann ich es nur als geistige Beschränktheit bezeichnen, wenn darin nicht die Angst um den Arbeitsplatz als Auslöser gesehen wird. Eine Ursache also, auf die ein Staat, der das Wort sozial nicht nur als schmückendes Beiwort mit sich führt, mit Sicherheit nicht stolz sein kann ...

Die Werkzeuge sollen besser werden:

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Umsetzung des vereinbarten Tarifvertrages (Lohnrahmen II) reicht — von Ausnahmen abgesehen — bis hin zur Drohung mit dem Entzug des Arbeitsplatzes. Das alles läuft unter der neuen Kampfpapier der Arbeitgeber, der Parole des „sozialen Realismus“. Danach zeichnet sich der Manager durch Härte aus; danach sind schlechte Arbeitsplätze noch immer besser als gar keine ...

Die aktuelle wirtschaftliche Situation verstärkt die Forderung der Arbeitgeber nach der totalen Verfügbarkeit des Arbeitnehmers für die Produktion, und zwar solange er fähig ist, sich anzupassen. Und wenn diese Fähigkeit, sich anzupassen, biologisch bedingt ihre Grenzen findet, dann ist der Arbeiter für

die ihm zugedachte Arbeitsaufgabe, wie es noch immer zynisch heißt, eben nicht mehr hinreichend geeignet. Nach den Normen unserer Wirtschaftsordnung nimmt noch immer die Eignung des Arbeitnehmers mit zunehmendem Alter ab, und allzu wenige kommen auf die Idee, daß die Art der Arbeit für Menschen nicht geeignet sein könnte bzw. daß die Arbeit qualitativ an den sich biologisch verändernden Menschen angepaßt werden müßte.

In solchen Fällen wird dann auch noch die mangelnde horizontale Mobilität des Arbeiters beklagt, sowohl die innerbetriebliche als auch die außerbetriebliche, für die man vorher nicht nur nichts getan hat, sondern deren Entwicklung man aus kurzfristigem Effektivitätsdenken heraus geradezu verhindert hat. Humanisierung der Arbeit droht heute zunehmend zu einem Schlagwort zu werden, und das im wahren Sinne des Wortes. Alles und jeder schlüpft heute unter diesen Zylinder und versucht die Richtung in seinem Sinne zu beeinflussen. Vielleicht müssen sich die Gewerkschaften auch selbst den Vorwurf gefallen lassen, diesen Begriff noch nicht genügend operationalisiert zu haben ...

Der Druck auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Richtung Arbeiterweiterung und Arbeitsbereicherung wird auch in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren ansteigen. Viele im Grunde unhaltbare Arbeitsbedingungen konnten von den Unternehmern nur deshalb noch gehalten werden, weil eine zweite Arbeiterklasse mit einem wesentlich niedrigeren individuellen und sozialen Anspruchsniveau, nämlich die Ausländer, in großer Zahl in den Betrieben beschäftigt wurden. Wenn man sehr vorsichtig ist, kann man davon ausgehen, daß die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nicht mehr weiter ansteigt und sich dadurch bei den vorhandenen ausländischen Arbeitnehmern durch die zunehmende Integration des individuellen Anspruchsniveaus ebenfalls hebt.

Die Forderung nach der Rotation der Ausländer möchte das und die daraus entstehenden Folgen verhindern. Eine Grundbedingung der Arbeitszufriedenheit ist aber, daß der Arbeitnehmer die Arbeitsaufgabe subjektiv als interessant und abwechslungsreich empfindet. Das bedeutet, daß im Anforderungsniveau eine Arbeitsaufgabe mindestens dem individuellen Anspruchsniveau entsprechen muß, ja, nach Möglichkeit sogar über dem Niveau der momentanen Fähigkeit liegt, um so eine Möglichkeit der persönlichen Entwicklung zu schaffen ...

Aber als Umweg bezeichne ich all die Versuche, als Maßnahmen von kurzer Dauer, die da auf Managementschulen gelehrt werden und so wohlklingende Namen wie „Harzburger Modell“ haben und doch nur darauf hinzielen, die Wirkungen zu behandeln anstatt die Ursachen zu beseitigen. Die über die Manipulierung des Bewußtseins motivieren wollen, anstelle über motivierende Arbeitsinhalte und Arbeitsstrukturen ...

Die Qualität eines Tarifvertrages, die Qualität von Verhandlungsergebnissen aus der Sicht der betroffenen Arbeitnehmer hängt in diesem Bereich auch zunehmend von der Qualität unserer Funktionäre und von der Auflehnungsbereitschaft der Belegschaft ab ...

Tarifvertragliche Vereinbarungen über den Abbau arbeitsorganisatorischer Zwänge in Form von möglichst selbständiger Bestimmung von Arbeitszeiten, in Form von Erholungszeiten, in Form eines Abbaues der Trennung von Planung, Durchführung und Kontrolle der Arbeit, in Form vorgeschriebener Mindestarbeitszeiten, tarifliche Regelungen über ein Mindestmaß an Muskelbelastung, ein Mindestmaß an geistigen Anforderungen, ein Mindestmaß an Eigengestaltungsmöglichkeiten der Arbeit, ein Mindestmaß an sozialen Kontaktmöglichkeiten und ein Mindestmaß an Arbeitsabwechslung muß eben im Betrieb, am Arbeitsplatz konkretisiert werden, und dabei wird eben jeder, der heute noch Illusionen haben sollte, sehr schnell darauf stoßen, daß es bei der Reform der Arbeitswelt auch um Machtfragen geht, daß das gewerkschaftliche Bemühen um eine Veränderung der Arbeitsbedingungen nach den Erfahrungen, die wir bis heute haben, mit Sicherheit auf den Widerstand der herrschenden Kreise in der Wirtschaft stoßen wird ...

Unsere Kampfkraft stärken! Rüstungskosten senken!

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, sprach auf einer Klausurtagung. Aus seinem Referat bringen wir wesentliche Auszüge.

Die Unternehmensverbände sind auf breiter Front zur gesellschaftspolitischen Offensive übergegangen. Sie setzen im ganzen Spektrum der Gesellschafts-, Sozial- und Tarifpolitik auf die Restauration ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen, auf die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten. Gleichzeitig sieht sich die Bundesregierung aus ihrer Sicht zu einem Strategiewechsel gezwungen, der sozialreformerische Grundsatzpositionen zwar nicht für alle Zeiten aufhebt, der sie aber unter den aktuellen Bedingungen gegenüber der Notwendigkeit finanzpolitischer Konsolidierung hintanstellt.

Wirtschaftliche und politische Veränderungen erzwingen gewerkschaftliche Reaktionen. Mit der anhaltenden Beschäftigungskrise ist die Gefahr einer Beeinträchtigung des gewerkschaftlichen Durchsetzungsvermögens verbunden. Mit der Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas ist die Gefahr einer Entaktualisierung gewerkschaftlicher Reformpositionen zumindest für die absehbare Zukunft verbunden ...

Das Unternehmertum ist auf breiter Front angetreten gegen Arbeitnehmer und Verbraucher, gegen fortschrittliche Politiker und soziale Reformen. Die Speerspitze bildet Hanns-Martin Schleyer, er geht Arm in Arm mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß, mit dem ihn politische Gemeinsamkeiten und persönliche Freundschaften verbinden. Der unternehmerische Vorstoß in die Vergangenheit ist generalstabsmäßig vorbereitet und geplant. Er legt den Vergleich zu militärischen Aktionen nahe ...

In der augenblicklichen Situation ist es unsere organisationspolitische Hauptaufgabe, die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Solidargemeinschaft durch Sicherung und Steigerung des Organisationsgrads trotz fortschreitenden Beschäftigungsabbaus in der Metallwirtschaft zu stärken. Kern einer solchen Schwerpunktaktion muß die Einbeziehung der arbeitslosen Mitglieder der IG Metall in die allgemeine Gewerkschaftsarbeit sein ...

Gesellschaftspolitische Hauptaufgabe der absehbaren Zukunft wird es sein, Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer im weitesten Sinne zurückzuweisen, zugleich die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Strategie der schrittweisen gesellschaftlichen Veränderung bei erschwerten Durchsetzungsbedingungen zu präzisieren.

Ein erster Schwerpunkt unserer gemeinsamen Anstrengungen wird die Verteidigung des sozialen Besitzstands, die Abwehr aller Versuche zur Aushöhlung des Systems der sozialen Sicherung sein.

Ein zweiter Arbeitsschwerpunkt wird es sein, strukturelle Beschäftigungsrisiken für den Bereich der Metallwirtschaft enger einzugrenzen ...

Ein dritter Arbeitsschwerpunkt wird die Beteiligung an den Vorarbeiten für die Überarbeitung des Grundsatz- und Aktionsprogramms des DGB entsprechend den Hamburger Beschlüssen sein müssen. Wir gehen davon aus, daß die grundlegenden Aussagen des Düsseldorfer Grundsatzprogramms richtig geblieben sind. Es hat sich als Leitschnur der gewerkschaftlichen Tagespolitik und als Orientierungshilfe für längerfristige Überlegungen bewährt ...

In der Holzarbeiter-Zeitung 11/75 schrieb Christian Götz einen Artikel, der einen Weg zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zeigt. Wir bringen nachfolgend Auszüge:

Bei den seit vielen Monaten stattfindenden öffentlichen Diskussionen über die Bewältigung der wirtschaftlichen Krise haben es die Verantwortlichen aus allen politischen Lagern für ganz natürlich und selbstverständlich gehalten, alle sozialen Leistungen für breite Arbeitnehmerschichten in ihre Kürzungspläne mit einzubeziehen. Der Verteidigungshaushalt wurde dagegen stillschweigend ausgeklammert. Diese Linie hat die Bundesregierung auch bei ihren Sparbeschlüssen voll durchgehalten. Es gehört überhaupt keine Prophezie zu der Feststellung, daß sie dafür von der Opposition auf gar keinen Fall getadelt, sondern eher gelobt werden wird.

Um so notwendiger ist es, angesichts der zu lösenden Probleme kritisch zu fragen, ob diese Haltung denn wirklich sozial- und gesellschaftspolitisch zu verantworten ist. Die Antwort kann letztlich nur nein lauten.

Wer solche Auffassungen vertritt, wird in unserem Lande sehr schnell und leichtfertig in eine „falsche Ecke“ gedrückt. Da das nicht im Interesse der hier vertretenen Sache liegt, ist es notwendig, sich von jenen Kräften abzugrenzen, die immer nur einseitig für die Bundesrepublik bzw. den NATO-Bereich Abrüstungsmaßnahmen und Kürzungen von Rüstungskosten fordern. Seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki sind sich die Staaten aus Ost und West darüber einig, daß wirksame Maßnahmen mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung nur schrittweise und unter „strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“ möglich sind. Zu diesem vereinbarten Vorgehen gibt es keine realistische Alternative ...

Heute kommt es vorrangig darauf an, eine innere Ordnung zu verteidigen, die dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit entspricht. So gesehen kann es — gerade auch unter sicherheitspolitischen Überlegungen im obigen Sinne — sehr wohl richtig und notwendig sein, auf den Abbau von Sozialleistungen zugunsten von entsprechenden Streichungen im Verteidigungshaushalt zu verzichten.

Es muß doch sehr nachdenklich stimmen, daß diese Überlegungen bei den Sparbeschlüssen der Bundesregierung am 10. September 1975 offensichtlich überhaupt keine Rolle gespielt haben. Während 1976 u. a. die Haushaltsmittel für Jugend, Familie, Gesundheit, Raumordnung, Bauwesen, Städtebau, Forschung und Technologie sowie für Bildung und Wissenschaft (in diesem Bereich immerhin um 11,4 Prozent) gekürzt werden sollen, wird der Verteidigungshaushalt noch um 1,5 Prozent wachsen ...

Es ist doch so gut wie sicher, daß die militärischen Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik auch mit einem geringeren finanziellen Aufwand erfüllbar wären; wobei aufgrund der geschilderten Größenordnung des Verteidigungsetats bereits prozentual geringfügige Einsparungen erheblich zu Buche schlagen ...

Bisher fehlt bei Regierung und Opposition der politische Wille, nach diesen Grundsätzen zu handeln oder auch nur die bisherige Politik kritisch zu überprüfen. Die politisch Verantwortlichen können sich diese Haltung leisten, weil sie in der Frage der Rüstungskosten seit vielen Jahren keinem öffentlichen Druck, weder von Seiten der Bürger und Wähler noch von Seiten der Massenkommunikationsmittel, mehr ausgesetzt sind. Die Gewerkschaften sollten mithelfen, daß sich das ändert ...

11. IBFG-Kongreß: Solidaritätserklärungen

Der von 17. bis 25. Oktober 1975 in Mexiko stattgefundene 11. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) brachte in Erklärungen seine Solidarität mit den vom Faschismus brutal unterdrückten Völkern Chiles und Spaniens zum Ausdruck. Nachfolgend die Erklärungen (unwesentlich gekürzt).

Die Mission von Spitzenvertretern des IBFG, die vom 19. bis 21. Oktober 1975 Chile besuchte, um im Auftrag des Kongresses den vollen Einsatz der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung für die Wiederherstellung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Chile zu demonstrieren und zu bekräftigen und sich um die Freilassung von Politikern und Gewerkschaftsführern zu bemühen, die in den Kerkern der Junta gefangen gehalten werden, mußte feststellen, daß sich die Lage in Chile, statt besser zu werden, unter der faschistischen Unterdrückung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte nur noch immer weiter verschlechtert.

Trotz der Versuche der Junta, die Massen einzuschüchtern, wird aber der Widerstand gegen ihre illegale Herrschaft immer stärker. Die demokratischen Kräfte aus der Politik wie aus den Gewerkschaften haben ihre Tätigkeit gegen die Junta verstärkt. Auch international verliert die faschistische Junta an Boden und gerät in eine immer stärkere Isolation. Der 11. Weltkongreß begrüßt die Weigerung einer Anzahl von Regierungen, neue Verhandlungen über die Schulden der Junta zu führen. Die Demokraten überall in der Welt haben sich zusammengefunden, um denen moralische und materielle Unterstützung zu gewähren, die um die Wiederherstellung von Freiheit und Gerechtigkeit in Chile kämpfen, und hier stand die internationale freie Gewerkschaftsbewegung in vorderster Front.

Zum Chilenischen Gewerkschaftsbund (CUT) konnte eine gute Zusammenarbeit hergestellt werden, die zur Schaffung des Koordinierungsausschusses IBFG/CUT für die Unterstützung der chilenischen Gewerkschaftsbewegung geführt hat. Dieser Ausschuß war ein wirksames Instrument für die Durchführung der Solidaritätsaktionen des IBFG für Chile. Vertreter der CUT wurden in die Delegationen des IBFG bei solchen Organen aufgenommen, wie der IAO, den Vereinten Nationen und der Unesco. Damit konnten sie vor einem Weltforum die Auffassungen und Forderungen der chilenischen Arbeitnehmer vortragen.

Solange die Demokratie nicht in Chile wiederhergestellt ist und alle menschlichen und gewerkschaftlichen Rechte voll respektiert werden, wird die politische Linie des IBFG die gleiche bleiben, wie sie seinerzeit am Tage nach dem Militäraufstand festgelegt wurde: Kompromißlose Verurteilung der Junta und uneingeschränkte Unterstützung der Arbeitnehmer Chiles.

Der 11. Weltkongreß des IBFG beschließt daher:

1. Der IBFG wird der Entwicklung starker, freier und schlagkräftiger Gewerkschaften in Chile moralisch und materiell jede nur mögliche Hilfe gewähren.
2. der IBFG wird auch weiterhin die Welt wachhalten gegenüber dem brutalen und unterdrückerischen Charakter des faschistischen Regimes in Chile. Er wird dabei bei den Vereinten Nationen, bei der IAO und bei anderen internationalen Stellen vorstellend werden. Er ruft die Mitgliedsorganisationen auf, in ihren Ländern die öffentliche Meinung stets voll zu unterrichten.
3. Die Mitgliedsorganisationen und die ihnen angeschlossenen Verbände sollten bei den Unternehmen in ihren Ländern, die auch in Chile tätig sind, Vorstellungen erheben,

und, wo notwendig, einen Druck auf sie ausüben, damit sie die Gewerkschaftsrechte achten und insbesondere sich an die Übereinkommen und Empfehlungen der IAO halten.

4. Der IBFG und die ihm angeschlossenen Organisationen sollten mit allen ihnen möglichen Mitteln, darunter auch nationalen und internationalen Vorstellungen bei den Regierungen, die volle politische und wirtschaftliche Isolierung und die Verurteilung der faschistischen Junta gewährleisten. Keine internationale Organisation, keine Regierung und keine nichtstaatliche Organisation sollte dem chilenischen Regime irgendwelche Unterstützung oder Hilfe ange-deihen lassen, solange nicht die vollen demokratischen Rechte geachtet werden.

Für Isolierung von Spaniens Faschisten

Der vom 17. bis 25. Oktober 1975 in Mexiko tagende 11. Weltkongreß des IBFG hat sich mit der gegenwärtigen Lage der Arbeitnehmer und Menschen in Spanien befaßt, die Opfer eines faschistischen Regimes sind, das überlebt mittels Unterdrückung durch Polizeigewalt und Gesetze, staatlichen Terror, Unterdrückung aller politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie Korruption in Verwaltung und Wirtschaft zum Nutzen einer totalitären Bürokratie. Er erklärt, daß das kürzlich verabschiedete Gesetz gegen den Terrorismus ein weiteres Instrument ist, mit dem der totalitäre Staat politische und gewerkschaftliche Betätigungen, die in demokratischen Ländern als normal und legitim angesehen werden, brutal verfolgt und unterdrückt. Er verurteilt mit allem Nachdruck die Todesstrafen, die gegen Personen durch Verfahren verhängt und vollstreckt wurden, die eine Verweigerung der elementarsten Grundsätze der Rechtsprechung und Gerechtigkeit und eine flagrante Verletzung des Rechts auf Verteidigung darstellen.

Der Kongreß ist überzeugt, daß das Ende des heutigen faschistischen Regimes naht, und fordert die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Systems, beruhend auf dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der spanischen Bevölkerung. Er hofft, daß diese Wiederherstellung mit friedlichen Mitteln erreicht wird.

Zu diesem kritischen Zeitpunkt gibt er insbesondere seiner vollen Unterstützung der Gewerkschafter und anderer demokratischer Kräfte in ihrem Kampf um Freiheit, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt sowie für die volle Wiederherstellung einer echten, demokratischen Gewerkschaftsbewegung Ausdruck. Der Kongreß begrüßt die Haltung der mexikanischen Regierung, die die vollständige Isolierung und Boykottierung des spanischen Regimes befürwortet. Er ruft alle internationalen Organisationen auf, bis zur Wiederherstellung der Demokratie in Spanien keine Tagungen oder Konferenzen in diesen Ländern abzuhalten. Er begrüßt ferner die Solidaritätsaktionen der demokratischen Gewerkschaften mit dem Ziel einer Isolierung der Franco-Clique im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich.

Der Kongreß ruft die angeschlossenen Organisationen und die internationalen Berufssekretariate auf, ihre politische und finanzielle Unterstützung für die in Spanien kämpfenden demokratischen Gewerkschaftsorganisationen zu verstärken, damit sie erfolgreich zur Errichtung der Demokratie beitragen können und der Stützpfiler eines sozial fortschrittlichen Regimes im Spanien von morgen werden.

Er ruft die gesamte internationale freie und demokratische Gewerkschaftsbewegung auf, größtmöglichen Druck auf Regie-

rungen und internationale Regierungsinstitutionen auszuüben, damit sie ihren Einfluß für die Errichtung der staatsbürgerlichen, gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte in Spanien einsetzen und — wenn ihnen ein Erfolg versagt ist — sie alle ihre Beziehungen zum gegenwärtigen Regime abbrechen.

Er bittet alle Mitgliedsorganisationen und Internationalen Berufssekretariate, entsprechend den Bedingungen in jedem Lande einen allgemeinen Boykott — Tourismus, Industrie, Handel und technische Unterstützung — zu organisieren und zu diesem Zweck sofort eine umfassende Kampagne in der Öffentlichkeit durchzuführen und den Verkehr von Touristen, Waren und sonstigem Material aus und nach Spanien mit Boykott zu belegen.

Er appelliert an die Bewohner aller Länder, Spanien in der gegenwärtigen Lage nicht als Urlaubsreisende zu besuchen.

Der Kongreß ruft alle Mitgliedsorganisationen auf, zu gewährleisten, daß die Reiseveranstalter, darunter die der Gewerkschaftsbewegung, keine Reisen mehr nach Spanien durchführen.

Er fordert alle Mitgliedsorganisationen auf, entsprechend den nationalen Gegebenheiten solange Boykottaktionen gegen alle spanischen Transportmittel zu verhängen, bis in Spanien die demokratischen Prinzipien wieder Geltung haben.

Er bittet die Mitgliedsorganisationen, die IPTT und die regionalen Organisationen, soweit es die nationalen Gegebenheiten zulassen, gemeinsame und koordinierte Boykottaktionen gegen das Post- und Fernmeldewesen nach Spanien durchzuführen.

Der Kongreß fordert die Anerkennung und volle Mitwirkung der echten Vertreter der Arbeitnehmer und Menschen Spaniens in den internationalen Organisationen und in allen Vereinigungen der freien Menschen anstelle derjenigen, die heute den Faschismus, die Unterdrückung und den Terror vertreten.

ERKLÄRUNG des Weltkongresses

Die Teilnehmer des Weltkongresses im Internationalen Jahr der Frau, der vom 20. bis 24. Oktober 1975 in Berlin stattfand, richteten folgenden Appell an die Parlamente und Regierungen, an die Vereinten Nationen und die Weltöffentlichkeit. Wir veröffentlichen nachfolgend Auszüge:

Der Kampf für eine gerechte Lösung der sozialen Probleme, die vor allem die Frauen betreffen, ist nicht von den tiefgreifenden Veränderungen zu trennen, die im Leben der Völker und Staaten, in den internationalen Beziehungen und im Wechselverhältnis zwischen Mensch und Natur, zwischen Erde und Weltall vor sich gehen. Es wird immer offensichtlicher, daß die Frauen heute eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Kraft darstellen, ohne ihr Wirken kann die Gesellschaft nicht auskommen. Die Frauen haben einen bedeutenden Anteil an der Erzeugung der materiellen und geistigen Reichtümer der Menschheit. Sie spielen eine wachsende Rolle im Kampf für die soziale und nationale Befreiung der Völker, für die Grundrechte des Menschen und für einen dauerhaften und gerechten Frieden ...

Ausgehend von den Prinzipien der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte fordern wir, die Teilnehmer des Kongresses:

— die juristische Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau in den Verfassungen und Gesetzen aller Länder; die Rati-

fizierung internationaler Konventionen über die Lage der Frau, deren Einarbeitung in die Gesetze jedes Landes und ihre Durchsetzung;

— die Beseitigung aller Schranken, die der vollen Teilnahme der Frau am politischen und gesellschaftlichen Leben ihrer Länder entgegenstehen; die Schaffung von Garantien für ihr Recht, an Wahlen für alle Organe der Staatsmacht teilzunehmen und in diese gewählt zu werden, jegliches Staatsamt zu bekleiden und die Möglichkeit zur Mitbestimmung auf allen Ebenen wahrnehmen zu können;

— die Gewährleistung des gleichen Zugangs zu Bildung und fachlicher Qualifizierung auf allen Ebenen für die Frau;

— die Schaffung von Garantien für gleiches Recht auf Arbeit und gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit; Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Frau; Vollbeschäftigung gemäß der gewonnenen Bildung; soziale Sicherheit auf der gleichen Grundlage wie die Männer;

— gleiche Rechte und Pflichten in der Familie und bei der Erziehung der Kinder; Anerkennung der Mutterschaft als einer sozialen Funktion; Schutz von Mutter und Kind.

Wir betrachten die Lösung dieser Aufgaben im unlöslichen Zusammenhang mit der Entwicklung des sozialen Fortschritts und der Demokratisierung des ganzen gesellschaftlichen Lebens sowie der Erziehung der jungen Generation in diesem Geist. Die Lösung dieser Aufgaben hängt in nicht geringem Maße vom internationalen Klima und der allgemeinen Weltlage ab.

Unser Kongreß findet in einer Atmosphäre beachtlicher Erfolge im Kampf für Frieden und Sicherheit, für Frieden und nationale Beziehungen gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz statt. Von Triumph gekrönt wurde der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. In Indochina zog der so lang ersehnte Frieden ein. Jetzt muß den Völkern Indochinas weitere Solidarität, jede notwendige materielle Hilfe beim Wiederaufbau ihres durch die imperialistische Aggression zerstörten Landes erwiesen werden.

Die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas werden zu einer immer aktiveren Kraft in der Weltpolitik. Die letzten Stützpfiler des Kolonialismus, die im Laufe von Jahrhunderten errichtet worden waren, brechen unter dem Ansturm der nationalen Befreiungsbewegung zusammen.

Ein Ereignis von historischer Bedeutung war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ihre Ergebnisse üben einen wohltuenden Einfluß auf das Leben der europäischen Völker aus und stellen einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens dar. Andererseits haben die Kräfte, die sich dieser positiven Entwicklung widersetzen, die Waffen nicht gestreckt. Die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges ist noch nicht restlos gebannt. Mehr noch: seine materielle Vorbereitung in Form des unausgesetzten Wettrüstens geht weiter. Die Herde internationaler Konflikte sind noch nicht überall ausgelöscht.

Die Versuche einer imperialistischen und neokolonialistischen Einmischung, auch einer bewaffneten, in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten und Völker werden fortgesetzt. Die imperialistische Aggression im Nahen Osten geht weiter. Die Völker vieler Staaten, insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika, leiden noch unter den Folgen der Ausbeutung, der Diskriminierung und des wirtschaftlichen Zwangs. Durch Verschulden der Kräfte des Imperialismus, des Kolonialismus und des Neokolonialismus wird die Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung gehemmt, die auf der von der UNO beschlossenen Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten beruht.

Zusammenhänge sehen

Bundeskanzler Schmidt wird nicht müde zu betonen: „Die Erträge von heute sind die Investitionen von morgen, und die Investitionen sind die Arbeitsplätze von übermorgen.“

So einleuchtend diese ökonomische Zauberformel klingen mag, sie stimmt nicht mehr, weil mit einem immer größeren Teil von Investitionen lediglich rationalisiert wird. Überspitzt ausgedrückt: Kapital dient dazu, Arbeitslose zu produzieren. Oder anders: Mit Investitionshilfen, die der Staat — wie beim letzten Konjunkturprogramm wieder — nach dem Gießkannenprinzip und ohne Auflagen vergibt, wird prämiert, wer Arbeitsplätze vernichtet.

Bleichen muß dafür die Masse der Steuerzahler. Sie finanziert erstens die staatlichen Investitionshilfen, bringt zweitens über den Arbeitnehmeranteil und über die Preise, in denen die Arbeitgeberanteile enthalten sind, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung auf und muß drittens über direkte und indirekte Steuern das staatlich abzudeckende Defizit der Bundesanstalt für Arbeit tragen.

Da aus Investitionen Vermögen werden, gibt es noch einen anderen Effekt: Staatliche Investitionshilfen tragen mit dazu bei, die ohnehin skandalös ungerechte Vermögensverteilung weiter zu verzerrern. Geld fließt dorthin, wo es schon konzentriert ist.

Es wird höchste Zeit, darüber zu sprechen, und sei es auch nur, um zu prüfen, welche Auflagen der Staat mit steuerlichen Hilfen für die Privatwirtschaft verbinden sollte.

„das ötv-magazin“, Nr. 10, Oktober 1975, Seite 2 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Investitionslenkung notwendig

Unbestreitbare Tatsache ist, daß von großen Investitionsentscheidungen nicht nur das Schicksal vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien, sondern auch das Schicksal ganzer Regionen abhängen kann. Es sollte angesichts der unbefriedigenden Wirtschaftslage, die durch hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet ist, an sich selbstverständlich sein, über eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Instrumente nachzudenken.

Wenn aber die letzte Entscheidung im einzelnen Unternehmen bleiben soll, so muß selbstverständlich an dieser Entscheidung auch der einzelne Arbeitnehmer beteiligt werden, der mit seinem Arbeitsplatz für den Sinn und Unsinn solcher Entscheidungen haftet. Investitionslenkung im Sinne der Gewerkschaften schließt daher eine paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Großunternehmen automatisch ein.

Alois Pfeiffer in „Welt der Arbeit“, Nr. 40, 3. Oktober 1975, Seite 2 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Falsche Schlußfolgerungen

Die konjunkturpolitische Diskussion wird beherrscht von der lautstarken Forderung nach Kostenentlastung für die Unternehmer. Nun ist es zwar richtig, daß die Unternehmer mit ihren Investitionsentscheidungen den Hebel für die künftige Entwicklung der Wirtschaft in der Hand haben. Falsch aber sind die Schlußfolgerungen, die man daraus zieht.

Denn: Die privaten Unternehmer sind schon seit langem das Hätschelkind der Nation. ● Die Bundesbank verringerte ihre Kosten durch Zinssenkungen. ● Die Bundesregierung füttert sie mit Investitionszulagen. ● Auch wir hatten durch Tarifvereinbarungen, die sogar von unseren Gegnern als verantwortungsbewußt bezeichnet worden sind, eine Vorleistung erbracht. Aber an der Investitionsflaute hat all das nichts geändert. Denn nur wenn sich die Absatzchancen verbessern und die Betriebe voll ausgelastet sind, kann die konjunkturelle Wende kommen...

Die Unternehmerpropaganda tut so, als würden mehr Gewinne mehr Investitionen bedeuten und mehr Investitionen mehr Arbeitsplätze. Aber: ● Erstens werden keineswegs alle Gewinne investiert. Immerhin wandert ein erklecklicher Teil in die Tasche der Aktionäre. ● Zweitens dienen nicht alle investierten Gewinne der Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Gegenteil: durch die Investitionszulage sind keineswegs vor allem Erweiterungsinvestitionen finanziert worden, die neue Arbeitsplätze schaffen. Zu einem großen Teil sind nämlich Rationalisierungsinvestitionen finanziert worden, mit denen Arbeitsplätze beseitigt werden.

Mit der Kostenrechnung der Arbeitgeber wird der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut. Kostenvorteile für die Arbeitgeber bedeuten noch lange nicht Beschäftigungsvorteile für die Arbeitnehmer. Die Vollbeschäftigung kann nicht durch Gewährung immer neuer Vorrechte für Arbeitgeber wiederhergestellt werden.

Eugen Loderer in „Metall“, Nr. 20, 7. Oktober 1975, Seite 5 — Zeitung der IG Metall.

Lohnpause indiskutabel

Eine Lohnpause ist weder in der Eisen- und Stahlindustrie noch in der Metallindustrie für uns diskutabel. Wir haben die Verpflichtung, dazu beizutragen, den Lebensstandard der Arbeitnehmer dieser Industriezweige aufrechtzuerhalten und nach Möglich-

keit weiter zu verbessern. Hierzu ist die Sicherung der Realeinkommen die Mindestvoraussetzung.

Herr Minister Friderichs war mit seiner Kritik an unserer Forderung in der Eisen- und Stahlindustrie schlecht beraten. Ein Wirtschaftsminister sollte eine einseitige Parteinahme für die Arbeitgebersseite besser unterlassen, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die Tarifautonomie zu untergraben.

Wir werden auch in dieser Tarifrunde die wirtschaftlichen Voraussetzungen beachten, so wie wir es stets getan haben. Wir werden unsere gegenseitigen Forderungen hart und konsequent vertreten und nicht zulassen, daß die Belastung durch die derzeitige Wirtschaftslaute allein den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet wird.

Hans Mayr in „Der Gewerkschafter“, Nr. 10, Oktober 1975, Seite 5 — Monatschrift der IG Metall.

Gutachten veröffentlichen

In einer Schublade des Wirtschaftsministeriums in Bonn schlummert eine preispolitische Sensation: Arzneimittel könnten gut und gerne 20 Prozent billiger sein. Hersteller und Handel könnten diese Preissenkung je zur Hälfte tragen. Niemand brauche zu befürchten, daß dadurch die Gewinne so beeinträchtigt würden, daß die notwendige Verbesserung der Medikamente in Frage gestellt sei.

Diese Aussage steht in einem Gutachten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Die Wissenschaftler haben im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers die Struktur und die Preispolitik der Pharmaindustrie unter die Lupe genommen. Das 300-Seiten-Papier wird unter Verschluss gehalten.

Die Krankenkassen geben 16 Prozent ihrer Beitragseinnahmen für Arzneimittel aus. Wird die 20prozentige Preissenkung durchgesetzt, könnten sie — bezogen auf 1973 — 1,1 Milliarden DM einsparen. Das ist angesichts drohender höherer Beiträge ein hübsches Sümmchen.

„Welt der Arbeit“, Nr. 42, 17. Oktober 1975, Seite 1 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Öffentlichkeit mobilisieren

Die Bundesregierung hat (am 10.9.1975) anders entschieden. Während 1976 u. a. die Haushaltsmittel für Jugend, Familie, Gesundheit, Raumordnung, Bauwesen, Städtebau, Forschung und Technologie sowie für Bildung und Wissenschaft (in diesem Bereich immerhin um 11,4 Prozent!) gekürzt werden sollen, wird der Verteidigungshaushalt noch um 1,5 Prozent wachsen...

„Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt. Wir müssen alle sparen.“ — Das wird uns zur Zeit Tag für Tag eingehämmert. Soll das ausgerechnet für den militärischen Bereich nicht gelten?

Christian Götz in „ausblick“, Nr. 10, Oktober 1975, Seite 2 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

HBV für aktive Lohnpolitik und paritätische Mitbestimmung

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat sich zu einer starken Organisation entwickelt. Nicht nur gestiegene Mitgliederzahlen, sondern Aussagen zu wichtigen politischen und gewerkschaftlichen Problemen kennzeichneten auch die HBV-Delegiertenversammlung des Bezirks Main-Taunus am 18. Oktober 1975 in Frankfurt. Zu den Delegierten sprach Dettel Hensche vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier.

In seiner Rede warnte Hensche vor der Gefahr eines Rechtsrucks in der Bundesrepublik. „Wie so oft gedeihen auf dem Boden der wirtschaftlichen Krisen die Sumpfbüten der politischen Reaktion.“ Dem müßten die Organisationen der arbeitenden Menschen mit aller Kraft entgegenreten. Der Gewerkschaftsfunktionär appellierte an die Bundesregierung, weitere Mittel zur Belebung der Wirtschaft bereitzustellen. „Die Konjunktur läßt sich weder durch beschwörende Formeln von der Weltwirtschaft noch mit der Pipette kleiner Kreislautföpfen ankurbeln.“ Im Ernstfall müsse die Regierung auch den Mut haben zu klotzen. 15 Milliarden DM an öffentlichen Aufträgen im vergangenen Jahr wären richtiger gewesen als die zweifelhafte Investitionszulage, die teilweise dazu mißbraucht worden ist, vorhandene Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

In diesem Zusammenhang sprach sich Dettel Hensche für eine Investitionslenkung und -kontrolle aus. Er verwies auf das DGB-Grundsatzprogramm und betonte, daß in dem Maße, „wie Markt und Wettbewerb“ versagen, andere Kontrollen herbeiführen... Wenn es sich dabei als notwendig erweisen würde, so dürfe auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln der markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen nicht tabu sein.

Mit aller Schärfe wandte sich der Referent gegen die Absicht, den Unternehmen weitere Steuererleichterungen zu gewähren. „Wer mit der einen Hand die Arbeitnehmer durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Kasse bittet und mit der anderen Hand den Unternehmen Steuergeschenke zuschanzt, der verspielt das Vertrauen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.“

Besonderes Augenmerk müßten die Gewerkschaften auf die zur Zeit laufenden Rationalisierungswellen haben. Sie seien keine Maschinenstürmer, „doch ebenso müssen sie sich dagegen wehren, wenn neuerdings die Modernisierung der Wirtschaft zum Fetisch erhoben“ werde. „In dessen Namen am Ende noch staatliche Prämien für wirtschaftlich sinnlose Vernichtung von Ar-

beitsplätzen“ verlangt werden könnten. Gerade die Rationalisierungen zeigten, wie notwendig die paritätische Mitbestimmung sei. Dettel Hensche bezeichnete es als tarifpolitisches Ziel, „mit Vorrang Arbeitszeitverkürzungen“ durchzusetzen.

In einem Antrag sprachen sich die Delegierten, die über 12 000 HBV-Mitglieder vertraten, für die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung aus nach den Kriterien, wie sie vom DGB gefordert werden. Hierbei dürfe es keinen Schritt zurück geben. In einer Entschließung wurde von der Delegiertenversammlung der Abbau von Sozialleistungen abgelehnt und eine aktive Lohnpolitik verlangt. Gerade nach dem erfolgreichen Abschluß der KSZE sei die Zeit reif, „bei den Rüstungskosten den Rotstift anzusetzen. Wenn von Zurückhaltung die Rede ist, dann sollen sie jetzt die großen Konzerne üben, die trotz und durch die Krise weiterhin steigende Profite erzielt haben.“

Die Banken werden in einem Beschluß aufgefordert, „die am 14. und 15. März 1975 ohne Ergebnis abgebrochenen Tarifverhandlungen für die 300 000 Bankangestellten wieder aufzunehmen und ein neues realistisches Angebot für den Zeitraum ab März 1976 vorzulegen.“ Durch ihr Verhalten trügen die Bankherren selbst dazu bei, „daß die Diskussion über eine Verstaatlichung der Banken in der Öffentlichkeit immer mehr an Boden gewinnt“. Alle Gliederungen der HBV werden aufgerufen, jedem Versuch, die Tarifautonomie zu untergraben, eine eindeutige Abfuhr zu erteilen.

Die Delegierten sagten den Berufsverbänden den Kampf an und riefen zur Solidarität mit den chilenischen Gewerkschaften auf. Resultierend aus den Erfahrungen der eigenen Geschichte hätten die deutschen Gewerkschaften selbst erfahren müssen, was brutale Unterdrückung bedeutet. Sie seien „daher in besonderem Maße aufgerufen, im Rahmen der internationalen Solidarität das faschistische Regime in Chile anzuprangern und den Verfolgten jede nur mögliche Unterstützung zu gewährleisten.“ G. M.

PERSONALIEN

Heinz Dürrbeck, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, der wegen angeblicher nachrichtendienstlicher Tätigkeit verhaftet worden war, wurde Anfang Oktober gegen Zahlung einer Kaution aus der Haft entlassen. In Kreisen des IG-Metall-Vorstandes und des DGB-Bundesvorstandes verstärkt sich die Auffassung, daß die gegen Dürrbeck vorgebrachten Beschuldigungen haltlos sind.

Volker Jung, bisheriger Leiter der Abteilung Europäische Integration beim DGB-Bundesvorstand, wurde zum neuen Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand ernannt. Jung löste Dettel Hensche ab, der seine Tätigkeit als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes und Redakteur der IG Druck und Papier in Stuttgart bereits aufgenommen hat.

George Meany, 81-jähriger Vorsitzender der amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO, wurde zum 11. Male in seinem Amt bestätigt. Unter Führung Meany's, der als militanter Antikommunist bekannt ist, trat die AFL/CIO aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) aus, weil sie Kontakte mit den Gewerkschaften sozialistischer Länder prinzipiell ablehnt.

Johannes Naber, Leiter der Abteilung Vorsitzender im DGB-Bundesvorstand, ist im Alter von 58 Jahren in Düsseldorf verstorben. 1946 trat der Verstorbene der Gewerkschaft bei. Nach Tätigkeiten bei den DGB-Ortsausschüssen Essen und Köln kam er 1955 nach Düsseldorf, wo er als Sachbearbeiter beim DGB Nordrhein-Westfalen das Referat Film, Funk und Fernsehen übernahm. 1965 wurde er unter dem damaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg Abteilungssekretär in der Abteilung Vorsitzender. In dieser Funktion arbeitete Naber, wie der Guillaume-Prozeß offenbarte, eng mit dem Innenministerium und anderen staatlichen Stellen zusammen. Auch als Vetter DGB-Vorsitzender wurde, blieb Naber in seiner Funktion.

Erhard Schumacher, bisher Assistent des DGB-Vorsitzenden für Fragen der Gemeinschaft, wurde Leiter der neugebildeten Abteilung „Gewerkschaftliche Beteiligungspolitik“ beim DGB-Bundesvorstand, die zum Geschäftsbereich des Vorstandsmitglieds Alfons Lappas gehört. Aufgabe der neuen Abteilung ist u. a. eine systematische Kontrolle der Entwicklung der Beteiligungsunternehmen.

Zur Durchsetzung der Forderungen starke Gewerkschaften

25. Oktober 1975 in Gießen. Der DGB-Landesbezirk Hessen hatte zum Aktionstag der hessischen Gewerkschaftsjugend aufgerufen. „Unternehmer machen Moos, jung und alt sind arbeitslos.“ Dem riesigen Spitzentransparent folgten 5000 Gewerkschafter in einem Demonstrationzug durch die Gießener Innenstadt. Der DGB hatte den Aktionstag unter die Losung gestellt: Für die DGB-Forderungen zur Reform der Berufsbildung und des Jugendarbeitsschutzes – gegen Lehrstellenverknappung. Für die paritätische Mitbestimmung und gegen halbe Sachen. Gegen den Abbau sozialer Leistungen. Für Investitionskontrolle und Investitionslenkung – gegen Unternehmerwillkür. Für sichere Arbeitsplätze – gegen Arbeitslosigkeit.

Der Demonstration durch die Stadt schloß sich eine Kundgebung auf dem Gießener Messeplatz an. Jochen Richert, stellvertretender hessischer DGB-Landesbezirksvorsitzender, der sich nicht nur an die versammelten Gewerkschafter wandte, sondern auch ausdrücklich an die befreundeten Jugend- und Studentenorganisationen, erklärte, die Arbeiter wollten endlich Klarheit, wer bereit sei, Reformen in dieser Gesellschaft durchzusetzen und wer nur darüber rede. „Auf den ersten Seiten der Tageszeitungen können wir von Steuererleichterungen für die Unternehmer und gleichzeitig von Lohnzurückhaltungsruhen und diabolischen Zumutungen wie Arbeitszeitverlängerungen für die Arbeitnehmer lesen... So geht es nicht weiter! Das sollten jene, die in Wirtschaft und Politik herrschen, wissen: Wir lassen uns das nicht länger gefallen.“

Ausführlich ging der Redner auf die gewerkschaftlichen Forderungen zum Berufsbildungsgesetz ein. Den Regierungsentwurf charakterisierte er so: „Wir sind enttäuscht und zornig über diesen Entwurf. Wir erwarten, daß dieser Entwurf entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen überarbeitet wird.“ Zum Abschluß seiner Rede erklärte der DGB-Funktionär: „Wir haben noch viel zu tun, wir brauchen dafür starke und einheitliche Gewerkschaften. Dafür brauchen wir solidarische Verbündete. Gewerkschaftsjugend und Gesamtorganisation stehen in voller Solidarität im Kampf für die Arbeitnehmer und ihre Familien, gegen Willkür, Macht und Mißbrauch und gegen jeden Versuch der Spaltung.“

Zwischen den Reden wurden zahlreiche Grußtelegramme verlesen, u. a. von den Landesorganisationen der Falken, der Jungsozialisten, der Naturfreundejugend und der SDAJ, von zahlreichen studentischen Vertretungen und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD Marburg-Biedenkopf.

Der nächste Redner war Lothar Klug, Betriebsratsvorsitzender des Zweig-

werks Grünberg der Firma Telefonbau und Normalzeit. Die Konzernleitung will dieses Werk zum Jahresende schließen. Klug forderte zur Solidarität mit der von Entlassungen bedrohten Belegschaft auf, die für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze kämpft und erklärte: „Ich bin der Überzeugung, daß durch mehr Mitbestimmung die Stilllegung hätte verhindert werden können. Die derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten sind unzureichend und werden oftmals mit den Füßen getreten. Für mich ist nicht alles Mitbestimmung, was sich so nennt. Für

mich ist Mitbestimmung die Möglichkeit zu verändern, was verändert werden muß.“

Klaus Engel, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV), wandte sich gegen die üblen Angriffe von Politikern, Massenmedien und Gewerkschaftsgegnern gegen die im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Zu den Versuchen, die Tarifautonomie der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst einzuschränken, erklärte Engel: „Wer das will, forciert den Klassenkampf von oben. Wer uns diesen Fehdehandschuh hinwirft, muß damit rechnen, daß wir mit allen Mitteln dagegen angehen. Wer uns also die Hoheit, Tarifverträge abzuschließen, beschränken will, muß damit rechnen, daß wir auf die Straße gehen. Wer an bestehenden Tarifverträgen zur Verkürzung der Arbeitszeit rumdeutelt, dem müssen und werden wir die Zähne zeigen.“ Des weiteren forderte der ÖTV-Jugendsekretär die Einbeziehung des öffentlichen Dienstes in das Berufsbildungsgesetz.

In einer von den 5000 einmütig angenommenen Abschluß-Resolution wird noch einmal bekräftigt: „In aller Deutlichkeit weisen wir den Regierungsentwurf zum Berufsbildungsgesetz zurück und fordern einen Gesetzentwurf, der die gewerkschaftlichen Forderungen enthält.“ Wolfgang Bartels

Schutzregeln für Vertrauensleute unter Beschuß der Unternehmer

Anfang der siebziger Jahre begann die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) mit dem Aufbau eines Vertrauensleutesystems. Gründe dafür waren der ständig sich verschärfende Rationalisierungsdruck, stärkerer Widerstand gegen Forderungen der DPG bei Lohn- und Bezahlungsrunden, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und verbesserte Berufsausbildung. Auf dem 11. ordentlichen Kongreß der DPG im Oktober 1974 in Hamburg wurde neben dem Gesellschafts- und Berufspolitischen Programm eine neue Satzung beschlossen, die erstmalig im Paragraph 32 die Vertrauensleute verankert.

In Verbindung mit entsprechenden Beschlüssen des 10. ordentlichen DPG-Kongresses vom Oktober 1971 in Wiesbaden wurde der Hauptvorstand beauftragt, die gewählten Mitglieder der Amtsgruppenvorstände „hinsichtlich der Versetzung bzw. Abordnung zu anderen Dienststellen“ und „die gewerkschaftlichen Vertrauensleute wie Personalräte zu schützen“. Am 11. März 1975 wurde vom Hauptvorstand der DPG und dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen eine Vereinbarung „zum Zwecke des Schutzes der gewerkschaftlichen Betätigung von Funktionsträgern“ der Postgewerkschaft unterschrieben.

Kaum war die Vereinbarung abgeschlossen, kamen im Bundestag die ersten Anfragen von der CDU/CSU. Dollinger (CSU) und Fraktion wollten wissen, ob die DPG von der Bundespost die Schaffung von Stellen für Vertrauensleute fordere und ob diese Vertrauensleute gleiche Rechte wie „Betriebsratsmitglieder“ bekommen sollten. Um das Bild abzurunden wurde auch gleich gefragt, ob an Vertrauensleute für leitende Angestellte gedacht sei. Schon der Charakter der Fragestellung entbehrt nicht der antigewerkschaftlichen Stoßrichtung nach dem Motto: auch geschickt formulierte, von der Sache her falsche Behauptungen in Fra-

gen eingekleidet, sind meinungsbildend. Erstens hat die DPG nie hauptamtliche von der Bundespost bezahlte Vertrauensleute gefordert, die zweitens mit Rechten der Personalräte (Betriebsräte gibt es bei der Post nicht) ausgestattet sind.

Die Angst, daß durch die Schutzvereinbarung die Stellung der Gewerkschaft im Bereich der Post gestärkt werden könnte, veranlaßte die CDU/CSU, noch zwei weitere Anfragen an die Bundesregierung zu stellen und sich Schutzhilfe bei den unternehmerhörigen Presseorganen zu holen. Diese unterstellten der Vereinbarung Verfassungs- und Gesetzeswidrigkeiten, die mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und mit den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates unvereinbar seien.

Das „Handelsblatt“ vom 2. Juli 1975, der „Bonner Generalanzeiger“ vom 2. Juli 1975 und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 1. Oktober 1975 beschäftigten sich recht eindeutig mit diesem Thema. Was den Wasserträgern des Kapitals nicht in den Eimer paßt, ist vor allem, daß durch die Vereinbarung das grundgesetzliche Recht, Art. 9, auf Zusammenschluß und koalitionsmäßige Betätigung der Lohn- und Gehaltsabhängigen, bestärkt durch Paragraph 91 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) und des Bundespersonalvertretungsgesetzes inhaltlich ausgefüllt wird.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Kollegen der DPG sich diese durch bewußte Verfälschung der Sachverhalte konstruierte Verfassungsfeindlichkeit gefallen lassen. Den Versuchen, Personalräte, Belegschaft und Vertrauensleute mit dem Argument, „die Funktionsträger der Deutschen Postgewerkschaft werden einseitig bevorzugt“, gegeneinander auszuspielen, muß entschiedener gewerkschaftlicher Widerstand entgegen gesetzt werden. Denn die Praxis der öffentlichen Arbeitgeber in der Vergangenheit war doch die, unliebsame, aktive und konsequente Gewerkschafter zu disziplinieren.

Um diese Praktiken auch für die Zukunft verhindern zu können, muß gerade Paragraph 6 Abs. 1 der Vereinbarung verteidigt werden, der folgenden Wortlaut hat: „Die Funktionsträger der Deutschen Postgewerkschaft dürfen gegen ihren Willen nur dann zu einem anderen Amt versetzt oder länger als drei Monate abgeordnet werden, wenn die Versetzung oder Abordnung zuvor von dem Dienstvorgesetzten mit dem zuständigen Organ der Deutschen Postgewerkschaft in der ernsthaften Absicht einer Verständigung erörtert worden ist. Sollte hierbei eine Einigung nicht erzielt werden, ist die Angelegenheit von dem Präsidenten der Oberpostdirektion mit der Bezirksverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft mit dem ernsthaften Ziel einer Verständigung zu erörtern.“ M.R.

Das Ziel: 100 000 Unterschriften für fortschrittliche Berufsbildung

Interview mit Franz Tremel, DPG-Bundesjugendsekretär

Auf den Ämtern und Dienststellen der Post sind die Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) gegenwärtig dabei, Unterschriften für ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz zu sammeln. Das Ziel sind 100 000 Unterschriften. Zu dieser Aktion, die auch für andere Gewerkschaften nachahmenswert ist, stellte NACHRICHTEN-Mitarbeiterin Gisela Mayer dem DPG-Bundesjugendsekretär Franz Tremel folgende Frage:

NACHRICHTEN: Sie haben die DPG-Jugend zu einer Unterschriften-Aktion für die Reform der Berufsbildung aufgerufen. Was wollen Sie damit erreichen?

Franz Tremel: Zunächst darf ich eine kleine, aber sicherlich nicht unwesentliche Richtigerstellung in Ihrer Frage vornehmen. Wir haben nicht nur die DPG-Jugend zu einer Unterschriftenaktion für die Reform der Berufsbildung aufgerufen, sondern insbesondere auch die erwachsenen Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern und Dienststellen. Da Berufsbildung, und dies haben wir ja in den letzten Wochen und Monaten immer wieder gesagt, nicht nur ein Problem der Jugend ist, sondern gesamtgesellschaftlich betrachtet alle Arbeitnehmer betrifft, kommt es uns mit dieser Unterschriftenaktion darauf an, auch alle Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Deutschen Bundespost anzusprechen.

Ziel unserer Unterschriftenaktion 100 000 ist es, die wichtigsten Forderungen zur Reform des Berufsbildungsgesetzes in einer breit angelegten Diskussion den Mitgliedern darzustellen. Es sind dies die Punkte: umfassende Finanzierung durch eine Berufsbildungsabgabe aller Betriebe und Verwaltungen, ausreichende und qualifizierte Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung, Mitbestimmung der Gewerkschaften auf allen Ebenen und die Einbeziehung des öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes.

Es ist sicher verständlich, daß wir der letzten Forderung unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, damit endlich alle Jugendlichen im Bereich der Deutschen Bundespost eine qualifizierte und allgemein anerkannte Berufsausbildung erhalten. Unser Ziel ist es, daß sich alle Beschäftigten durch ihre Unterschrift mit den von mir genannten Forderungen solidarisieren und damit den gewerkschaftlichen Kampf für die Durchsetzung dieser wesentlichen

Punkte mit unterstützen. Denn eines ist uns ja allzu klar, ohne aktives Eintreten werden wir weder die politisch Verantwortlichen, noch die Drahtzieher der Geschehnisse – ich meine hiermit die Unternehmer und ihre Verbände – dazu bringen können, daß sie ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz akzeptieren.

Wir hoffen, daß die 100 000 Unterschriften von den Betroffenen und ihren erwachsenen Kolleginnen und Kollegen auch die politisch Verantwortlichen zum Nachdenken zwingen werden, denn 100 000 Unterschriften könnten ggf. auch 100 000 Wähler sein. Unsere Berufsbildungsaktion stand unter dem Motto „Macht Stifte mit Köpfen“. Diese Aufforderung richten wir nunmehr an die Bundesregierung.

FDGB-Delegation zu Gast beim DGB

Zu einem ersten offiziellen Besuch war eine Delegation des FDGB-Bundesjugendausschusses auf Einladung des Bundesjugendausschusses des DGB vom 26. Oktober bis 1. November 1975 in der Bundesrepublik. Sie erwiderte damit einen Besuch des DGB-Bundesjugendausschusses von 1973. Die Delegation stand unter Leitung des FDGB-Bundesjugendsekretärs Klaus Umlauf. Ihn begleiteten sechs weitere Mitglieder des FDGB-Bundesjugendausschusses.

Beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf informierten sich die Gäste über die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit. Neben einem Gespräch mit dem für Jugend zuständigen DGB-Bundesvorstandsmitglied Karl Schwab besuchte die Delegation aus der DDR mehrere Betriebe und informierte sich in Frankfurt über das Gemeinwirtschaftswesen in der Bundesrepublik und über die Arbeit der DGB-Landesjugendausschüsse von Nordrhein-Westfalen und Hessen.

BSE-Führung steuert einen Kurs abseits vom DGB

Auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden vom 6. bis 10. Oktober 1975 in Hamburg hat der seit 1966 amtierende Vorsitzende Rudolf Sperner zu verstehen gegeben, daß er auch in Zukunft eine Politik zu machen gedenkt, die in wesentlichen Fragen nicht dem gemeinsamen DGB-Kurs entspricht. Dies zeigte sich dann bei den Themen Investitionslenkung und Vermögensbildung. Andererseits schlug auf diesem Gewerkschaftstag, dem ersten seit den Bonner „Sparbeschlüssen“, auch die Unzufriedenheit der von der Krise besonders hart betroffenen Bauarbeiter sowohl mit der Politik der Krisenabwälzung auf die Lohnabhängigen als auch mit dem Verhalten der BSE-Führung durch.

Wie sehr die durch Satzungsänderung von „Hauptvorstand“ in „Bundesvorstand“ umbenannte Gewerkschaftsführung darauf bedacht war, alle Themen fernzuhalten, die der sozialdemokratischen Parteiführung und Regierungsmannschaft gegenwärtig unbehaglich sein könnten, geht u. a. daraus hervor, daß kein Antrag zur Entspannungspolitik und Friedenssicherung oder gar Abrüstung die vorgeschalteten Filter passierte und in das Paket von über 400 Anträgen und Entschlüssen an den Gewerkschaftstag gelangte.

Erst durch die Initiative von 57 Delegierten kam es mit der einstimmigen Annahme der Entschließung E 20 zu einer entsprechenden Aussage, die durch den Bezug auf „Sparprogramme“ auch den Adressaten, nämlich die Bundesregierung, erkennen ließ: „Die Ergebnisse der Konferenz in Helsinki schaffen günstige Voraussetzungen, nunmehr weltweit mit der Senkung der Verteidigungskosten zu beginnen. Dadurch könnte vermieden werden, daß Sparprogramme zu Lasten der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer beschlossen werden.“

In den Anträgen fehlte auch die in anderen DGB-Gewerkschaften weit verbreitete Kritik an der Beteiligung in der konzertierten Aktion oder die Forderung nach Investitionslenkung. Andere wichtige Forderungen wurden von der Antragsberatungskommission einfach zur Ablehnung empfohlen, und in manchen Fällen schloß sich eine Mehrheit der Delegierten, die die Antragsberatung unter großem Zeitdruck durchführen mußte, solchen Empfehlungen an.

So wurde in einem Beschluß (A 1), der sich gegen Wirtschaftskonzentration und deren Machtmißbrauch richtet, die Forderung nach „Überführung marktbeherrschender und wettbewerbsgefährdender Unternehmen in Gemeineigentum gemäß der Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen“ gestrichen. Diese Forderung steht jedoch auch im DGB-Grundsatzprogramm.

Der Ablehnungsempfehlung der Antragskommission fiel ebenfalls die Entschließung E 6 zum Opfer, in der u. a. das Verbot der Aussperrung verlangt und erklärt wird: „Wir verwahren uns dagegen, daß Unternehmer mit allen Mitteln versuchen, Gewerkschaftsmitglieder einzuschüchtern und verfassungsmäßige Rechte wie die Tarifautonomie zu untergraben. Wir wenden uns dagegen, daß berechnete Tarif- und Mitbestimmungsforderungen in den Augen der Bevölkerung kriminalisiert werden.“

Und schließlich sei noch erwähnt die Ablehnung der Forderung, „endlich eine bessere Zusammenarbeit mit den ausländischen Gewerkschaften im Westen und Osten aufzunehmen“ (A 53), oder – im sozialpolitischen Bereich – „die Arbeitslosenunterstützung auf 75 Prozent des Nettoverdienstes festzulegen“ (A 173), obgleich der DGB schon 90 Prozent fordert. Der Antrag an den Hauptvorstand, festzustellen, „inwieweit die Prüfsteine des DGB zur Bundestagswahl 1972... vom Bundestag bisher verwirklicht worden sind“ (A 44), wurde kurzerhand für „erledigt“ erklärt.

Diesen negativen Posten der Kongreßbilanz stehen jedoch auch positive gegenüber, die das Wirken kritischer, an den Interessen der Bauarbeiter orientierter Kräfte in dieser Gewerkschaft verdeutlichen. So wurde die Bundesregierung aufgefordert, eine Politik der Vollbeschäftigung und Sicherheit der Arbeitsplätze zu betreiben, bei der wirtschaftspolitische Maßnahmen „keinesfalls zu Lasten der Arbeitnehmer gehen“ dürfen (A 41). Wie vorrangig gerade für die Beschäftigten der Bauwirtschaft die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist, die das kapitalistische Wirtschaftssystem jedoch nicht zu gewähren vermag, geht aus der Tatsache hervor, daß die gegenwärtige Krise von Mitte 1973 bis Mitte 1975 bereits 327 000 Bauarbeitern den Arbeitsplatz gekostet hat.

Zurückgewiesen wurden vom Gewerkschaftstag die „Pläne der Bundesregie-

rung, den Zuschlag von 30 Pfennig zum Schlechtwettergeld pro Ausfallstunde ersatzlos zu streichen“ (E 19). Auch Sperner wandte sich gegen diesen Punkt des Bonner Rotstiftprogramms, obgleich er „Verständnis“ für diese Politik zeigte. In der Frage der Einkommenssicherung bezog er jedoch eine klare Position, als er im Schlußwort erklärte, es dürfe keine Lohnpause und Senkung der Realeinkommen geben.

Zweifellos wird es Aufgabe der rund 500 000 Gewerkschaftsmitglieder sein, selber für die Verwirklichung solcher Worte zu sorgen. Die Delegierten beschlossen als tarifpolitische Aufgabe die Vereinbarung gesicherter Jahreseinkommen in der Bauwirtschaft. Die Beschlüsse zur direkten Lohn- und Gehaltspolitik fielen indessen unzureichend aus. Lediglich in einem als „Material“ verabschiedeten Antrag wird vom Bundesvorstand eine „noch aktivere Tarifpolitik“ gefordert. Es gelte jetzt, „eine echte Reallohn- und Gehaltssteigerung zu erreichen“.

Der Delegierte Schott kritisierte, daß im Geschäftsbericht die Ergebnisse der Tarifpolitik als „gut“ bewertet wurden, wenn andererseits ein Abrutschen der Bauarbeiter in der Tarifskala vom ersten Drittel ins Mittelfeld festgestellt worden müsse. Das müsse wieder korrigiert werden. Gerhard Schramm berichtete von Lohninbußen bis zu 30 Prozent infolge der Krise.

Der Gewerkschaftstag forderte die „Verwirklichung der Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft“ (A 84) und die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes entsprechend den Forderungen des DGB (A 90), ferner die Verkürzung des Zivildienstes auf 15 Monate. Die Delegierten erklärten sich solidarisch mit dem Kampf der chilenischen Demokraten gegen den Faschismus (E 3).

Latente Unzufriedenheit mit der Vorstandspolitik äußerte sich u. a. darin, daß Sperner nur 270 von 338 Stimmen erhielt und statt des Vorstandskandidaten Bruno Fritz der bisherige Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Aachen, Kurt Herforth, neu in den Bundesvorstand gewählt wurde. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Anträgen – entgegen der „Ablehnungs“-Empfehlung der Antragsberatungskommission – angenommen. So auch der Initiativantrag Nr. 6, wonach ein Arbeitsplatz bis zu einem Jahr nach Ableistung von Wehr- und Ersatzdienst gesichert sein soll.

Eine von der Solidargemeinschaft der DGB-Gewerkschaften abweichende Position vertrat der Gewerkschaftsvorsitzende Sperner in der Frage der Investitionslenkung. Obgleich gerade die Situation in der Bauwirtschaft zeigt, zu welchen enormen Überkapazitäten will das Drauflos-Investieren in Boom-Zei-

ten geführt hat (was 327 000 Bauarbeiter mit Arbeitsplatzverlust in der Krise bezahlen mußten), wandte sich Sperner gegen direkte staatliche Investitionslenkung. Er bekam dafür – quer Beet – den Beifall von Kanzler Schmidt, Wirtschaftsminister Friderichs und CDU-Ministerpräsident Stoltenberg.

Der Delegierte Mergard machte auf die „Gemeinsamkeit in der Beurteilung und in den Ausführungen“ des Gewerkschaftsvorsitzenden Sperner mit dem 2. Vorsitzenden der FDP, Friderichs, aufmerksam. Ebenso wie dieser, aber auch Schmidt, hatte Sperner von den „Bürokraten“ gesprochen, die gewiß nicht risikofreudig entscheiden würden, und daß man jetzt erst mal Investitionen brauche, statt über deren Lenkung zu reden.

Noch in einer weiteren Frage verließ Sperner die Position des DGB: Hinsichtlich der Vermögensbildungspolitik kündigte er „neue Wege“ an, nachdem alle anderen Überlegungen und Modelle nicht weitergeführt hätten. Während der DGB überbetriebliche, gewerkschaftlich kontrollierte Fonds anvisiert hatte, will Sperner per Tarifvertrag den Investivlohn einführen – ein Konzept, das er vermutlich bei den Sozialausschüssen der CDU abgeguckt hat. Diese Art „Vermögensbildung“ soll u. a. der Stärkung der Eigenfinanzierung der Unternehmen dienen. Daß sie die soziale oder gesellschaftliche Stellung der Bauarbeiter nicht verbessert, liegt schon jetzt auf der Hand, wie auch die noch von Georg Leber 1963 abgeschlossenen Verträge zur Vermögensbildung die Bauarbeiter nicht davor bewahrt haben, massenweise auf die Straße zu fliegen. (Siehe auch Auszug aus der Sperner-Rede.)

Nicht zuletzt war die Verabschiedung einer neuen Satzung ein wichtiges Ergebnis dieses Gewerkschaftstages. Die bisherigen Ortsverwaltungen wurden in Bezirksverbände und die ehemaligen Bezirke in Landesverbände umbenannt. Aus dem Hauptvorstand wurde der Bundesvorstand, wie sonst nur noch beim DGB. Andererseits sind alle Bezüge zum DGB, daß nämlich Voraussetzung für die BSE-Mitgliedschaft auch die Anerkennung der DGB-Satzung ist und daß neben den eigenen auch DGB-Beschlüsse zu beachten sind, gestrichen. Die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der 16 Gewerkschaften im DGB wurde zwar bekräftigt, aber in der Formulierung gegenüber der bisherigen Satzung abgeschwächt.

Offenbar wollte sich die BSE-Führung dadurch die satzungsmäßigen Voraussetzungen schaffen, um rechte Politik notfalls auch gegen den DGB und – wenn nicht anders möglich – unter Lockerung der Bindungen zum Bund durchzusetzen.

Erstmals wurde in eine Gewerkschaftssatzung auch der Begriff „verfassungs-

Stehen die Uhren still? Strukturkrise dieses Zweiges

Die Uhrenindustrie in der Bundesrepublik – zu 95 Prozent in Baden-Württemberg angesiedelt – befindet sich in einer ernsten Existenzkrise. In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Betriebe in diesem Industriezweig um 10 Prozent und die der Beschäftigten um 25 Prozent verringert. Jeder vierte Beschäftigte hat hier in den letzten fünf Jahren seinen Arbeitsplatz verloren.

Zweifellos ein berechtigter Anlaß für die IG Metall, sich auf einer Branchenkonferenz in Sindelfingen mit der zukünftigen Entwicklung der Uhrenbetriebe und dem Schicksal der Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen. Zu spät, meint einer der Betriebsräte in der Diskussion, denn im Verlauf der Vorträge und Diskussionen wurden die Ursachen der katastrophalen Lage der Uhrenindustrie deutlich: Eine Strukturkrise als das Resultat eines sich schon seit Jahren abzeichnenden Wandels in der Technologie der Uhrenherstellung, vor allem der Entwicklung und Anwendung elektronischer Bauelemente und der damit verbundene Rückgang mechanischer Uhren. Die Quarz-Digitaluhren, vor einigen Jahren noch sehr teuer, sind heute schon als Armbanduhren für 60 bis 100 DM zu kaufen und verdrängen die mechanischen Uhren immer mehr vom Markt.

feindlich“ eingeführt, der der Berufsverbotspraxis entlehnt ist. Er soll bei Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern als wesentliches Kriterium gelten. Der Delegierte Mergard verlangte vergeblich, den emotionalen Begriff „verfassungsfeindlich“ durch den rechtlich anerkannten Begriff „verfassungswidrig“ zu ersetzen. Werner Böwing warnte, daß – wenn einmal Drögger Innenminister würde – „auch der Kollege Sperner unter den Radikalerlaß fallen“ könnte. (Siehe auch Diskussionsbeiträge im Einhefter.)

Zieht man das Resümee dieses 10. BSE-Gewerkschaftstages, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß es gewerkschaftspolitisch wohl Licht, aber eben doch viel Schatten gab. Bis zum nächsten Gewerkschaftstag 1979 sollte die Zeit genutzt werden, um – anknüpfend an jene Entscheidungen, die den Interessen der Baugewerkschafter dienen – einen Kurswechsel einzuleiten, der die gemeinsame Zielsetzung und Solidarität mit den anderen Gewerkschaften im DGB in den Mittelpunkt des Handelns rückt. Gert Siebert

Es sind die Unternehmer der Uhrenindustrie im Schwarzwald, die den Anschluß an die moderne Technologie verpaßt haben, und es besteht kaum Aussicht, den Vorsprung der USA, Japans sowie der Schweiz aufzuholen. Zwar gibt es in der Uhrenindustrie noch einige spezielle Produktionen, so z. B. die sogenannten Großuhren, die noch einigermaßen mithalten können. Aber die berühmt-kitschige Schwarzwälder Kuckucksuhr wird den weiteren Verlust von Arbeitsplätzen nicht aufhalten können – und auch das nicht nach einer Überwindung der augenblicklichen Konjunkturlaute.

Ebenso bleiben Exporterwartungen hoffnungslos, denn ein großer Teil der mechanischen Uhren wird heute schon in den ehemaligen Exportländern selbst hergestellt. Für die Arbeiter der Uhrenindustrie in Baden-Württemberg kommt noch hinzu, daß die zahlreichen Kleinbetriebe – es sind zur Zeit noch etwa 250 – in Ortschaften liegen, die keine anderen Arbeitsmöglichkeiten bieten, denn die Uhrenhersteller haben in der Vergangenheit mit allen Mitteln versucht, anderen Gewerben den Zugang zu verwehren.

Franz Steinkühler, der IG-Metall-Betriebsvorsitzende, hatte das Versagen der Unternehmer bloßgestellt und zur Rettung der Arbeitsplätze in der Uhrenindustrie vom Staat Investitionshilfe gefordert. Dabei verlangte er, daß Betriebsräte und Gewerkschaften von Beginn an an der Verteilung und Verwendung staatlicher Hilfe mitbestimmend beteiligt werden sollen.

Wissenschaftler und Betriebsräte sowie die IG-Metall-Vertreter gaben sich auf der Konferenz viel Mühe, Mittel und Wege zu finden, den Verfall der Uhrenindustrie in der Bundesrepublik aufzuhalten. Besonders wichtig war dabei die Lösung des Problems der Halbleiterproduktion. Halbleiter-Bauelemente werden zur Zeit noch in großem Umfang vom Ausland eingeführt. Als einen möglichen Ausweg wurde ferner die Kooperation von Kleinbetrieben vorgeschlagen, die gemeinsame Forschungen betreiben sollten, um neue Produktionsmöglichkeiten zu schaffen.

Heinz Seeger

Widersprüche beim IBFG-Kongreß - Solidarisch mit Chile und Spanien

Hilflosigkeit und Meinungsverschiedenheiten kennzeichneten den 11. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der vom 19. bis 24. Oktober in Mexiko-City stattfand. Auf die vielversprechenden Losungen des Kongresses — Brot, Frieden, Freiheit; internationale Solidarität, soziale Gerechtigkeit — haben die Delegierten nur unzureichende Antworten im internationalen Interesse der Arbeiter und Angestellten gegeben. Immer noch verhindert ein tiefverwurzelter Antikommunismus, insbesondere beim IBFG-Vorstand, das notwendige gemeinsame Handeln der gesamten Weltgewerkschaftsbewegung. Positiv zu werten ist die Solidarität mit den Völkern Chiles und Spaniens.

Nach Angaben der angeschlossenen 118 Gewerkschaftsbünde aus 88 Ländern und Gebieten umfaßt der 1949 vom einheitlichen Weltgewerkschaftsbund (WGB) abgespaltene IBFG heute 52,1 Millionen Mitglieder (im WGB sind 154 Millionen Mitglieder vereinigt). Allerdings erscheint die angegebene IBFG-Mitgliederzahl deutlich überhöht, denn nach dem vorgelegten Kassenbericht gab es Ende 1974 lediglich 43 Millionen „zahlende Mitglieder“, von denen wiederum nur für 31 Millionen Mitglieder der Vollbeitrag und für 5,7 Millionen Mitglieder ein „symbolischer“ Beitrag gezahlt wird. Von den zahlenden Mitgliedern entfällt der Löwenanteil auf die hauptsächlich unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Gewerkschaften Westeuropas.

Mitgliederstärkste Gewerkschaften sind der britische TUC (10 Millionen) und der DGB (7 Millionen), die im IBFG über den größten Einfluß verfügen, jedoch verschiedene politische Auffassungen vertreten. Neben 209 Delegierten waren in Mexiko rund 300 Berater und Beobachter sowie 31 Vertreter und Beobachter von 10 der 14 mit dem IBFG assoziierten Internationalen Berufsekretariate (IBS) vertreten. Den DGB repräsentierten die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes, Vetter, Muhr, Maria Weber, Heies, Schmidt, Schwab sowie von den Einzelgewerkschaften Breit, Buschmann, Stadelmaier, Vietheer und Schwiedel. Loderer und Stephan waren Vertreter ihrer IBS.

Angeichts der Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft sei — wie es in einem der zahlreichen Dokumente heißt — „die Nachkriegswirtschaftsordnung zusammengebrochen“. Weiter wird festgestellt: „Arbeitslosigkeit sowie Kürzung der Arbeitszeit (Kurzarbeit — W. P.) und der Einkommen waren seit den dreißiger Jahren noch nie eine so ernste Gefahr wie heute. Steigende Preise verringern die Kaufkraft der Löhne und Gehälter sowie den Le-

bensstandard armer wie auch reicher Länder. Und Hunger ist für Hunderte Millionen von Männern, Frauen und Kindern in den armen Ländern eine tägliche Erfahrung.“

„Die Kluft zwischen dem Lebensstandard der armen und reichen Länder wie auch zwischen den Armen und Reichen in diesen Ländern“ sei immer größer geworden. In der Dritten Welt leben 800 Millionen Menschen in „Krankheit, Unwissenheit, Unterernährung und Elend“. Als eine der Ursachen für diese traurige Bilanz und den angeführten Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft nennt der IBFG das Wirken multinationaler Konzerne, die heute eine beherrschende Stellung einnehmen. Wörtlich heißt es: „Die Produktion jeder der zehn führenden multinationalen Gesellschaften ist größer als das Bruttosozialprodukt von mehr als 80 Ländern, und die Produktion aller multinationalen Gesellschaften zusammen macht mehr als ein Fünftel des gesamten Bruttosozialproduktes der nichtkommunistischen Welt aus. Diese Produktion ist mehr als doppelt so schnell gewachsen wie die jährliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft insgesamt... Auch die Weltwirtschaftsordnung ist durch das Wachstum der multinationalen Gesellschaften radikal verändert worden... und hat dazu beigetragen, das auf festen Wechselkursen beruhende Währungssystem zu zerstören.“

Dieser Einschätzung der Situation folgen nur unzureichende Schlußfolgerungen. Zwar ist es zu begrüßen, wenn die Aufgabe gestellt wird, daß es „jetzt einer geplanten und koordinierten Investitionspolitik mit dem Schwerpunkt „öffentlicher Sektor“ bedarf, aber all diese Aufgaben laufen darauf hinaus, das kapitalistische Weltwirtschaftssystem nicht zu verändern, sondern effektiver zu machen und die Gewerkschaften in dieses „zusammengebrochene“ System zu integrieren. Das gilt auch für das beschlossene Forde-

rungsprogramm bezüglich der multinationalen Konzerne, mit dem sich NACHRICHTEN in der nächsten Ausgabe ausführlich befassen werden.

In den vom IBFG-Vorstand vorgelegten Dokumenten wird faktisch so getan, als gäbe es keine sozialistischen Länder auf der Welt. Der immer noch vorhandene Antikommunismus hindert die IBFG-Führung festzustellen, daß auf unserem Erdball eine Wirtschaftsordnung existiert, die weder Millionen Arbeitslose, Lohnabbau, Hunger noch Elend kennt.

Dieser Antikommunismus des IBFG-Vorstandes ist auch die Ursache, daß der wiedergewählte Generalsekretär Otto Kersten das im vergangenen Monat von der Generalratstagung des WGB in Paris wiederholte Angebot zum gemeinsamen Handeln erneut abgelehnt hat. Demgegenüber setzt sich Delegierte, z. B. aus Schweden, Finnland und Guyana, entsprechend dem Mitgliederwillen für internationale Beziehungen ein und bedauerten, daß die Weltgewerkschaftsbewegung gespalten sei.

Im Gegensatz zu früheren Kongressen, hat der IBFG-Kongreß von Mexiko zur Frage der Beziehungen zum WGB keinen Beschluß gefaßt. Man berief sich lediglich auf eine Vorstandsentscheidung vom Juni 1974 in Wien, die eine Zusammenarbeit des IBFG mit dem WGB ablehnt, aber gleichzeitig Beziehungen der einzelnen Mitgliederorganisationen zu WGB-Gewerkschaften ermöglicht. Auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN interpretierte Kersten in Mexiko diesen Beschluß so, daß auch einzelne IBFG-Mitgliedsorganisationen direkt zum WGB Beziehungen aufnehmen können. Offensichtlich ist der Wille vieler IBFG-Gewerkschaften nach Einheit und Zusammenarbeit so stark, daß Otto Kersten auf einer Pressekonferenz entgegen der bisherigen Praxis „von den Kollegen in Prag“ sprach (Prag ist der Sitz des WGB).

Aktionen für ein gemeinsames Ziel von WGB und IBFG gab es schon in den letzten Wochen, als beide Bünde zur Arbeitsniederlegung nach der Erschießung spanischer Patrioten zum Protest aufgerufen hatten. Auch die in Mexiko angenommenen Solidaritätsentscheidungen mit den Gewerkschaften und den Völkern von Chile und Spanien (Wortlaut siehe Einhefter) sowie die Entscheidung gegen die Apartheid-Politik im südlichen Afrika bilden eine Plattform für den gemeinsamen internationalen Kampf. Zugleich sollte auch der DGB daraus entsprechende Schlußfolgerungen ziehen. In der Spanien-Resolution werden die Arbeiter aufgefordert, keine Waren mehr in das faschistische Spanien zu befördern sowie alle Arbeiter und Angestellten aufzurufen, keinen Urlaub in Spanien zu verbringen.

11. Bundeskongreß der DAG: Beinahe eine Staatsgewerkschaft

Rund 475 000 Mitglieder hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), was seit Jahren schon Stagnation für diese an konservativem Standesdenken orientierte Organisation bedeutet. Vom 13. bis 17. Oktober hielt sie in Wiesbaden ihren 11. Bundeskongreß ab; 207 Delegierte berieten und entschieden fast 700 Anträge und Entschlüsse. Dabei fiel auf, daß insbesondere die DAG-Jugend — anders als die Gewerkschaftsführung — kritisch zu denken und zu diskutieren versteht; sie macht den System-Anpassungskurs der Mannschaft um Hermann Brandt nicht einfach mit.

Vor allem dem gesellschaftskritischen Denken und Handeln der DAG-Jugend hat die Angestelltengewerkschaft zu verdanken, daß man sie nicht pauschal als „Staatsgewerkschaft“ abtun kann. Dabei tut insbesondere der wiedergewählte Vorsitzende, Hermann Brandt, was er kann, um nicht in Bonn und bei den Unternehmer-Verbandsfunktionären den Verdacht aufkommen zu lassen, in seiner Treue zur „marktwirtschaftlichen Ordnung“ (auch wenn sie nicht funktioniert) sei vielleicht der Wurm drin.

Nach Brandt ist „die Wandlung der Gewerkschaften von Kampforganisationen klassischer Prägung zum stabilisierenden Element unserer Gesellschaftsordnung lange vollzogen“. — „Heute gehören die Gewerkschaften als staatstragende und staatsbehaltende Kraft zu den unverzichtbaren, verfassungsrechtlich gesicherten Bestandteilen unserer pluralistischen Gesellschaft.“ — „Der Begriff der Klasse, der für Karl Marx Ausgangs- und Bezugspunkt aller Überlegungen war, findet in der gesellschaftlichen Wirklichkeit von heute keine Entsprechung. Die Stellung des Arbeitnehmers hat sich von der eines un-

terdrückten, politisch einflusslosen Objekts privater und staatlicher Willkür gewandelt in die eines politisch gleichberechtigten Staatsbürgers.“

Um den Vorstandsantrag entwickelte sich eine längere gesellschaftspolitische Grundsatzdiskussion. Der Vorsitzende der DAG-Jugend, Fleischhauer, stellte zu den an der Wirklichkeit vorbeigehenden Vorstandsformulierungen ironisch fest: „Der Bundesvorstand hat in den letzten vier Jahren eine neue Gesellschaft geschaffen.“ Ein anderer Delegierter bemerkte treffend, wenn der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr unüberbrückbar sei, dann dürfe die paritätische Mitbestimmung, die Vermögensbildung oder die Reform der Berufsbildung kein Konfliktstoff mehr sein.

Nachdem ein Dutzend vorwiegend junge Diskutanten die Sozialpartnerschaftsposition des Vorstandes erschütterten und eine realistische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft in der BRD lieferte und die Delegiertenmehrheit einen Antrag auf Debattenschluß abgelehnt hatte, rief der Kongreßleiter kurzerhand den CDU-Generalsekretär Biedenkopf, der auf der Gästebank saß, ans Rednerpult. Dieser nutzte die Gelegenheit, die Delegierten zu beschwören die Lösung aller anstehenden Probleme nur „mit marktwirtschaftlichen Mitteln“ anzugehen.

In der folgenden Abstimmung konnte der Vorstandsantrag mit nur 100 Stimmen gegen 78 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen durchgebracht werden. Welche große Bedeutung die Spitzen der Regierung und des Kapitals einer

weiteren Gleichschaltung dieser Gewerkschaft beimessen, geht aus dem einmaligen Großaufgebot an politischer Prominenz hervor, die Tag für Tag zu Worte kam: Walter Scheel, Helmut Schmidt, Willy Brandt, Helmut Kohl, H. D. Genscher, Fritz Pirkel (CSU), Hans Friderichs, Walter Arendt, Helmut Rohde. Nur BDA-Boß Schleyer zog es vor, nicht zu reden; er hätte ohnedies nicht mehr als die Vorredner sagen können.

Obgleich in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle eine große Wahl- und Anpassungs-Show ablief, wozu auch gehörte, daß der DAG-Vorsitzende „direkte Investitionslenkung“ verdonnerte, Vermögensbildung à la Investivlohn forderte und tarifpolitische Zurückhaltung versprach, können die an den berechtigten Interessen der Masse der Angestellten orientierten Kräfte in dieser Gewerkschaft nicht übersehen werden.

So lehnte es z. B. die Mehrheit der Delegierten mit 95:87 Stimmen ab, dem Bundesvorstand die Fortschreibung des Programms zur Gesellschaftspolitik zu überlassen. Das soll Angelegenheit der Kongresse bleiben. Bemerkenswert ist auch der Beschluß, ein „Grundrecht auf gesicherte Existenz“ zu verlangen, das das Recht auf Arbeit, auf Wohnung, Bildung und Schutz der Gesundheit umschließt. Ferner wurden das Verbot der Aussperrung und das Streikrecht für Auszubildende gefordert.

Tarifpolitisches Neuland, auch unter dem Aspekt der Senkung der Arbeitslosenzahlen, betrat die DAG mit der Forderung nach stufenweiser Einführung der 36-Stunden-Arbeitswoche.

Zwar wurde die Forderung von DGB-Gewerkschaften nach gemeinsamen Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte abgelehnt, dennoch wird auch in der DAG das Bewußtsein über die gemeinsame abhängige Stellung von Arbeitern und Angestellten in Produktion und Gesellschaft stärker. Der Beifall der Delegierten für die Attacken Hermann Brandts gegen den DGB und seine Worte selbst schließen indessen nicht aus, daß beide Organisationen in absehbarer Zeit wieder in das Gespräch über Wege zur Vereinigung beider Bünde eintreten werden. Daran ist aus politischen Gründen auch die SPD-Führung interessiert, was Willy Brandt in seiner Begrüßungsrede seinem Namensvetter und Parteikollegen Hermann Brandt klar zu verstehen gab.

Nach diesem 11. Bundeskongreß bleibt zu sagen, daß die DAG in ihrer Gesamtheit noch mehr Aktivität und kritisches Gedankengut ihrer Jugend helfen könnte, von dem ständischen und ordnungspolitischen Gehabe wegzukommen, um an gewerkschaftlichem Profil zu gewinnen. Manche Kongreßbeschlüsse und die Ausführungen einer Anzahl Delegierter bieten dafür gute Ansatzpunkte.

G. S.

G. S.

G. S.

G. S.

G. S.

G. S.

„Sorge“ um die Verfassung: Trick der Mitbestimmungsgegner

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, entstanden in einer Zeit, in der selbst die CDU die Überführung von Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum in ihrem Ahlener Programm stehen hatte, ist gewiß nicht mitbestimmungsfeindlich. Dies sind vielmehr die Unternehmer, deren Macht – größer als jemals zuvor – wiedererstanden ist. Diese Feststellung traf der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf der wissenschaftlichen Konferenz des DGB Anfang Oktober in Frankfurt zum Thema „Mitbestimmung – Wirtschaftsordnung – Grundgesetz“.

Mit dieser Konferenz wollte der DGB den Nachweis führen, daß die paritätische Mitbestimmung völlig verfassungskonform und die „Verfassungsbedenken“ der Unternehmenseite nur scheinjuristische Kaschierungen prinzipieller Mitbestimmungsfeindlichkeit sind. Dieser Nachweis ist überzeugend gelungen. Die große Mehrheit der 300 Wissenschaftler und Gewerkschaftsfunktionäre bekräftigte die Forderung des DGB.

„Die Durchsetzung einer gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft – und zwar auf allen Ebenen – ist und bleibt die Gretchenfrage unserer Demokratie“, sagte Vetter. Die Darstellung der Unternehmerverbände, wonach nur die Vorherrschaft des unternehmerischen Eigentums Garantie für Freiheit und Demokratie bedeute, stehe „völlig im Gegensatz zu allen geschichtlichen Erfahrungen“. Die „Herausforderung der Demokratie“ durch unzureichend kontrollierte wirtschaftliche Macht sei auch im Jahre 1975 Realität.

Auf dieser Konferenz wurde jedoch – klarer als bei früheren Anlässen – die sozialpartnerschaftliche, kapitalismuskonforme Motivation der meisten Wissenschaftler und mancher Gewerkschaftsfunktionäre deutlich, mit der sie die Mitbestimmungskonzeption vertreten. So meinte Prof. Hondrich, einer der Referenten, zur Mobilisierung der „Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit“ der Beschäftigten für das Unternehmen sei gegenwärtig kein wirksameres Instrument als die paritätische Mitbestimmung bekannt.

Ein anderer Referent, Prof. Fleischmann, stellte Mitbestimmung als „Mittel zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ dar. Überhaupt argumentierten fast alle Juristen, Soziologen und Volkswirtschaftler vom Standpunkt der Konfliktregulierung und der Vermeidung von Reibungsverlusten durch paritätische Mitbestimmung, wie sie sich in der Montanindustrie „bewährt“ habe.

Der DGB-Vorsitzende Vetter warnte die Unternehmer davor, „den rechtlich ge-

ordneten Weg einer institutionellen Mitbestimmung mit Hilfe verfassungsjuristischer Argumente zu vermauern.

Die zentrale Aufgabe der Mitbestimmung, die Übermacht des Kapitals in Wirtschaft und Gesellschaft zurückzudrängen, wurde von nur wenigen Rednern angesprochen. So wies Dr. Hensche vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier darauf hin, daß Mitbestimmung nicht für den sozialen Frieden gedacht sei. Sie solle auch nicht die „klassischen Formen“ der Interessenvertretung ablösen. „Im Gegenteil, zum Beispiel ein Streik kann mithelfen, die Mitbestimmung effektiver zu machen.“

Prof. Simitis formulierte als Aufgabe paritätischer Mitbestimmung „eine Unternehmenspolitik“ die sich nicht mit Sozialplänen begnügt, sondern sie überflüssig macht“. Die Mitbestimmung

eigne sich nicht dazu, die Konflikte im Unternehmen zu leugnen; sie führe nur „neue Modalitäten der Austragung“ ein.

Prof. Abendroth setzte sich leidenschaftlich für die paritätische Mitbestimmung als Mittel zur Eingrenzung von Kapitalmacht ein. Die Gewerkschaften dürften es nicht „der anderen Seite der Barrikade“ überlassen, durch Zweckinterpretation das Grundgesetz für sich zu usurpieren.

Auf einer Pressekonferenz anläßlich dieser DGB-Konferenz sagte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr auf eine entsprechende NACHRICHTEN-Frage, die im Mitbestimmungsgesetzesentwurf der Bundesregierung vorgesehene Verstärkung der Arbeitnehmer-Minderheit im Aufsichtsrat bedeute keine Verbesserung im Sinne durchsetzbarer Mitbestimmung. Die Diskussion in den Gewerkschaften, ob dann nicht besser auf eine Mitbestimmungsneuregelung zur Zeit ganz verzichtet werden solle, sei noch nicht verstummt.

Als illusorisch wurde von Konferenzteilnehmern gesprächsweise Veters Vorschlag an die Unternehmerverbände bezeichnet, sich „in entspannter Atmosphäre“ auf einen gemeinsamen Mitbestimmungsvorschlag von DGB und BDA zu verständigen. Die mitbestimmungsfeindliche Position der Bosse sei grundsätzlicher und nicht atmosphärischer Art. Paritätische Mitbestimmung, wie der DGB sie fordere, sei nur bei Wahrung gewerkschaftlicher Unabhängigkeit und Mobilisierung der Millionen Gewerkschaftsmitglieder durchzusetzen. Gerd Siebert

Für bessere Arbeitsbedingungen und neue Arbeitsinhalte

Am 14. und 15. Oktober fand in Sindelfingen die Jahrestagung 1975 des Arbeitskreises für Arbeitsstudien des DGB statt. Sie stand unter dem Leitmotiv „Tarifvertrag und industrielle Wirklichkeit“. Anknüpfend an die internationale Arbeitstagung der IG Metall 1972 in Oberhausen über die „Qualität des Lebens“ und die Konferenz des DGB 1974 in München über die „Humanisierung der Arbeit“ stellte sich diese Tagung die Aufgabe, sich mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen bekanntzumachen und mit bisherigen tarifvertraglichen Erkenntnissen auseinanderzusetzen.

Auf dieser Tagung referierte vom Institut für Arbeitswissenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt Prof. Dr. Ing. Rohmert über die „Lohnendifferenzierung im Tarifvertrag“ sowie W. Laurig über „Neue Erkenntnisse zur Meßbarkeit von Belastung und Beanspruchung und mögliche Schlußfolgerungen für eine menschengerechte Arbeitsgestaltung“, Dr. John vom REFA-Institut Darmstadt „Über die Verwendung statistischer Methoden bei der

Auswertung von Zeitaufnahmen“, Wolfgang Ehrenstein vom Institut für Arbeitsphysiologie der Technischen Hochschule München über „Arbeitsinhalt, Arbeitstakt, Monotonie und Streß“ und Gerhard Leminsky vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB über „Arbeitsstruktur und Arbeitsorganisation“. Die politischen Betrachtungen zum Rahmenthema erfolgten durch den Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler

(siehe Auszüge aus seinen Referaten auf Seite 18).

Die Tagung machte deutlich, daß die Unternehmer alles tun, um den Lohnrahmentarifvertrag zu unterlaufen. Wurden in ihm Mindesttaktzeiten von 1,5 Minuten vereinbart, so betragen die tatsächlichen Taktzeiten auch heute noch, zwei Jahre nach Abschluß des Vertrages, zwischen 0,5 und 0,6 Minuten. Die Unternehmer erklären kaltschnäuzig, daß sie sich außerstande sehen, die Arbeit so zu organisieren, wie dies im Tarifvertrag vereinbart worden ist. In nur wenigen Betrieben gibt es längere Taktzeiten. Auch bei der festgelegten fünfminütigen Pausen an den Fließbändern sehen sich die Arbeiter unerträglichen Pressionen ausgesetzt.

Franz Steinkühler stellte fest, daß die Unternehmer immer noch die Arbeitsabläufe atomisieren wollen, daß aber solche Arbeiten einer Volkswirtschaft unermesslichen Schaden zufügen, auch wenn sie unter Berücksichtigung der verkürzten betriebswirtschaftlichen Rechnungsweise rentabel erscheinen würden, weil dadurch das schöpferische selbständige Tätigwerden bei Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten verschüttet werde. Es komme darauf an, die inhumanen Arbeitsbedingungen menschengerechter zu gestalten.

Die 300 Gewerkschafter, die an der Konferenz teilnahmen und in mehreren Arbeitskreisen diskutierten, kamen zu dem Ergebnis, daß in den Betrieben „gemauert“ wird. Sie forderten deshalb nicht nur den Arbeitsplatz und die Arbeit überhaupt, sondern auch die Arbeitsorganisation menschengerecht zu gestalten. Daraus leiteten sie ab:

„1. Die Arbeit soll so organisiert sein, daß die sozialen und technisch-ökonomischen Bedingungen erkennbar und die Zwänge für den Betroffenen überprüfbar sind.

2. Eine Arbeit ist menschengerecht, wenn möglichst viele Zwänge durch möglichst viele Eigenentscheidungen ersetzt werden.

3. Menschengerechte Gestaltung der Arbeitsorganisation ist Abbau jeglichen verzichtbaren Zwanges.

4. Bei einer demokratischen Betriebsstruktur entscheiden die Betroffenen selbst oder über ihre gewählten Vertreter, auf welche Zwänge nicht verzichtet werden kann.“

Es wurde auch gefordert, daß neue Formen der Arbeitsorganisation, namentlich bestimmte Formen der Gruppenarbeit (sogenannte teilautonome Gruppen) nicht zu einer Schwächung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte und der Stellung der Gewerkschaften führen dürfen. H. Sch.

Hamburger Personalräte gegen Abbau von Mitbestimmungsrechten

Der Kampf gegen den Abbau bestehender Mitbestimmungsrechte durch Änderung des Hamburger Personalvertretungsgesetzes (Hmb.PersVG) hat ein neues Stadium erreicht. Anlaß hierfür ist der seit dem 9. April 1975 vorliegende Novellierungsentwurf des SPD/FDP-Senats und der Antrag der CDU vom 16. Oktober 1974, einen Hauptpersonalrat für die Hamburger Verwaltungen einzuführen.

Seit 1972 ist das neue Hmb.PersVG laufend Angriffen derer ausgesetzt, denen weitergehende Rechte der Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind. Nach wie vor ist die CDU, wie auch die Senatskoalition, bestrebt, die fortschrittlichen Mitbestimmungsrechte des Hmb.PersVG wieder außer Kraft zu setzen. Kernpunkt des Novellierungsentwurfs ist die Abschaffung der erst 1972 besonders durch die Gewerkschaft ÖTV durchgesetzten Rechte, daß das Senatsamt für den Verwaltungsdienst mit den Gewerkschaften verbindliche Vereinbarungen über allgemeine Regelungen treffen muß, wenn es um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht.

Stimmen die Gewerkschaften einem Vorschlag des Senatsamts nicht zu, verbleibt nach dem Hmb.PersVG die Zuständigkeit letztlich bei den einzelnen Personalräten. Erstmals war hiermit in einem Landes-PersVG in der Bundesrepublik das Recht zugestanden worden, in Angelegenheiten aller Beschäftigten, auch der Beamten, effektiv mitzubestimmen. Mit der beabsichtigten Streichung der § 92 Hmb.PersVG soll dafür ein Hauptpersonalrat als Stufenvertretung über alle Personalräte der Hamburger Verwaltungen eingeführt werden.

Diese Absicht hat den heftigen Protest der betroffenen Beschäftigten und ihrer Personalräte hervorgerufen, denn dadurch würden künftig Mitbestimmungsrechte der einzelnen Personalräte eingeschränkt. Die weitergehenden Rechte des Hmb.PersVG haben über das sogenannte „Fahrstuhlprinzip“ die Mitbestimmung dadurch erweitert, daß die einzelnen Personalräte innerhalb ihrer Beteiligung gegenüber der jeweiligen Dienststelle (Verwaltung) und deren Leitung zuständig bleiben. Die Ausnahme davon ist, daß allgemeine Regelungen der obersten Dienstbehörde (in Hamburg das Senatsamt für den Verwaltungsdienst) gemeinsam mit den in ihrem Bereich vertretenen Gewerkschaften vereinbart werden. Die Erfahrung der Personalräte zeigt aber, daß jede allgemeine Regelung das Mitbestimmungsrecht der einzelnen Personalräte einschränkt. Nach der bisherigen Regelung durch den § 92 Hmb.PersVG hat sich gezeigt, daß es

nur in wenigen Fällen zu verbindlichen Vereinbarungen kam, und daran waren die betroffenen Personalräte über ihre Gewerkschaften beteiligt.

Die beabsichtigte Änderung würde dazu führen, daß allgemeine Regelungen aufgrund des Initiativrechts des Hauptpersonalrats stark zunehmen. Damit kann der Hauptpersonalrat als übergeordnete Institution über die Beteiligung der Mitbestimmungsrechte der einzelnen Personalräte entscheiden und sie zur Handlungsunfähigkeit degradieren.

Entgegen der Regelung in allen anderen Bundesländern, in denen es nur Stufenvertretungen gibt, wird in Hamburg im § 7 Hmb.PersVG die Zuständigkeit der Personalvertretung folgendermaßen geregelt:

„(1) Die Personalvertretung ist für die Angelegenheiten der Dienststellen zuständig, bei der sie besteht;

(2) Ist oder wird eine andere Verwaltungseinheit für eine Angelegenheit zuständig, tritt sie an Stelle der Dienststelle. Die Zuständigkeit der Personalvertretung wird hierdurch nicht berührt.“

Aufgrund der zahlreichen Proteste der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Hamburgs kam es bereits im Mai 1975 zu einem Anhörungsverfahren vor dem Bürgerschaftsausschuß für den öffentlichen Dienst im Hamburger Rathaus. Dabei sprach sich die überwältigende Mehrheit der Hamburger Personalräte gegen die Einführung eines Hauptpersonalrats und für das unveränderte Fortbestehen der fortschrittlichen Regelung des Hmb.PersVG aus. Die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Hamburg hat mit einem Initiativantrag ange-regt, daß der Bezirksjugendausschuß und der Bezirksvorstand sich gegenüber dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg für die Beibehaltung der Vereinbarungsrechte der Gewerkschaften nach dem § 92 Hmb.PersVG einsetzen und die dazu notwendigen Schritte einleiten. Die geplante Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte wäre ein erheblicher Rückschlag im Kampf um Reformen im öffentlichen Dienst.

K. H.

Bundesregierung kürzt zum zweiten Mal Wohngeld

Schon zu Beginn dieses Jahres wurde für die überwiegende Mehrheit der Bezieher von Wohngeld diese als Ausgleich für das ständige Steigen der Mieten eingeführte soziale Leistung gekürzt. Das führte bei den Betroffenen zu berechtigter Empörung und Unruhe. Bundeswohnungsbauminister Ravens und die Wohnungsbauexperten der Bonner Koalitionsfraktionen haben deshalb in der ersten Hälfte dieses Jahres immer wieder für den 1. Januar 1976 die Anpassung des Wohngeldes zugesichert. Davon ist jetzt aber keine Rede mehr. Auch sie ist den Bonner Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen.

So wird es zu Beginn des nächsten Jahres für die Empfänger von Wohngeld die zweite Kürzung dieser Leistung seit der letzten Verbesserung des Wohngeldgesetzes (1. Januar 1974) geben. Dabei enthält das 2. Wohngeldgesetz eine — wenn auch unzureichende — Anpassungsklausel. Danach hat die Bundesregierung regelmäßig dem Bundestag einen Bericht über die Entwicklung der Mieten vorzulegen. Das sollte erst jährlich, dann nur noch alle zwei Jahre geschehen. Der Termin für die Vorlage des Berichtes wurde schließlich mehrfach verschoben.

Die bei ihrer Einführung als sozialer Fortschritt gefeierte Anpassungsklausel wird einfach nicht angewendet. Wenn das beim Wohngeld geschieht, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß so eines Tages auch mit der Rentendynamik verfahren wird, wenn nicht die Anfänge einer solchen Mißachtung sozialrechtlicher Bestimmungen bei den Betroffenen und ihren Organisationen, vor allem aber den Gewerkschaften, auf energischen Widerstand stoßen.

Diese Situation aber ist jetzt gegeben. Erstmals wird, wenn auch „nur“ beim Wohngeld, die Anpassungsklausel faktisch außer Kraft gesetzt. Betroffen von der daraus resultierenden erneuten Kürzung sind vor allem Rentner, Arbeiter und Angestellte mit mehreren Kindern und bzw. oder geringem Einkommen, also die sozial Schwächsten; denn nur sie haben Anspruch auf Wohngeld! Drastischer kann der Bankrott der „sozialen Reformpolitik“ nicht offenbart werden. Von den 1,6 Millionen Wohngeldempfängern sind fast 70 Prozent Rentner und Pensionäre. Die zweitgrößte Gruppe der Wohngeldempfänger sind kinderreiche Arbeiter- und Angestelltenfamilien und Arbeiter und Angestellte mit geringem Einkommen.

Bei den Rentnern wird es in jedem Fall zu einer Kürzung des Wohngeldes kommen. Bei der Neuberechnung des Wohngeldes für das nächste Jahr wird die letzte Rentenanpassung vom 1. Juli 1975 angerechnet. Diese Kürzung

wird in vielen Fällen auch dann erfolgen, wenn eine höhere Miete zu zahlen ist, so wie sie für Hunderttausende älterer Sozialwohnungen in einigen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen und Bremen) vorbereitet wird. Auch die im Wohngeldgesetz festgelegten Mietobergrenzen wurden seit dem 1. Januar 1974 nicht der tatsächlichen Mietentwicklung angepaßt. Die bisher zu zahlenden Mieten überschreiten oft schon diese Mietobergrenzen des Wohngeldgesetzes. Das aber hat zur Folge, daß Mieterhöhungen bei der Neuberechnung des Wohngeldes für 1976 nicht berücksichtigt werden.

14 Prozent Beitragserhöhung

Die Barmer Ersatzkasse (BEK) erhöht für ihre 3,6 Millionen Mitglieder ab 1. Januar 1976 den Beitragssatz um 14 Prozent. Er steigt damit von 10,6 auf 12,1 Prozent. Andere Krankenkassen haben analoge Beitragserhöhungen angekündigt. Zu den höheren Arbeitslosenversicherungsbeiträgen kommen nun auch noch für Millionen Arbeiter und Angestellte gestiegene Krankenversicherungsbeiträge. Für ein BEK-Mitglied mit einem Bruttomonatsverdienst von 1600 DM bedeutet das z. B. eine Mehrbelastung von 20 DM monatlich.

Diese zusätzliche Heraufsetzung des Krankenversicherungsbeitrages erhärtet die Notwendigkeit, bei den anstehenden Tarifrunden Lohn- und Gehaltsverbesserungen von mehr als 8 Prozent durchzusetzen, auch dann, wenn nur der Reallohn gehalten werden soll. Bei Preissteigerungen von 6 bis 7 Prozent und einer Steigerung des SV-Beitragssatzes („Arbeitnehmeranteil“) um mehr als 1 Prozent bezogen auf den Bruttoverdienst, reichen 8 Prozent bei den Tariflöhnen und -gehältern noch nicht einmal aus, um ein Absinken des Lebensstandards zu verhindern.

Noch einen weiteren sozialen Skandal hat der Deutsche Mieterbund bei den Bonner Konjunkturlösungen aufgedeckt: Nach einem Sonderprogramm erhalten Hausbesitzer einen 15- bzw. 30prozentigen verlorenen staatlichen Zuschuß zu den Kosten für die Modernisierung von Wohnungen. Bei der Abwälzung der Modernisierungskosten auf die Mieter können die Hausbesitzer den Mietern auch für den staatlichen Zuschuß Zinsen auflasten, die sie selbst gar nicht zu zahlen brauchen. Die Mieter müssen so zweimal die Modernisierung ihrer Mietwohnung bezahlen: einmal als Steuerzahler über die verlorenen staatlichen Zuschüsse, zum zweiten als Mieter über die erhöhten Mieten. Den Hauptgewinn machen dabei die großen Hausbesitzer; denn die kleinen Hausbesitzer sind auch mit den staatlichen Zuschüssen überwiegend nicht in der Lage, teure Modernisierungsarbeiten durchführen zu lassen. Von „sozialer Wohnungsbaupolitik kann bei alledem wohl kaum noch gesprochen werden.

Mit der Nichtanpassung des Wohngeldes brüskiert Bonn auch direkt der DGB. In dem von ihm auf dem 10. Bundeskongreß beschlossenen Antrag 151, der von der Postgewerkschaft eingebracht war, wurde ausdrücklich die Anpassung des Wohngeldes gefordert.

Vor allem sind die Beitragserhöhungen der Krankenkassen eine Folge der „Explosion“ der Gesundheits- und Krankheitskosten (siehe „Angriffe auf Krankenversicherung nicht auf leichte Schulter nehmen“, NACHRICHTEN Nr. 10/75) und der durch die anhaltende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verursachten Ausfälle bei den Beitragserhebungen. Wird der rapide Kostenanstieg bei den Krankenkassen nicht gestoppt, sind weitere Beitragserhöhungen schon vorprogrammiert. Nach vorliegenden Berechnungen wird bis 1978 mit einem Defizit der gesetzlichen Krankenkassen von 30 Milliarden DM gerechnet. Um diesen Fehlbetrag abzudecken, müßte der Beitragssatz, der von 1950 bis 1975 bereits von 6 auf 11 Prozent gestiegen ist, 14 Prozent, bei den Ersatzkassen sogar 17,5 Prozent im Jahr 1978 betragen.

Außer einer ersten zaghaften Vorlage zur Senkung der Arzneimittelpreise geschieht jedoch bisher von Seiten der Bundesregierung und des Bundestages nichts, um die soziale Krankenversicherung finanziell zu konsolidieren. Im Gegenteil: Ihr wurden im Laufe der Jahre immer mehr finanzielle Lasten von der öffentlichen Hand aufgebürdet.

Weltkongreß der Frau in Berlin Gleichberechtigung und Frieden

Fünf Tage lang, vom 20. bis 24. Oktober 1975, stand die Hauptstadt der DDR ganz im Zeichen des Weltkongresses der Frau. Rund 2000 Delegierte aller Rassen und Hautfarben waren als Vertreter von 86 internationalen und regionalen Organisationen aus 140 Ländern aller Kontinente nach Berlin gekommen. Unter den Teilnehmern waren auch die Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten, Hortensia Busse de Allende, Angela Davis und die bisher einzige Frau im Weltraum, Valentina Tereschkova.

Das sah man die blonde Schwedin neben der dunkelhäutigen Schönheit aus Guinea, die Indianerin neben der Frau aus Vietnam. Auffallend war das Selbstbewußtsein der Delegierten aus den ehemals kolonialen und abhängigen Ländern. Trotz Sprachbarrieren und des unterschiedlichen Entwicklungsstandes ihrer Heimatländer hatten sie alle ein gemeinsames Anliegen: die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten.

Freda Brown, die Präsidentin des Internationalen Vorbereitungskomitees, die auch zur Präsidentin des Weltkongresses gewählt wurde, ging in ihrem Bericht auf die Aufgaben ein, zu deren Lösung der Kongreß seinen Beitrag leisten wollte: „die Erringung der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu unterstützen, die volle Teilnahme der Frauen an der Entwicklung der Gesellschaft zu sichern und die wachsende Bedeutung der Frauen bei der Festigung des Friedens anzuerkennen“. Die Frauen hätten alle Möglichkeiten, im Kampf für den Frieden und Fortschritt, „für nationale Unabhängigkeit, gegen Rassismus und alle Formen der Rassendiskriminierung sowie für bessere Beziehungen zwischen den Völkern“ Erfolge zu erringen. Sie seien in der Welt zu einer mächtvollen gesellschaftlichen Kraft geworden.

Nun sollen die Unternehmer erneut Milliarden DM Steuergelder als Konjunkturlösungen erhalten. Dabei werden die Großkonzerne wieder den größten Reibach machen. Die Krankenkassen aber erhalten nicht die geringste finanzielle Hilfe für ihre Konjunkturverluste. Die müssen die Arbeiter und Angestellten mittels höherer Beiträge ausgleichen.

Die anstehenden Tarifrunden sind auch für die Sozialversicherung von nicht geringer Bedeutung. Das wird jedoch oft übersehen. Jedes Prozent mehr Lohn und Gehalt läßt auch die Beitragseinnahmen der Krankenkassen und übrigen Träger der SV steigen. Je geringer die Lohn- und Gehaltserhöhungen ausfallen, um so eher besteht

Zahlreich waren die Grußschreiben, die Regierungs- und Staatschefs, Gewerkschaften sowie bekannte Persönlichkeiten aus allen Ländern dem Weltforum übermittelten. Die Bundesregierung fehlte jedoch. Die anfänglichen Versuche der meisten Massenmedien der Bundesrepublik, den Kongreß nach altem Brauch als kommunistische Veranstaltung hinzustellen, mußten angesichts der nicht wegzudeutenden Tatsachen, wenn auch nur zögernd, aufgegeben werden. Ebenso waren von vornherein alle Spekulationen auf Teilnahme von Delegierten an einer eigens nach Westberlin einberufenen Veranstaltung zum Scheitern verurteilt. Die Damen aus bürgerlichen Frauenvereinen blieben dort unter sich.

UNO-Generalsekretär Waldheim schickte seine Stellvertreterin Helvi Sipilä mit einer persönlichen Botschaft. Waldheim bezeichnete den Weltkongreß als „höchst bedeutsames Ereignis im internationalen Jahr der Frau auf nicht-staatlicher Ebene“. Der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) sprach er den Dank dafür aus, daß sie „den Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für Fragen des sozialen Status der Frau im Jahre 1972 den Vorschlag unterbreitete, ein besonderes Jahr zu begeben. Die Kommission habe diesen Gedanken aufge-

die Gefahr, daß die SV-Beiträge zusätzlich heraufgesetzt und Arbeiter und Angestellte bei einem schlechten Tarifabschluß gleich zweimal geschöpft werden: als Lohn- und Gehaltsempfänger durch zu geringe Steigerung des Verdienstes und als Beitragszahler durch höheren Beitragsabzug.

Die immer bedrohlicher werdende finanzielle Entwicklung bei der von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in harten Auseinandersetzungen erkämpften Sozialversicherung aber zeigt vor allem eines: ein wie unsicheres „Fundament“ die kapitalistische Wirtschaft trotz aller moderner Theorien und Praktiken für die soziale Sicherheit der Arbeiter und Angestellten ist. A. B.

griffen, und die Vollversammlung der Vereinten Nationen habe 1975 zum internationalen Jahr der Frau erklärt.“

Nach der Verlesung der Grußbotschaft Waldheims erklärte Helvi Sipilä: „Wir Frauen müssen uns für die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten verantwortlich fühlen. Wenn wir Kriege verhüten wollen, wenn wir wollen, daß alle Männer, Frauen und Kinder in Würde und Frieden leben, dann müssen wir etwas dafür tun.“

Erich Honecker, der Erste Sekretär der SED, wies in seiner Grußansprache darauf hin, daß der Friede die wichtigste aller Fragen sei. „In unserer Zeit zweifelt kaum jemand daran, daß es ohne die Mitwirkung der Frauen unmöglich sein wird, den jahrhundertalten Traum der Menschheit zu erfüllen, eine Welt des Friedens und des sozialen Fortschritts zu schaffen.“

Nach der Eröffnung des Kongresses wurde die Diskussion in neun Arbeitsgemeinschaften fortgesetzt. Frauen aus lateinamerikanischen und südafrikanischen Ländern berichteten von ihrem Kampf gegen Unterdrückung durch ihre eigenen Regierungen und durch die multinationalen Konzerne, gegen Analphabetentum und Unwissenheit. Die Ergebnisse der Diskussion wurden in Berichten der Kommissionen zusammengefaßt. Dabei wurde, bedingt durch die verschiedenen politischen Ansichten, die vertreten wurden, oftmals lange um einzelne Formulierungen gerungen.

Zum Abschluß des Weltkongresses der Frau, der weithin ein positives Echo fand, wurde ein Appell an die Frauen der Welt verabschiedet, in dem es u. a. heißt: „Wir spüren die historische Chance und die Verantwortung, durch Wirken und Kampf unserer Generation zu entscheiden, wie diese Erde im nächsten Jahrhundert aussehen soll: — Ein blühender Garten oder eine atomare Wüste

— Eine Stätte gemeinsamen friedvollen Strebens der Völker und Staaten in gegenseitiger Achtung — oder ein Konfliktfeld voller Gegensätze und Ungerechtigkeiten.“ (Siehe auch Erklärung des Weltkongresses, Seite 21.)

Zieht man das Resümee dieses fünf Tage dauernden Kongresses, so wird deutlich, daß die Frauen zu einer bedeutenden Kraft geworden und sich dessen auch bewußt sind, diese Kraft für das Hauptanliegen des Kongresses: „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ einzusetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der für die Lösung der gleichen Probleme kämpft, die hier in Berlin eine Rolle spielten, hatte zum Weltkongreß keinen Vertreter geschickt. Hingegen beteiligten sich die finnischen und belgischen Gewerkschaften mit ihren Delegationen an der Arbeit des Kongresses. G. M.

Vorschlag an Gewerkschafter: Verstärkte Aktionseinheit

Gewerkschafter aus 90 Ländern der Welt zogen vom 6. bis 9. Oktober 1975 in der französischen Hauptstadt Schlußfolgerungen aus der 30jährigen Tätigkeit des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Die Vertreter von 160 im WGB organisierten Gewerkschaften sowie Abgesandte von über 30 Organisationen, die autonom sind oder anderen internationalen Zentralen angehören, riefen von dieser Tagung des WGB-Generalrates die Arbeiter der Welt zur verstärkten Aktionseinheit auf. Niemals waren die Bedingungen dafür so günstig wie heute, wurde erklärt.

Vor 30 Jahren, im Oktober 1945, hatten in Paris Delegierte aus 56 Ländern, die annähernd 67 Millionen Mitglieder von Gewerkschaften aller Richtungen vertraten und mehr als 90 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten der Welt repräsentierten, den Weltgewerkschaftsbund gegründet. Louis Saillant (CGT/Frankreich) wurde zum Generalsekretär, Sir Walter Citrine (TUC/Großbritannien) zum Präsidenten des WGB gewählt. Nach 30 Jahren, an historischer Stätte, stellte der heutige WGB-Präsident Enrique Pastorino (Uruguay) fest, daß damals mit dem WGB zum ersten Mal in der Geschichte eine umfassende, weltumspannende und demokratische Organisation entstanden war.

WGB-Generalsekretär Pierre Gensous nannte als bestes Mittel für die Durchsetzung der Forderungen und des Strebens der Werktätigen die Einheit. Der WGB strebe nach Zusammenarbeit mit allen nationalen, regionalen und kontinentalen Gewerkschaftsorganisationen. Gensous bedauerte, daß die Führer des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) entsprechende Vorschläge des WGB zu ignorieren versuchen. Weltumspannende Solidaritätsaktionen wie die für die spanischen Demokraten und die Patrioten Chiles, die von den großen internationalen Gewerkschaftsvereinigungen übereinstimmend organisiert wurden, seien jedoch sehr vielversprechend für die Zusammenarbeit in der Zukunft.

Die Referate von Enrique Pastorino und Pierre Gensous wurden ausführlich diskutiert. Harry Tisch, Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB der DDR, der vom Generalrat zu seinem Mitglied und zum Mitglied des Büros gewählt wurde, sagte in der Aussprache: „Heute kann keine der bedeutenden Fragen unserer Zeit ohne den WGB, ohne die in ihm organisierten Millionen Gewerkschafter und ihre nationalen Zentralen entschieden werden.“

Das Resümee der dreitägigen Debatte über die aktuellen Probleme der Weltgewerkschaftsbewegung ist in dem

Aufruf enthalten, den die Generalratstagung zum Abschluß ihrer Beratungen verabschiedete. Er richtet sich an alle Werktätigen der Welt. In ihm wird die Entwicklung der Aktionseinheit und einer Einheitsfront im Kampf gegen die aggressiven Kräfte des Imperialismus, gegen Faschismus und Rassismus, gegen die Folgen der kapitalistischen Krise und gegen den Einfluß der multinationalen Konzerne als notwendig und als ein Gebot der Zeit gefordert.

In dem Aufruf des Generalrats wird die Ansicht bekräftigt, daß gegenseitige

Verständigung möglich und notwendig ist. Es wird konstatiert, daß sich Zusammenarbeit und gewerkschaftliche Beziehungen zwischen nationalen Organisationen unterschiedlicher internationaler Zugehörigkeit positiv entwickelt haben und auch Fortschritte in der Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Gewerkschaftszentren, wie dem IBFG und unabhängigen regionalen Organisationen erzielt wurden. Die ideologischen Unterschiede stellen keine unüberwindlichen Hindernisse dar. Bei Respektierung der Positionen jeder Organisation können Formen des Einverständnisses gefunden werden, die zur Entstehung einer alle Gewerkschaften der Welt vereinigenden internationalen Gewerkschaftszentrale führen sollten.

Von der Generalratstagung wurden als neue Mitglieder des Weltgewerkschaftsbundes die Gewerkschaften Äthiopiens, Kolumbiens, der Philippinen sowie als assoziiertes Mitglied Nigeria aufgenommen. In Resolutionen bekräftigte der Generalrat die Solidarität mit dem Volk Spaniens und die Unterstützung der demokratischen Kräfte Portugals. Alle Gewerkschafter der Welt wurden zu Protestaktionen gegen die Pinochet-Clique in Chile aufgerufen.

G. Simon

Trotz Rationalisierung sichere Arbeitsplätze

Eines der gegenwärtig meistgebrauchten Worte in der Volkswirtschaft der DDR ist der Begriff „Intensivierung“. Was verbirgt sich dahinter? Intensivierung der Produktion, das heißt, daß die vorhandenen Produktionsanlagen und Gebäude besser genutzt und modernisiert werden, indem mit der gleichen Zahl von Arbeitskräften mehr produziert wird.

Aber, so wird mancher fragen, geht das nicht auf Kosten der Arbeiter? Sollen sie mehr malochen? Keineswegs. Kennzeichnend für den Weg der Intensivierung im Sozialismus ist, daß die Leistungssteigerungen verbunden sind mit spürbaren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten, mit der Verminderung von körperlich schweren und gesundheitsschädigenden sowie eintönigen Arbeiten. Das Wichtigste dabei ist, daß die Intensivierung durch die aktive Mitarbeit der Arbeiter verwirklicht wird und die Gewerkschaften dabei eine unmittelbare Kontrolle in den Betrieben ausüben.

Wie sieht das in der Praxis aus? Fachleute aus der DDR und der Tschecho-

slowakischen Sozialistischen Republik haben beispielsweise gemeinsam ein neues Spinnsystem für Kammgarn entwickelt. Die neuen Anlagen wurden im Oktober dieses Jahres im Markkleeberger Werk des VEB Buntgarnwerkes Leipzig in Dauerbetrieb übernommen. Diese Anlagen in den völlig rekonstruierten Produktionsälen beruhen auf bisher einmaligen Verfahren und Technologien in der Gespinnstherstellung und sind das Ergebnis gemeinsamer Forschung, Entwicklung und Erprobung von Spezialisten aus der DDR und der CSSR. Bei diesem neuen Verfahren liegt die Arbeitsproduktivität um 10 Prozent höher als an den abgelassenen herkömmlichen Anlagen. Oder anders ausgedrückt: Die 200 Textilfacharbeiterinnen des Betriebes können jetzt mit

Bücherflut zum Thema Berufsbildung

Berufsausbildung — nach einer Stern-Umfrage steht dieses Thema an erster Stelle bei den Reformwartungen der Bundesbürger. Während die Probleme der Berufsausbildung in vergangenen Jahren von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet wurden, ergießt sich in der letzten Zeit eine wahre Flut von Publikationen in die Buchläden. Berufsausbildung und Jugendarbeitslosigkeit sind zu heftig umstritten Themen der verschiedensten Kräfte geworden.

Gerlinde Seidenspinner: „Lehrlinge im Konfliktfeld Betrieb“, Juventa-Verlag, München 1974, 150 S., DM 12,—

Der Juventa-Verlag hat eine Publikation vorgelegt, in der untersucht wird, wie Lehrlinge selbst ihre Ausbildungssituation einschätzen. In einer Kreisberufsschule mit überwiegend ländlichem Einzugsgebiet (Klein- und Mittelbetriebe) wurden Auszubildende befragt. Diese Untersuchung bringt eindrucksvolle Einzelbeispiele, wie Lehrlinge ihre Ausbildung beurteilen und welche Veränderungsmöglichkeiten sie sehen. Hier liegt die Stärke der Arbeit. Schwächen zeigen sich jedoch bei der Verallgemeinerung.

Obwohl sich die Autorin um eine kurze Beleuchtung der Hintergründe bemüht, bleibt sie doch an der Oberfläche. Sie dringt nicht in das Wesen der kapitalistischen Produktionsbedingungen ein, die ja das gegenwärtige Bild der Berufsausbildung weitgehend bestimmen. Aus ihrem Material schließt Gerlinde Seidenspinner, daß „die vermutete Bewegung unter der Arbeiterjugend“ nicht bestätigt werden könne (S. 131), ohne jedoch gezielt die aktive gewerk-

schaftliche Arbeit von Lehrlingen zu untersuchen. Die Durchsetzung von Reformen wird in pessimistischer Weise als nicht realisierbar betrachtet, wenn sie den ökonomischen Interessen der Unternehmer zuwiderlaufen (S. 130).

Ohne daß auf die gewerkschaftlichen Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung eingegangen wird, klingt an verschiedenen Stellen die Scheinalternative „Raus aus den Betrieben“ an. Trotz dieser Schwächen ergeben sich einige wichtige Schlußfolgerungen für die betriebliche Arbeit: am unmittelbaren Konfliktbereich, an den betrieblichen Problemen, anknüpfen; deutlich machen, daß die Situation zu verändern ist durch die Propagierung der gewerkschaftlichen Forderungen und die Entwicklung konkreter betrieblicher Forderungen.

Sybille Laturner und Bernhard Schön (Herausgeber): „Jugendarbeitslosigkeit — Materialien und Analysen zu einem neuen Problem“, rororo-Taschenbuch 1941, Reinbek 1975, 217 S., 5,80 DM

Ein aktuelles Taschenbändchen ist in der Reihe „rororo-Aktuell“ zur Jugend-

hellige Antwort: Davor braucht bei uns niemand Angst zu haben. Unsere Arbeitsplätze sind sicher, und niemand braucht zu fürchten, arbeitslos zu werden.

Schon während der Rekonstruktion wurden die Spinnerinnen, Zwirnerinnen und Spulerinnen in Betrieben der DDR und der CSSR auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet, für die neuen Anlagen qualifiziert. Mehr noch. Jede vierte Mark der Rekonstruktionskosten wurde für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des Betriebes ausgegeben. Neue sich selbst automatisch regelnde Klimaanlage und schallschluckende Elemente an Döcken und Wänden wurden in den Produktionsräumen montiert. Neue Lichtanlagen gewährleisteten eine bessere Sicht. Gleichzeitig entstanden Umkleieräume und ein moderner Speisesaal.

Hans Kramer

arbeitslosigkeit erschienen. Die Stärken dieser Publikation liegen in folgenden Punkten: Die Misere in aktuellen Zahlen, aber auch „Was die Statistik verschweigt“; Überblick über Maßnahmen der Institutionen (durchaus kritisch), aber auch „Was tun die Betroffenen selber?“ (z. B. gewerkschaftliche Demonstrationen); Tips und Hilfen für jugendliche Arbeitslose. Bedenklich und gefährlich jedoch sind die Deutungsversuche, die Reinhard Crusius und Manfred Wilke zur Berufsbildungsmisere geben. Mit linker Verbrämung geraten sie in bedenkliche Nähe der Rechtfertigungsversuche der Unternehmer. Crusius/Wilke sehen die Ursache des Lehrstellen-Rückgangs, „weil Reform betrieben wird ohne Kenntnis der Strukturen und Zusammenhänge“ (S. 28). Sie erklären: „Wir haben vor uns keinen Boykott der Wirtschaft, sondern den Bankrott der Marktsteuerung in diesem Bildungsbereich“ (S. 31).

Der Gedanke, daß der Lehrstellen-Boykott die Bankrott-Erklärung des kapitalistischen Bildungssystems ist, kommt den Autoren gar nicht. Am gefährlichsten ist jedoch, daß sie die Arbeiterjugend zur Aufgabe ihrer Forderungen bewegen wollen.

Die gewerkschaftliche Forderung nach einer Ausbildungsverpflichtung der Unternehmer wird als „Zauberformel“ diffamiert, von der „nichts zu erwarten“ sei (S. 35/36). So ist das Taschenbuch, das Beiträge von zahlreichen Autoren enthält, sehr differenziert zu beurteilen. Sicher hätte es gewonnen, wenn man auf Beiträge der oben angeführten Art verzichtet hätte.

Georg-Michael-Pfaff-Gedächtnisstiftung: „Ungelernte in der Bundesrepublik“, herausgegeben von Elfriede Höhn, Verlag Rohr-Druck-Hildebrand GmbH, Kaiserslautern 1974, 404 S., 19,50 DM

Ein umfangreiches, mit großer wissenschaftlicher Akribie erstelltes Werk über eine Gruppe junger Menschen, die bisher „fast unbeachtet geblieben oder auf jeden Fall stark vernachlässigt worden“ ist (S. 9), hat die Georg-Michael-Pfaff-Gedächtnisstiftung vorgelegt: „Ungelernte in der Bundesrepublik — Soziale Situation/Begabungsstruktur und Bildungsmotivation“. Nach Auswertung der statistischen Quellen gibt es in der Bundesrepublik fast eine Million Ungelernte im Alter zwischen 16 und 25 Jahren, die sich zu fast gleichen Teilen auf die beiden Geschlechter verteilen.

Aufschlußreich ist die Einschätzung der künftigen Entwicklung: Der „Anteil der Ungelernten wird sich, wenn der jetzige Trend anhält, in den nächsten Jahren vermutlich erhöhen“. Als Gründe werden die Verschärfung der konjunkturellen Krisenerscheinungen und der Lehrstellenabbau durch die Unternehmer genannt. Wolfgang Bartels

Terminkalender

- **15. bis 16. November**
Bundespersonalrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **20. bis 22. November 1975**
Bundesangestelltenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund
- **28. bis 29. November**
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm
- **1. Januar bis 30. April 1976**
Neuwahl der Vertrauensleute der IG Metall
- **8. bis 10. Januar 1976**
10. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Leverkusen
- **22. bis 24. Januar 1976**
10. Bundesfrauenkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik in Mainz
- **7. bis 8. Februar 1976**
Bundeshandwerkertagung des DGB in Saarbrücken
- **4. bis 7. März 1976**
13. ordentliche Bundesjugendkonferenz der ÖTV in Mannheim
- **19. bis 21. März 1976**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Bonn
- **1. Mai bis 30. Juni 1976**
Wahlen der Jugendvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz
- **20. bis 22. Mai 1976**
Internationale Gewerkschaftskonferenz über Fragen ausländischer Arbeiter in Stuttgart
- **13. bis 19. Juni 1976**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hamburg
- **29. August bis 3. September 1976**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Hamburg
- **19. bis 25. September 1976**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Hamburg
- **26. September bis 2. Oktober 1976**
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Saarbrücken

Zu guter Letzt

Der Präsident des Bundesrechnungshofs und Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Hans Schäfer, ist ein sparsamer Mensch. Er hat dem Haushaltsausschuß des Bundestages ein 140seitiges Gutachten zur Verbesserung der allgemeinen Haushaltssituation des Bundes vorgeschlagen. Sieht man näher hin, so will er die Planstellen in allen Laufbahngruppen und bei den vergleichbaren Vergütungsgruppen um ein Prozent kürzen.

In die vollen geht er aber an anderer Stelle. Einscheidende Einsparungen will Schäfer beim Botendienst vornehmen und vor allem bei den Schreibkräften. Hier will er 30 Prozent der Stellen einsparen. Vergeblich hält man Ausschau, daß Schäfer etwa Ministerialbürokraten einsparen oder aber bei der Prasserei auf zahlreichen Empfängen den Rotstift ansetzen will.

Bei den Steuerprüfungen des letzten Jahres stellte sich heraus, daß die überprüften Unternehmen 3,65 Milliarden Mark zuwenig an Steuern abgeführt haben. Der Löwenanteil dieser unterschlagenen Gelder in Höhe von mehr als 2,84 Milliarden DM wurde bei rund 21 000 Großbetrieben festgestellt. Da die Finanzämter der Bundesrepublik nur rund 6400 Prüfer beschäftigen, können die Betriebe nur alle vier bis fünf Jahre überprüft werden. Diese Tatsache gibt einen Einblick, wieviel Milliarden unterschlagen werden.

Das ist das Geld, daß der Bundesregierung für die Lösung drängender Probleme fehlt.

Durch eine als Kurzarbeit deklarierte Produktionspause zwischen den Jahren will sich der Dortmunder Hoesch-Konzern einen zusätzlichen Millionenprofit verschaffen. Rund 15 000 der 20 000 Arbeiter sowie alle Angestellte sollen für fast zwei Wochen in Zwangsururlaub geschickt werden. Auf diese Weise spart der Konzern rund 14 Millionen DM, während die Arbeitsämter auf Kosten der Steuerzahler Kurzarbeitsgeld zahlen müssen.

Es ist wirklich an der Zeit, durch eine qualifizierte Mitbestimmung solche Praktiken zu verhindern.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt der Verlagsprospekt 1975/76 bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Hans Kramer, DDR; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herbert Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main

